

Kleine Geschichte der Remsecker Grünen

25 Jahre Ortsverband Remseck Bündnis90/Die Grünen

Karl Burgmaier

	Seite
Gründung	2
Gemeinderatswahl 1999	3
Grüne Prominenz in Remseck	4
Grüne Kommunalpolitik 1999-2004	6
Gemeinderatswahl	7
Grüne Fraktion im Gemeinderat	9
Neckar-Brücken	12
Grüne Gentechnik	15
Neckar erlebbar machen	15
Bürgerbeteiligung	16
Wahlen	17
Grüne Themen: Aktueller denn je	24

November 2023

Gründung

Der Ortsverband wurde am 8. April 1998 in der Gaststätte Schloßhöfle in Aldingen gegründet. Betreiber der Gründung waren der erste und damals einzige grüne Gemeinderat Rolf Schäfer und der Landtagsabgeordnete Jürgen Walter. Letzterer hatte zu der Versammlung eingeladen. Bei der Gründungsversammlung waren neben den damals sechs Remsecker Grünen-Mitgliedern drei an den Grünen Interessierte aus Remseck dabei, drei Mitglieder des Kreisvorstands und der Geschäftsführer des Kreisverbandes Stefan Köhler (Anlage 1).

Die Ortsverbandsgründung war zum einen als Unterstützung für Rolf Schäfer gedacht, zum anderen sollte der „grünen Diaspora“ in Remseck ein Ende bereitet werden. Rolf Schäfer gab seiner Hoffnung Ausdruck, „dass durch den neuen Ortsverband die Präsenz der Grünen vor Ort gestärkt werde und zugleich die Zeit seiner „Einzelkämpfertums“ vorbei sei.“

Zum ersten Vorsitzenden wurde Jürgen Straß aus Hochdorf gewählt, als zweite Vorsitzende Gül Gülseven aus Aldingen, Karl Burgmaier aus Neckarrems wurde zum Kassierer gewählt. Von den Gründungsmitgliedern sind im aktuellen Ortsverband noch Karl Burgmaier und Martin Frischauf dabei.



Bei der Gründungsversammlung v.l.n.r.: Jürgen Straß, Gül Gülseven, Karl Burgmaier, Rolf Schäfer, Jürgen Walter

Als Ziel wurde proklamiert bei der Gemeinderatswahl 1999 mit der maximal möglichen Anzahl von 26 Kandidatinnen und Kandidaten anzutreten. Als Themen für die politische Arbeit wurden neben der Bundes- und Landespolitik kommunalpolitische Themen genannt wie Kindergartengebühren,

Haushalt der Stadt, ÖPNV-Anbindung und der Nord-Ost-Ring. Zu letzterem sollte eine Veranstaltung mit dem Verkehrsplaner und grünen Regionalrat Hans Billinger organisiert werden.

Der Nord-Ost-Ring wurde als zentrales Thema für die Grünen in Remseck benannt. Das lag auch daran, dass alle anderen politischen Parteien sowie die Freien Wähler und der damalige Bürgermeister Peter Kuhn vehement für den Nord-Ost-Ring eintraten. Die Remsecker Grünen positionierten sich dagegen klar gegen den Nord-Ost-Ring. Die Verhinderung des Nord-Ost-Rings ist für die Grünen bis heute ein zentrales Anliegen. Auf vielen Ortsverbandsversammlungen wurde dazu diskutiert und zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt.



Joseph Michl referiert zum Nord-Ost-Ring im Haus der Bürger

Gemeinderatswahl 1999

Aller Anfang ist schwer. Das zeigte sich bei der Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Gemeinderatswahl im Jahr 1999. Statt der anvisierten 26 Kandidatinnen und Kandidaten gelang es nur eine Liste mit 10 Kandidatinnen und Kandidaten aufzustellen. Als einzige von dieser Liste schaffte es Monika Voggesberger in den Gemeinderat und musste das „Einzelkämpfertum“ im Gemeinderat weiterführen. Ihre Themen waren vor allem Kinderbetreuung, Schulwege und -politik, Radwege, Photovoltaik, Neue Mitte und als Biologin der Naturschutz und ökologische Themen. So brachte sie zu den Beratungen des Haushalts 2002 einen Antrag auf Einführung eines Ökoaudits ein und einen Antrag auf Erhöhung der Mittel für die Radwegesanieerung.

Im Remsecker Amtsblatt können die im Gemeinderat vertretenen Parteien und politischen Gruppierungen jede Woche ihre Meinung zu kommunalpolitischen Themen veröffentlichen. Daher sollte die Gemeinderatsarbeit von Monika durch regelmässige Beiträge im Amtsblatt begleitet und unterstützt werden. Die „Last“ des Artikelschreibens sollte nicht nur bei Monika Voggesberger liegen, sondern unter den schreibwilligen Mitgliedern aufgeteilt werden. Weiter fanden in der Folge regelmässige Ortsverbandstreffen statt, die neben den Mitgliedern allen Bürgerinnen und Bürgern

offen standen und stehen. So gelang es grüne Themen in der Remsecker Stadtgesellschaft zu etablieren und die Basis für bessere grüne Wahlergebnisse zu setzen.

Grüne Prominenz in Remseck

Ähnlich wie heute mit Silke Gericke und Sandra Detzer hatte um die Jahrtausendwende der Wahlkreis Ludwigsburg, zu dem Remseck gehört, mit Jürgen Walter einen Landtags- und mit Cem Özdemir, dem heutigen Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, einen Bundestagsabgeordneten. 1998 waren die Grünen erstmals in einer Bundesregierung vertreten. Für die Grünen im Landkreis und natürlich auch für die Remsecker Grünen war es da gut, dass sie mit Cem Özdemir, der kurze Zeit auch in Aldingen wohnte, einen Abgeordneten im Bundestag und damit einen kurzen Draht zur Bundespolitik hatten.



Oben: Cem Özdemir in Pattonville, unten: Cem Özdemir mit Bürgermeister Schlumberger

Jürgen Walter und Cem Özdemir informierten immer wieder zu bundes- und landespolitischen Themen in Remseck und Ludwigsburg. Dazu kam der Austausch mit dem Oberbürgermeister.

Mit ihnen kam auch andere grüne Prominenz nach Remseck (Anlage 2). Im neuen Stadtteil Pattonville gab es mit PAK belastete Parkettböden. Jürgen Walter und Rezzo Schlauch unterstützten erfolgreich eine Initiative des Bürgervereins Pattonville in ihrem Kampf für eine Beseitigung der Schadstoffe und eine Entschädigung der Eigentümer.



Jürgen Walter, Swantje Sperling, Rezzo Schlauch

Anfang der 2000er Jahre fanden zu mehreren Themen größere Veranstaltungen mit interessanten Diskussionen statt wie zum Beispiel die Veranstaltung „BSE und Nahrungsmittel – Neue Konzepte für Verbraucherschutz und Landwirtschaft erforderlich!“ im Februar 2001 mit Jürgen Walter, Ulrich Aengenvoort von der Verbraucherzentrale und Wolfgang Reimer, dem späteren Stuttgarter Regierungspräsidenten. Wolfgang Reimer hatte einen landwirtschaftlichen Betrieb im Ostalbkreis, war bis 2001 Referent für Agrarpolitik bei der grünen Landtagsfraktion und wurde dann von Renate Künast ins Bundesministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz geholt. Zu der Veranstaltung kamen über 50 Menschen in die Gaststätte Schießtal, darunter viele Landwirte. Das Thema BSE bewegte damals die Menschen und besonders die Landwirte.

Cem Özdemir kam im November 2000 ins damalige Piccolo Paradiso nach Pattonville und berichtete über die „Halbzeitbilanz“ der seit 1998 amtierenden rot-grünen Bundesregierung.

Der Ortsverband äußerte sich damals nicht nur zu kommunalpolitischen Themen, sondern z.B. auch zu Kriegsbeteiligungen von Deutschland. So positionierte sich der Ortsverband konträr zur Führungsspitze in Land und Bund gegen eine deutsche Beteiligung am Krieg in Afghanistan (Anlage 3). Während der Ortsverband beim Afghanistan-Krieg hinsichtlich einer deutschen Beteiligung noch in der Minderheit war, hatten sich beim Irak-Krieg auch die grüne Führungsspitze und die Bundesregierung gegen eine deutsche Beteiligung ausgesprochen.

Grüne Kommunalpolitik 1999-2004

Das Thema Mobilfunksendeanlagen bewegte Anfang der 2000er Jahre viele Bürgerinnen und Bürger. Monika Voggesberger beantragte daher u.a. die Beendigung des Betriebs der Mobilfunksendeanlage auf dem Lise-Meitner-Gymnasium wegen möglicher gesundheitlicher Beeinträchtigungen von Schülern und Lehrern (Anlagen 4 und 5). Der Ortsverband führte 2001 und 2003 gut besuchte Diskussionsveranstaltungen u.a. mit Bürgermeister Schlumberger, einem Vertreter von Vodafone und Jürgen Kada von der Bürgerinitiative gegen eine Mobilfunkanlage in Neckarrems durch (Anlagen 6, 7 und 8).

Verkehr, Umwelt sowie ökologische und soziale und Stadtentwicklung sind über all die Jahre kommunalpolitische Themen, zu denen die Grünen Beiträge geleistet haben. Bereits im Wahlprogramm von 1999 forderten die Grünen z.B. Tempo 30 in Wohngebieten, Ausbau des Radwegenetzes, erneuerbare Energiequellen, energiesparende Bauweisen, ökologische Neubaugebiete, günstiges Wohnen für Familien mit Kindern, einen Wochenmarkt, einen Biotopverbund oder mehr Bürgerbeteiligung.



v.l.n.r.: Thomas Dryja, Monika Voggesberger, Karl Burgmaier, Jürgen Straß

Anfang der 2000er Jahre wurden dann die städtebauliche Entwicklung einer Neuen Mitte und die Integration der Flusslandschaften von Neckar und Rems in das Stadtleben zentrale Themen, die immer wieder auf den Ortsverbandstreffen diskutiert wurden (Anlage 9). Dabei wuchs die Erkenntnis, dass angesichts des hohen Verkehrsaufkommens auf und um die Neckarbrücke zwischen Neckarrems und Neckargröningen ohne Verlagerung des Verkehrs von der Neckarbrücke keine für die Menschen attraktive Neue Mitte entstehen könne (Anlage 10).

Ergebnis mehrerer Treffen mit dem Verkehrsplaner Hans Billinger war dann die sog. Billinger-Brücke. Von Seiten des Ortsverbandes war unserer damaliger Vorsitzender Jürgen Straß, von Beruf Landschaftsarchitekt, sehr aktiv (Anlage 11).



v.l.n.r.: Hans Billinger, Jürgen Straß, Monika Voggesberger, Karl Burgmaier

Im Februar 2003 wurde im Gasthaus Lamm in Neckargröningen die Billinger-Variante der Öffentlichkeit vorgestellt. Referent bei der Veranstaltung war neben Hans Billinger der damalige verkehrspolitische Sprecher der grünen Landtagsfraktion und heutige Oberbürgermeister von Tübingen Boris Palmer (Anlagen 12, 13 und 14).

Gemeinderatswahl 2004

2004 gelang es 26 Kandidatinnen und Kandidaten für die Liste von Bündnis90/Die Grünen zu gewinnen. Aus beruflichen und familiären Gründen kandidierte Monika Voggesberger, die grüne Positionen in der Gemeinderatsperiode 1999 bis 2004 auch nach außen sichtbar in den Gemeinderat gebracht hatte, nicht mehr (Anlage 15). Inhaltlich wurde ein ambitioniertes Wahlprogramm aufgestellt mit den Themen

- Städtebauliche Entwicklung
- Ökologie und Umwelt
- Verkehr
- Gemeinschaftsleben
- Kinder, Jugend, Familien und Senioren
- Finanzpolitik
- Wirtschaft und Gewerbe
- Offenes Rathaus



Vorausgegangen war eine intensive Diskussion des Wahlprogramms auf den Ortsverbandstreffen, die in der Gaststätte Schießtal bei Familie Sperling stattfanden (Anlage 16).



Die Entwicklung einer Neuen Mitte war ein zentraler Baustein des Wahlprogramms. Allerdings wurde auch Wert darauf gelegt, dass „gewachsene Ortsteilstrukturen geachtet“ und daher „Ortskernsanierungen fortgesetzt werden“. Gleichzeitig sollte „ortsteilübergreifendes Denken und Handeln gefördert“ werden. So wurde folgende „Vision“ entwickelt: „Um die Neue Mitte (Endhaltestelle U 14) gibt es Flächen für Freizeit und Naherholung wie Jugend und Kulturhaus (z.B. mit Internetcafe), Sportangebote (Skateranlage, Beachvolleyball), freie Park- und Wiesenflächen und kommerzielle Angebote wie z.B. Cafe oder Kiosk“.

Zur Finanzierung sollten „Programme der städtebaulichen Erneuerung inkl. des Programms „Mehr Natur in unserer Stadt“ (kleine Landesgartenschau) genutzt werden. Die Bewerbung zum letztgenannten Programm war zwar als Stadt Remseck erfolglos, aber immerhin konnte Remseck im

Rahmen der „Interkommunalen Gartenschau 2019“ dann doch noch etwas von diesem Landesförderprogramm profitieren.

Als verkehrliche Voraussetzung der Neuen Mitte wurde die „Verlagerung des KfZ-Verkehrs von der L 1140 bei Neckargröningen, der Neckarbrücke und der Remstalstraße in Neckarrems nach Südwesten mit neuer Neckarbrücke zwischen Lidl und Gärtnerei Wenk“ gefordert. Dazu gab es auch öffentliche Veranstaltungen u.a. mit Joseph Michl von der ARGE Nord-Ost, der die Remsecker Grünen mit seinem umfangreichem Wissen zu Verkehrsfragen und insbesondere bei der Ablehnung des Nord-Ost-Rings immer sehr gut unterstützte (Anlage 17).

Wenn wir heute sehen, was sich im Gebiet der Neuen Mitte in den letzten Jahren alles getan hat und was noch geplant ist, dann lagen die Remsecker Grünen mit ihren Ideen von 2004 richtig. Viele Remsecker Bürgerinnen und Bürgern sahen das damals auch so und wählten im Juni 2004 eine Gemeinderätin und zwei Gemeinderäte von Bündnis90/Die Grünen in den Gemeinderat. Mit Karl Burgmaier, Jasmine Finckh und Cherry Gehring konnten die Grünen erstmals eine Fraktion im Gemeinderat stellen.

Grüne Fraktion im Gemeinderat

Bei der Gemeinderatswahl im Juni 2004 bekamen die Grünen 13,9 % der Stimmen und damit 8 % mehr als fünf Jahre zuvor (Anlage 18).

Bei der ersten Gemeinderatssitzung wurde die neue grüne Fraktion dann schnell mit der Realpolitik im Gemeinderat konfrontiert. Wir hatten jetzt zwar drei Gemeinderäte, aber nach dem de Hondt'schen Wahlverfahren bekamen wir in den Ausschüssen für Umwelt und Technik (AUT) und Verwaltungsausschuss (VA) jeweils nur einen Sitz. Das führte dazu, dass die CDU mit 9 Stadträten 10 Sitze in AUT und VA hatte, die Grünen mit 3 Gemeinderäten jedoch nur 2. Jasmine Finckh von den Grünen war die einzige Gemeinderätin aus Pattonville. Daher stellte die grüne Fraktion den Antrag, dass Jasmine Finckh in die Zweckverbandsversammlung Pattonville/Sonnenberg entsendet wird mit dem Argument, dass es für die Integration von Pattonville in die inzwischen Große Kreisstadt Remseck gut wäre, wenn eine Pattonvillerin in der Zweckverbandsversammlung vertreten wäre. Immerhin folgte 10 von 26 Stadträtinnen und Stadträten unserem Antrag, aber die Mehrheit lehnte ihn ab (Anlage 19).

Sehr bald musste sich die neue Fraktion mit den begrenzten Mitteln der Stadt auseinandersetzen, die Investitionen z.B. in den Ausbau der Kinderbetreuung bremsten (Anlage 20). Der Flächennutzungsplan 2015 war ein großes Thema vor allem wegen der unterschiedlichen Meinungen zu einer neuen Neckarbrücke. Die später Westrandbrücke genannte Neckarbrücke war damals für viele Gemeinderäte vor allem aus den Reihen von Freien Wählern und CDU nicht vorstellbar oder erst, wenn der Nord-Ost-Ring gebaut wäre. Sie wollten daher diese Brücke aus dem Flächennutzungsplan streichen.



Den Remsecker Grünen ist die Verbindung der Arbeit im Gemeinderat mit den Mitgliedern des Ortsverbandes wichtig. Diese Kommunikation in beide Richtungen, Impulse für die Gemeinderatsarbeit aus dem Ortsverband heraus und feed back des Ortsverbands zur Gemeinderatsarbeit, ist für beide Seiten fruchtbar. Mit Thomas Riek als erstem und Monika Voggesberger als zweiter Vorsitzender des Ortsverbands wurde im Januar 2005 ein neuer Ortsverbandsvorstand gewählt, nachdem Renate Kopitkow und Jürgen Straß wegen mangelnder zeitlicher Kapazität diese Ämter nicht mehr ausfüllen wollten. Besonders erfreut war die Fraktion, dass die ehemalige Gemeinderätin Monika Voggesberger sich für dieses Amt zur Verfügung stellte und damit signalisierte, dass sie sich weiterhin in die Remsecker Kommunalpolitik einmischt (Anlage 21). Aus diesen Diskussionen zwischen Ortsverband und Fraktion ist so mancher Antrag für den Gemeinderat entstanden, so zum Beispiel zur Einführung eines Familienpasses (Anlagen 22, 23 und 24).



Der Ortsvorstand 2005: v.r.n.l. Thomas Riek, Monika Voggesberger, Karl Burgmaier

Will eine Fraktion etwas durchsetzen, braucht sie Mehrheiten. Dazu ist Überzeugungsarbeit notwendig und wenn dann schon im Vorfeld einer Entscheidung ein gemeinsamer Antrag mit einer anderen Fraktion zustande kommt, dann steigen die Chancen für einen Erfolg. So war es auch mit dem Familienpass: Grüne und Freie Wähler stellten diesen gemeinsamen Antrag und er bekam eine zwar knappe, aber eben eine Mehrheit. Diesen Familienpass mit Ermäßigungen für einkommensschwächere Familien bei Gebühren für Kindergärten und Jugendmusikschule gibt es bis heute.



Fraktion 2010: Cherry Gehring, Monika Voggesberger, Swantje Sperling, Jasmine Finckh, Karl Burgmaier (v.l.n.r.)

Die grünen Gemeinderatsfraktionen haben zahlreiche Anträge in den Gemeinderat eingebracht und dabei auch die Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen gesucht. So entstanden auch gemeinsame Anträge mit allen Fraktionen.



Fraktion 2015: Monika Voggesberger, Swantje Sperling, Jürgen Kada, Karl Burgmaier, Heike Gebbert

Neckar-Brücken

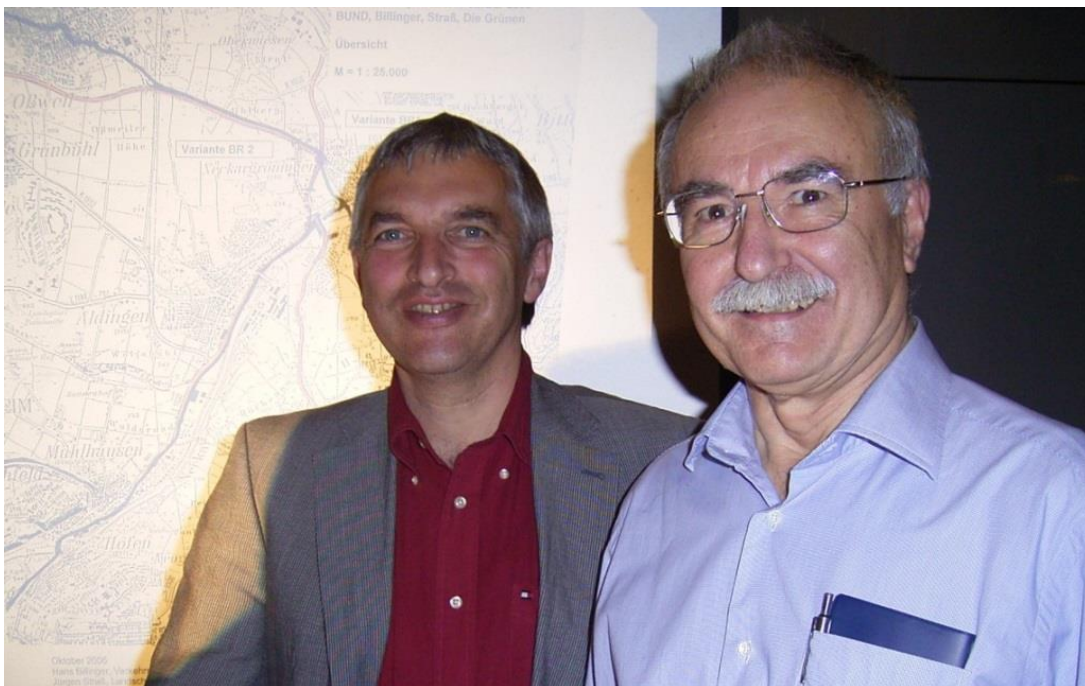
Der von der damaligen rot-grünen Bundesregierung novellierte Bundesverkehrswegeplan war im Jahr 2003 als „Projekt mit hohem ökologischen Risiko“ in der Priorisierung der zu realisierenden Vorhaben zurückgestuft worden und hatte kein Planungsrecht mehr. Das wollte die von CDU und FDP geführte Landesregierung nicht akzeptieren. So kam dann der Vorschlag vom damaligen Regierungspräsidenten Andriof im Vorgriff auf einen später zu realisierenden vierspurigen Nord-Ost-Ring auf der für den Nord-Ost-Ring vorgesehenen Trasse eine dreispurige Neckarbrücke zwischen dem Klärwerk Mühlhausen und dem Stadtbahndepot in Aldingen mit Landesmitteln zu bauen.

Gegen die Andriof-Brücke formierte sich eine Bürgerinitiative „Bürger für Remseck“. Zusammen mit der Bürgerinitiative organisierte der Ortsverband die bisher einzige größere Demonstration durch Remseck. Sie führte vom SSB-Betriebshof über die L 1100, die Aldinger Westtangente bis zur Berliner Straße (Anlage 25).



Jürgen Walter (mit Megaphon) spricht auf der Demonstration gegen die Andriof-Brücke

Zusammen mit der Bürgerinitiative führte der Ortsverband eine Veranstaltung in der Gaststätte Paradiso durch mit Jürgen Walter und Hans Billinger, wo die „Billinger-Brücke“ als Alternative zur Andriof-Brücke und als Chance für die Entwicklung der Neuen Mitte vorgestellt und mit Bürgerinnen und Bürger diskutiert wurde (Anlage 26, 27 und 28).



Jürgen Walter und Hans Billinger 2006 in der Gaststätte Paradiso

Das Thema beschäftigte über Jahre die Kommunal- und Regionalpolitik. Die Gemeinderatsmehrheit aus CDU, Freien Wählern und FDP war für die Andriof-Brücke, Grüne und SPD. Mit der rot-grünen Landesregierung ab 2011 und dem grünen Verkehrsminister Winne Hermann hatte sich dann das Thema Andriof-Brücke erledigt (Anlage 29). Gleichzeitig eröffneten sich neue Chancen, die die Grünen sofort erkannten und nutzten (Anlage 30 und 31). Der neue Verkehrsminister kam dann mit dem Vorschlag eine Neckarbrücke mit Landesmitteln zu unterstützen auf dem von Hans Billinger vorgeschlagenen Trassenverlauf. Diese Brücke wird heute Westrandbrücke genannt.



Verkehrsminister Winne Hermann (Mitte) 2014 am geplanten Standort der Westrandbrücke

Es sollte noch eine Weile dauern, bis die Finanzierung der Brücke gesichert war. Unser Landtagsabgeordneter Jürgen Walter, der inzwischen Staatssekretär im Wissenschaftsministerium geworden war, vermittelte den Remsecker Grünen den direkten Kontakt zu Winne Hermann. Nach Vorgesprächen auf grüner Ebene kam es dann bei einem Treffen im Verkehrsministerium mit Winne Hermann und Jürgen Walter, an dem aus Remseck der neue Oberbürgermeister Dirk Schönberger, Baubürgermeister Karl Velte und Karl Burgmaier, der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Gemeinderat, zu der Lösung, dass das Land 75 % der Kosten der Westrandbrücke finanziert und die Stadt die an die Brücke anschließende Westrandstraße vollständig finanziert. Die Remsecker forderten zwar eine 100 %-Finanzierung von Westrandbrücke und –straße, das Land argumentierte jedoch mit dem städtebaulichen Vorteil der Brücke für die Stadt, weil durch die Verkehrsverlagerung von der bestehenden Neckarbrücke auf die Westrandbrücke überhaupt erst die Entwicklung einer Neuen Mitte für die Stadt möglich werden würde. Deshalb müsse sich auch die Stadt an der Finanzierung beteiligen. Im Rahmen eines Bürgerentscheids im November 2019 votierten dann die Bürgerinnen und Bürger für die Westrandbrücke. Derzeit wird die Brücke geplant.

Grüne Gentechnik

Mit landwirtschaftlichen Themen beschäftigte sich der Ortsverband immer wieder und führte dazu auch Veranstaltungen durch. Nach dem Thema BSE war die Grüne Gentechnik zeitweise in sehr emotionales Thema. Unter dem Thema „Brauchen wir Gentechnik in Landwirtschaft und Nahrungsmitteln“ diskutierten Befürworter und Gegner der Gentechnik (Anlage 32). Im April stellte die grüne Fraktion im Gemeinderat den Antrag „bei der Neuverpachtung von städtischen landwirtschaftlichen Flächen und der Verlängerung von Pachtverträgen die Pächter vertraglich zu verpflichten, auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zu verzichten“. Dieser Antrag fand dann eine Mehrheit im Gemeinderat (Anlage 33).

Neckar erlebbar machen

Wie machen wir Neckar und Rems für die Menschen erlebbarer, war über viele Jahre ein bestimmendes und oft diskutiertes Thema im Ortsverband, später auch in Fraktion und Gemeinderat. Hier kam uns das berufliche Engagement unseres ehemaligen Vorsitzenden Jürgen Straß sehr zu Gute. Er war u.a. zuständig für die Planung des Grünprojekts 2005 in Ladenburg am Neckar. Bei diesem Projekt der sog. „Kleinen Gartenschau“ wurde erstmals in größerem Umfang gezeigt, wie man den Neckar in das Stadtbild und Stadtleben integrieren kann. Daher besichtigte der Ortsverband dieses Projekt im August 2015 (Anlage 34).



In Ladenburg am Neckar: Monika Voggesberger, Karl Burgmaier, Jürgen Straß

Im Ristorante Paradiso wurde mit dem Architekten Hermann Grub eine Veranstaltung zur Aufwertung der Neckarlandschaft durchgeführt. Grub hatte sich zum Ziel gesetzt den Neckar für die Menschen erlebbarer zu machen. Das war ganz im Sinn der Remsecker Grünen (Anlage 35).

Später konnten wir auch Oberbürgermeister Schlumberger für das Projekt erwärmen, so dass der Gemeinderat im Jahr 2008 einen ganztägigen Ausflug nach Ladenburg machte und von den dortigen Projekten so überzeugt war, dass die Neugestaltung des Neckarufers mit dem Neckarstrand in Angriff genommen wurde. Mit dem damaligen Baubürgermeister Karl-Heinz Balzer, Christian Rygol und den Landschaftsarchitekten Gänßle und Hehr führte der Ortsverband eine Veranstaltung zum Thema durch.



Karl-Heinz Balzer und Christian Rygol referieren im Haus der Bürger über den geplanten Neckarstrand

Bürgerbeteiligung

Die Ortsverbandstreffen der Remsecker Grünen stehen allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern offen. Das nutzen die Bürgerinnen und Bürger zur Information, Diskussion und auch zur Einbringung von Vorschlägen. Mancher Antrag der Grünen im Gemeinderat ist aus diesen Diskussionen mit der Bürgerschaft entstanden wie zum Beispiel Runder Tisch für Naturschutz und Landschaftsplanung. Hier tauschen sich Landwirte, Naturschützer, Jäger, Gemeinderäte und Verwaltung regelmässig über Planungen im Außenbereich aus und bereichern mit ihren Ideen die Arbeit des Gemeinderat (Anlage 36 oben). Die Idee für eine vom Gemeinderat im Frühjahr 2023 beschlossene Wildschutzzone für Rebhühner in Aldingen kam aus diesem Kreis.

Eng war auch die Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen. Menschen aus den Bürgerinitiativen gegen Mobilfunksendeanlagen oder gegen die Andriof-Brücke engagierten sich später auch bei den Grünen und kandidierten für den Gemeinderat.

Die Remsecker Grünen freuten sich dann auch über den Ausbau von Elementen direkter Demokratie auf kommunaler Ebene (Anlage 36 unten). Der erste und bisher einzige Bürgerentscheid in Remseck wurde im November 2020 zur Westrandbrücke durchgeführt. Das eindeutige Ja der Bürgerschaft zur Westrandbrücke ist für den Bau der Brücke eine stärkere Legitimation als eine ausschließliche Entscheidung durch den Gemeinderat.

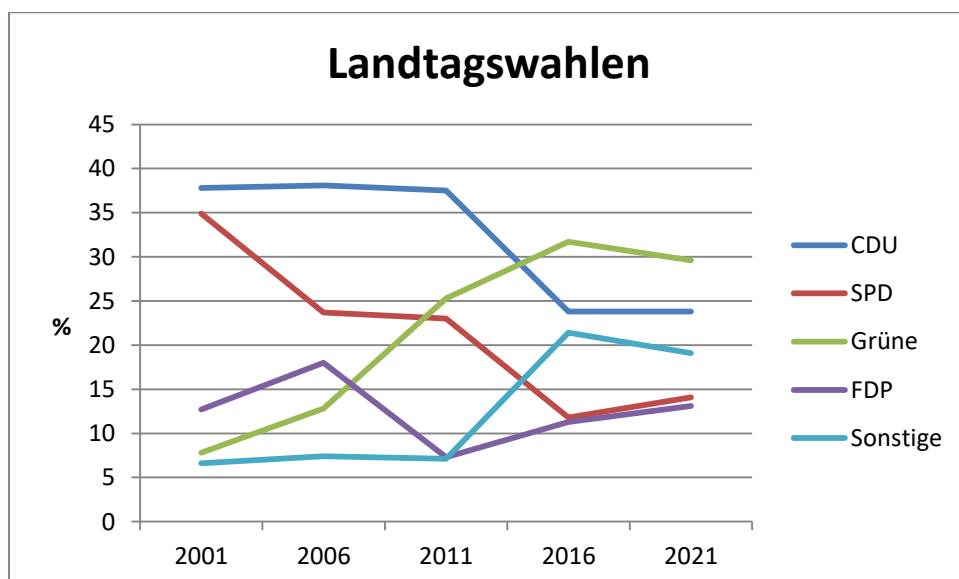
Wahlen

Die Wahlen zu Gemeinderat, Kreistag und Regionalversammlung der Region Stuttgart finden in der Regel immer zusammen mit der Europawahl statt. Seit 1994 sind die Grünen im Remsecker Gemeinderat vertreten und seit 2011 auch im Kreistag. Die heutige Landtagsabgeordnete im Wahlkreis Waiblingen Swantje Sperling war die erste grüne Kreisträtin aus Remseck.



Immer präsent war der Ortsverband bei den Landtags- und Bundestagswahlen. So unterstützte der Ortsverband unseren langjährigen Landtagsabgeordneten Jürgen Walter bei seinen Wahlkämpfen 2001, 2006, 2011 und 2016 und Silke Gericke im Wahlkampf 2021. Ein Höhepunkt war 2011 als die Grünen mit Winfried Kretschmann die Landtagswahl gewannen. Im Wahlkampf war Alexander Bonde, der damalige Bundestagsabgeordnete und spätere Landwirtschaftsminister in der grün-roten Landesregierung, in Remseck.

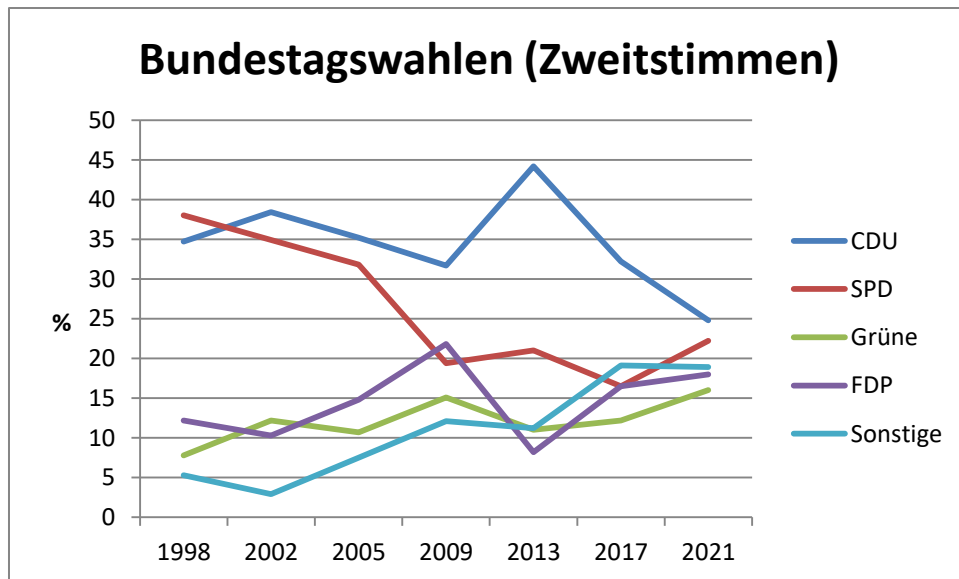




Ebenso unterstützte der Ortsverband jeweils Cem Özdemir, Ingrid Hönlinger und Sandra Detzer im Bundestagswahlkampf.



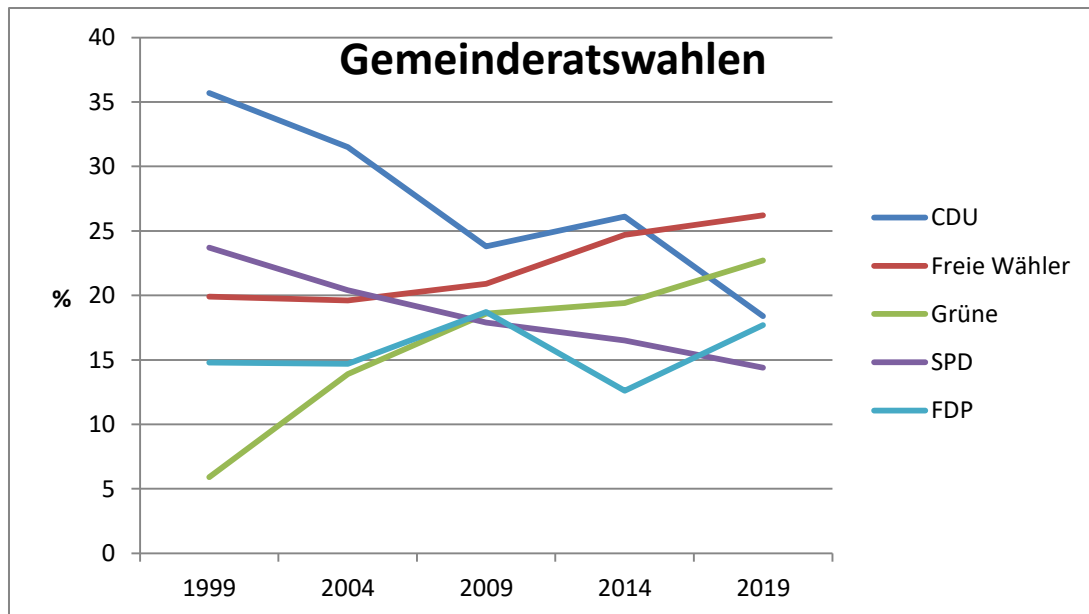
Was vor 25 Jahren kaum vorstellbar, ist heute Wirklichkeit: Die Grünen haben im Kreis Ludwigsburg mit Silke Gericke, Markus Rösler und Tayfun Tok drei Landtagsabgeordnete und mit Sandra Detzer eine Bundestagsabgeordnete. 2016 hatte Jürgen Walter erstmals für die Grünen im Wahlkreis Ludwigsburg ein Direktmandat erzielt, vorher war dies immer an die CDU gegangen.



Mit den Abgeordneten, aktuell die Bundestagsabgeordnete Sanda Detzer und die Landtagsabgeordnete Silke Gericke, gibt es regelmässigen Austausch, auch um Remsecker Belange dort zu verankern. Die Abgeordneten pflegen auch den Kontakt mit dem Oberbürgermeister.



Bei den Gemeinderatswahlen 2009 konnten die Grünen erstmals fünf Mandate gewinnen, 2014 erneut. Bei der Gemeinderatswahl 2019 erzielten die Grünen sechs Mandate und wurden zweitgrößte Fraktion im Gemeinderat.





Grüne Gemeinderätinnen und Gemeinderäte in Remseck

1994-1999	Rolf Schäfer
1999-2004	Monika Voggesberger
2004-2009	Karl Burgmaier
	Jasmine Finckh
	Cherry Gehring
2009-2014	Karl Burgmaier
	Monika Voggesberger
	Jasmine Finckh (bis 2016)
	Swantje Sperling
	Cherry Gehring (bis 2016)
	Jürgen Kada (ab 2016)
	Harald Röhrig (ab 2016)
2014-2019	Karl Burgmaier
	Monika Voggesberger
	Swantje Sperling
	Heike Gebbert
	Jürgen Kada (bis 2018)
	Harald Röhrig (ab 2018)
2019-2024	Karl Burgmaier
	Monika Voggesberger (bis 2021)
	Swantje Sperling (bis 2020)
	Heike Gebbert (bis 2020)
	Jenny Kuch
	Patrick Wagner (bis 2021)
	Stefan Lempp (ab 2020)
	Harald Röhrig (ab 2020)
	Manfred Kuch (ab 2021)

Grüne Themen: Aktueller denn je

Grüne Themen sind aktueller denn je. Ökologische, soziale und ökonomische Nachhaltigkeit sind von der internationalen bis zur kommunalen Ebene zentrale Herausforderungen der nächsten Jahre. Die Remsecker Grünen konzentrieren sich in ihrer Arbeit auf die kommunale Ebene nach dem Motto „Global denken, lokal handeln“. Die Kommunalpolitik betrifft alle Bereiche der Daseinsvorsorge: Kita-Gebühren, Schulentwicklung, Verkehr, ÖPNV, Radverkehrskonzept, Stadtbahnausbau, Ökostrom ja oder nein, Stadtentwicklung, Biodiversität, Artenschutz, Wohnungsbau, Demokratie, Bürgerbeteiligung...Die Themenvielfalt ist riesig und spannend.

Die Grünen konnten sich auf Bundes- und Landesebene als wichtiger Gestalter der Politik etablieren. Das gelang auch den Remsecker Grünen in den vergangenen 25 Jahren auf der kommunalen Ebene, wo sie Impulse für die Remsecker Kommunalpolitik setzen konnten. Das gelang manchmal schnell wie beim Thema Familienpass, Gentechnikfreiheit oder Runder Tisch für Naturschutz und Landschaftsplanung, manchmal war ein langer Atem nötig wie z.B. bei der Billinger- oder Westrandbrücke oder beim Bezug von Ökostrom. Über viele Jahre wurden die Anträge der Grünen im Gemeinderat zum Bezug von Ökostrom abgelehnt. Inzwischen bezieht die Stadt Ökostrom.

Aktuelle Auseinandersetzungen im Gemeinderat z.B. zu grünen Anträgen auf eine Baumschutzsatzung und die Begrünung einer Rathauswand oder die Diskussion zum geplanten Baugebiet Bubelesäcker zeigen, dass es immer noch nicht einfach ist, Mehrheiten für ökologische Belange zu finden (Anlagen 37 und 38). Trotzdem: Die vergangenen 25 Jahre haben gezeigt: Steter Tropfen höhlt den Stein. Allerdings könnte es aus grüner Sicht z.B. angesichts der Klimakrise schneller gehen.

Mit dem im Februar 2023 neu gewählten Ortsvorstand mit drei jüngeren und drei älteren Mitgliedern ist der Ortsverband gut aufgestellt (Anlage 39). Die nächste Herausforderung kommt mit den Kommunalwahlen im Jahr 2024.

Vorsitzende des Ortsverbands von Bündnis 90/Die Grünen Remseck

Jürgen Straß	1998-2000
Thomas Dryja	2000-2003
Renate Kopitkow	2003-2005
Thomas Riek	2005-2014
Heike Gebbert und Lothar Klingel	2014-2020
Frank Feldmann	2020-2023
Julian Gareis	Seit Februar 2023

Bei den vielen Projekten zur zukünftigen Stadtentwicklung wie der Neuen Mitte, den neuen Baugebieten, der Schul- und Kita-Entwicklung, dem Stadtbahnausbau oder der kommunalen Wärmeversorgung werden die grünen Stimmen für Nachhaltigkeit, Klimaschutz und –anpassung sowie ein gutes und soziales Miteinander in unserer Stadtgesellschaft noch lange gebraucht. Daher: Weitermachen!

Remsecker Grüne gründen Ortsverband

REMSECK. Die Palette der Remsecker Parteien ist bunter geworden. Zum Vorsitzenden des neugegründeten Ortsverbands Bündnis 90/Die Grünen wurde einstimmig Jürgen Straß aus Hochdorf gewählt. Als zweite Vorsitzende ist Gül Güzen aus Aldingen bestimmt worden, und das Amt des Kassiers übernimmt Karl Burgmaier aus Neckarremms. Als Ziel hat sich der neue Ortsverband gesteckt, Fraktionsstärke zu erreichen. dok

Stuttgarter Zeitung, 11.4.1998



Freitag, 24. April 1998

Protokoll der Gründungssitzung des Ortsverbands Remseck am 08. April 1998, Gaststätte Schloßhöfle, Remseck

Dauer: 20.00 Uhr bis ca. 21.45 Uhr

Anwesende (14):

Name	Adresse	Bemerkung
Jürgen Straß	In Buderäcker 18, 71686 Remseck-Hochdorf	Mitglied
Jürgen Walter	Osterholzstraße 9, 71679 Asperg	Mitglied, MdL
Rolf Schäfer	Pfarrer-Hiller-Straße 1, 71686 Remseck-Neckargröningen	Mitglied, Gemeinderat
Karl Burgmaier	Am Ring 24, 71686 Remseck-Neckarremms	Mitglied
Claudia Jacob	Leonberger Sttaße 20/1, 71638 Ludwigsburg	Mitglied, Kreisvorstand
Max Bleif	Rieter Straße 74, 71665 Vaihingen/Enz	Mitglied, Kreisvorstand
Rolf Leyhr, Panoramaweg 54, 71686 Remseck		Interessent
Gül Güzel	Allmandweg 6, 71686 Remseck	Mitglied
Martin Frischauf	Kelterstraße 13, 71686 Remseck	Mitglied
Elke Maier	Washingtonring 2, 71686 Pattonville	Interessentin
Evelin Bleibler	Washingtonring 6, 71686 Pattonville	Mitglied
Thomas Dryja	Washingtonring 22, 71686 Pattonville	Interessent
Stefan Köhler	Eckstraße 14, 71679 Asperg	Mitglied, Kreisgeschäftsführer
Anja Herzog	Keltenstraße 9, 71640 Ludwigsburg	Mitglied, Kreisvorstand

Landespressekonferenz

Die diesjährige Landespressekonferenz von Bündnis 90/Die Grünen fand im Palmengarten in Aldingen statt. Landes- und Bundespolitiker trafen sich mit Vertretern aus Presse und Rundfunk. Die Journalisten hatten die Möglichkeit, abseits von Terminen und Tageshektik, sich mit Politikern auszutauschen. Für uns Remsecker Grüne, bot sich hier eine einmalige Gelegenheit, mit unseren Bundes- und Landespolitikern zu reden. Für eine erfolgreiche Arbeit vor Ort ist es immer wichtiger, die richtigen Leute persönlich zu kennen. Dies trifft vor allem auch auf Kontakte mit der Presse zu. In Zeiten, in denen sich die Parteien immer stärker durch Events aller Art in den Vordergrund zu spielen versuchen, ist es umso wichtiger, Inhalte zu vermitteln. Hier werden wir für Remseck weiterhin Akzente setzen.

Veranstaltungshinweise:

02. Sept., 20.00 Uhr, Bundesvorsitzender Fritz Kuhn steht Rede und Antwort.

Podium der Musikhalle Ludwigsburg

05. Sept. 20.00 Uhr, Christoph Sonntag "Wenn der Mostmann zweimal klingelt".

Stadthalle Asperg

08. Sept., 20.00 Uhr, Bundestagsfraktionsvorsitzender Rezzo Schlauch kommt.

Bürgersaal, Ditzingen

09. Sept., 20.00 Uhr, Außenminister Joschka Fischer im Ländle. Forum Ludwigsburg.

Nutzen Sie die Möglichkeit, unsere Politiker hautnah zu erleben, damit Sie sich am 22. September richtig entscheiden.



Monika Voggesberger (Gemeinderätin), Karl Burgmaier, Rezzo Schlauch (Bundestagsfraktionsvorsitzender) und Jürgen Walter (Landtagsabgeordneter)



Die Remsecker Grünen im Gespräch mit dem Bundesvorsitzenden Fritz Kuhn.

Martin Frischau

Die Grünen für Remseck

Die-Gruenen-fuer-Remseck@gmx.de
www.gruene.de/ludwigsburg/remseck

Bündnis 90 / Die Grünen Remseck



Jürgen Walter wiedergewählt!

752 Remseckerinnen und Remsecker haben am vergangenen Sonntag Jürgen Walter und die Grünen gewählt. Dafür danken wir Ihnen sehr herzlich. Ihre Stimmen haben dazu beigetragen, dass Jürgen Walter wieder in den Landtag gewählt wurde. Mit 7.218 oder **9,9 %** der Stimmen im **Wahlkreis Ludwigsburg**, also 2,2 % über dem Landesdurchschnitt, hat Jürgen Walter eines der besten grünen Wahlergebnisse erreicht.

Damit haben die Grünen als einzige Partei neben der CDU im Wahlkreis weiterhin einen Landtags- und einen Bundestagsabgeordneten. **Jürgen Walter** und **Cem Özdemir** vertreten im Land und im Bund die Interessen der Remsecker Bürgerinnen und Bürger. Wenn Sie Fragen, Wünsche oder Probleme haben, können Sie sich gerne an unsere beiden Abgeordneten wenden. Sie werden Ihnen bereitwillig helfen. Über unsere homepage können Sie mit unseren beiden Abgeordneten wie auch mit unserer Gemeinderätin Monika Voggesberger Kontakt aufnehmen.

Die Grünen für Remseck

Karl Burgmaier

E-Mail: Die-Gruenen-fuer-Remseck@gmx.de

www.gruene.de/ludwigsburg/remseck



Unsere beiden Mandatsträger in Stuttgart und Berlin: Jürgen Walter und Cem Özdemir mit Bürgermeister Karl-Heinz Schlumberger vergangenen November im Rathaus.

REMSECK

Kein Krieg mit deutscher Beteiligung

Grüne: Bombardements sind das falsche Mittel

(red) – Die Remsecker Grünen lehnen den gegenwärtigen Krieg in Afghanistan und die deutsche Beteiligung daran ab. Das war ein Ergebnis des jüngsten Ortsverbandstreffens.

Die Grünen in Remseck bezweifeln, dass mit den Bombardements der Terrorismus bekämpft werden kann. Geheimdienstliche Aktivitäten zur Identifizierung der Hauptfiguren des Netzwerkes der Terroristen und gezielte Spezialeinsätze erscheinen ihnen geeigneter zur Bekämpfung der Terroristen als Flächenbombardements, die unschuldige Opfer in der Zivilbevölkerung bewusst in Kauf nehmen.

Mehrere Teilnehmer mahnten eine Diskussion zu den Ursachen des Terrorismus an und warnten davor, sich in die „Spirale der militärischen Eskalation“ zu begeben, aus der es womöglich kein Zurück mehr gebe. „Warum reden wir nicht über das Verbot von Waffenexporten oder über die Beseitigung der Armut und Ungerechtigkeit in der Welt“, fragte ein Teilnehmer und hatte als Antwort: „Diese Diskussion müssen wir Grünen vorantreiben, da haben wir mehr Kompetenz als die anderen Parteien.“

Seine Antwort auf die Frage nach dem möglichen Ende der rot-grünen Koalition bei einer fehlenden eigenen Mehrheit aus SPD und Grünen, wenn es in der nächsten Woche um die Genehmigung des Bundeswehreinsetzes geht: „Wir dürfen uns in der Regierung nicht lähmen lassen und schon gar nicht erpressbar sein“.

Am Kanzlerwort von der uneingeschränkten Solidarität störten sich mehrere Redner. Einer kritisierte diese Äußerung als „Blankoscheck für blinden Gehorsam“. Bei aller Kritik am Kriegseinsatz wurden auch die diplomatischen Initiativen von Außenminister Fischer gelobt. „Unter einem Außenminister Joschka Fischer fühle ich mich sicherer als unter einem Außenminister Westerwelle“ fasste ein Redner seine Stimmung zusammen.

REMSECK U

Orts-Grüne gegen einen Irak-Krieg

17.1.2003

Sie lehnen auch das Regime von Saddam Hussein ab

REMSECK

(red) – „Wir sind froh, dass sich die Bundesregierung klar gegen einen Angriffskrieg ausgesprochen hat“, meinte Ortsvorsitzender Jürgen Straß. Der drohende Krieg gegen den Irak von Seiten der USA war Thema beim Ortsverbandstreffen der Remsecker Grünen in der Gaststätte Schießtal.

„Manchmal ist schon etwas gewonnen, wenn einer aufsteht und nein sagt“, zitierte ein Teilnehmer Bertolt Brecht, bezweifelte aber, ob Deutschland angesichts des massiven Aufmarsches der US-Streitkräfte im Nahen Osten die USA an einem Krieg hindern könne.

Gewisse Ohnmacht

Eine gewisse Ohnmacht war unter den Teilnehmern der Gesprächsrunde hinsichtlich der zunehmenden Verlagerung von Truppen in den Nahen Osten zu spüren. Die täglichen Bilder und Berichte über die militärische Verstärkung am Golf schüren die Angst vor einem Krieg. Ein Teilnehmer brachte es so auf den Punkt: „Ich habe den Eindruck, dass der Krieg gegen Saddam Hussein auf jeden Fall stattfinden wird, egal wie der Befund der UN-Rüstungsinspektoren im Irak ausfallen wird.“

Gesprächsrunde

Diesen Fatalismus habe ein anderer aus der Gesprächsrunde nicht akzeptieren wollen, heißt es in einer Pressemitteilung.

Deutschland sei immerhin eines der einflussreichsten Länder der Europäischen Union. Es müsse seinen Einfluss geltend machen und weitere Verbündete für eine gewaltfreie Lösung des Irak-Konflikts gewinnen. Deutschland habe ab Februar 2003 den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat.

Da böten sich mehr Möglichkeiten, auf der internationalen politischen Ebene für die deutsche Position Verbündete zu finden, waren sich die Teilnehmer des Grünen-Ortsverbandstreffens einig.

Die Erdölvorkommen des Irak, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und die Frage, ob sich Deutschland bei einem „Nein“ zum Irak-Krieg isoliere, waren weitere Diskussionspunkte. Jürgen Straß, Ortsvorsitzender der Remsecker Grünen, betonte, dass die Grünen einen Krieg gegen den Irak ablehnten. Gleichzeitig verurteilten sie aber auch das autoritäre sowie totalitäre Regime Saddam Husseins, das Menschenrechte verletze.

Über Ängste reden

Offensichtlich habe es so manchem Teilnehmer gut getan, über das Thema zu reden und sich über mögliche Szenarien und Ängste sowie über einen möglichen Krieg auszutauschen, so das Resümee des Gesprächsabends. „Das ist halt der Unterschied zum Fernsehen“, sagt Jürgen Straß und freut sich, dass die Bürger das Thema Frieden bei den Grünen gut aufgehoben sehen. „Schließlich ist die Friedensbewegung eine unserer Wurzeln.“

Mobilfunk – Kommunikation ohne Risiko?

Wie Spargel im Frühjahr sprießen auf den Dächern die Sendeanlagen der Mobilfunkbetreiber. In Remseck sind mindestens 9 Anlagen installiert - in allen Ortsteilen außer Pattonville. Diese Tendenz wird sich mit der Einführung neuer Mobilfunknetze (UMTS) noch verstärken. Hausbesitzer werden von den Betreibern umworben, um ihre Dächer gegen Entgelt zur Verfügung zu stellen.

Die eigentlich erfreuliche Mobilisierung der Kommunikation - wieviele Menschen nutzen inzwischen Handys? - birgt jedoch potentielle Gefahren. Die allgegenwärtige und ständige Strahlung aus Hochfrequenzquellen kann gesundheitlich riskant sein. Berichtet wird von Kopfschmerzen, Herzrhythmus- und Schlafstörungen, Schwindel, Konzentrationsschwäche, Denkblockaden, Hörsturz, Depression, Gereiztheit oder der Erhöhung der Blutfettwerte und Krebsgefahr. Daher fordern kritische Bürger mehr Information über die möglichen gesundheitlichen Risiken von elektromagnetischer Strahlung. Größere Sicherheitsabstände zur Wohnbebauung werden gefordert. So sind z.B. nach Ansicht der Bundesärztekammer die Mindestabstände nach der Strahlenschutzverordnung unzureichend. In Neckarrems wehren sich Bürgerinnen und Bürger gegen die Sendeanlage in der Traubenstraße 25 - mitten im Wohngebiet!

Der Ortsverband Remseck von Bündnis 90/Die Grünen lädt alle Bürgerinnen und Bürger ein zum Informations- und Diskussionsabend über

Nutzen und Risiken von Mobilfunk-Sendeanlagen in Remseck



28. Juni , 20.00 Uhr

Rathaus in Neckarrems

mit :

- Bürgermeister Karl-Heinz Schlumberger
- Dipl. Ing. Rudolf Teichelmann, Leiter Technik von T-Mobil, Niederlassung Stuttgart
- Dipl. Ing. Rainer Knittel, Leiter Netzplanung von T-Mobil, Niederlassung Stuttgart
- Dipl. Ing. Harold Neubrand, Sachverständiger für Baubiologie, Bad Boll
- Jürgen Groschupp, Bürgerinitiative Großbettlingen
- Dr. Georg Kersting, Umweltmediziner, Gesundheitsamt Landkreis Ludwigsburg
- Jürgen Walter, MdL

V.i.S.d.P.: Karl Burgmaier Danneckerweg 25 Remseck

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Bürger in großer Sorge wegen Mobilfunkmasten

Angst vor Gesundheitsschäden – Fachleute: Keine gesicherten Forschungsergebnisse

REMSECK

(ank) – Mit einer Unterschriftenaktion leisten die Anwohner derzeit massiven Widerstand gegen die geplante Aufstellung eines Sendemasten in der Traubenstraße. Bei einer Podiumsdiskussion im Rathaus machten etwa 100 besorgte Bürger ihrer Empörung Luft.

Sind Mobilfunksendeanlagen gesundheitsschädlich oder nicht? Das wird zur Zeit nicht nur in Remseck heiß diskutiert (die LKZ berichtete).

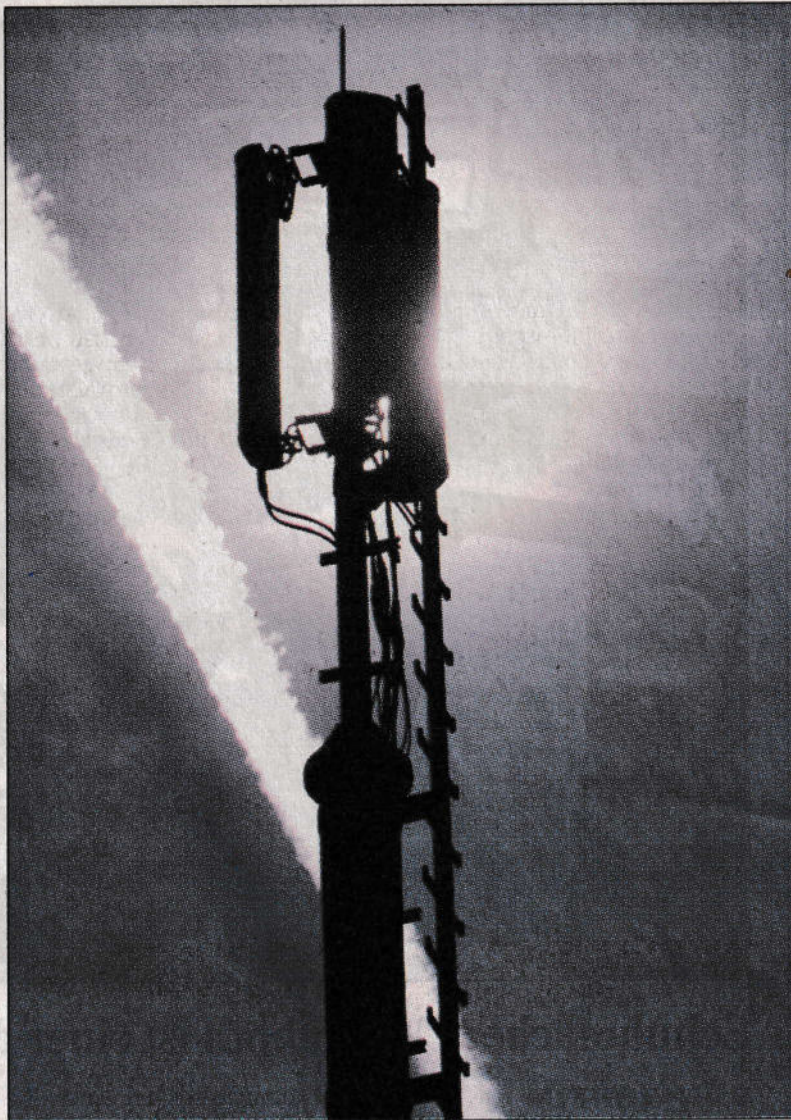
Auch an diesem Abend konnte diese Frage nicht abschließend geklärt werden – zudem wurden weitere Fragen aufgeworfen, sodass viele Bürger den Raum besorgter als zuvor verließen.

Bundesweit sind derzeit 55 Millionen Handys in Betrieb – 66 Prozent der Bevölkerung möchten auf mobile Kommunikation nicht mehr verzichten. Dem steigenden Bedarf wollen die Netzbetreiber mit immer mehr Sendemasten Rechnung tragen.

Nach Meinung der Kritiker solcher Masten kommen hierbei gesundheitliche Bedenken zu kurz: Mangelnde Langzeitstudien und veraltete Gesetzesgrundlagen stünden offenbar wirtschaftlichen und politischen Zwängen gegenüber. Durch die Vergabe der 100 Milliarden Mark teuren UMTS-Lizenzen stehen Bundesregierung und Netzbetreiber gemeinsam in der Pflicht, das Mobilfunknetz flächendeckend auszubauen.

Rund 60 000 Sendeanlagen sind dafür in den nächsten Jahren eingeplant – das bedeutet, dass künftig etwa alle 500 Meter ein Sendemast stehen wird.

Die besorgten Bürger halten dies für einen Skandal, denn Hinweise auf Gesundheitsschädigungen seien zahlreiche vorhanden: Von Kopfschmerzen über Schlafstörungen bis hin zu Krebserkrankungen. Aber eben keine gesicherten Forschungsergebnisse, wie die Experten immer wieder betonten. Insbesondere die athermischen Effekte



Zwischen 2000 und 10 000 Mark Miete werden pro Jahr und Sendemasten von den Netzbetreibern an Grundstückseigentümer gezahlt. Bild: Alfred Drossel

der Sendeanlagen seien im Gegensatz zu den thermischen Effekten kaum erforscht.

Nach dem derzeit geltenden 26. Bundesemissionsschutzgesetz von 1997 sind Sendemasten unter zehn Metern nicht baugenehmigungspflichtig. Gesundheitlichen Aspekten werden in diesem Gesetz mit Grenzwerten Rechnung getragen, die, nach Aussage der Experten, deutlich niedriger als in anderen

europäischen Ländern sind. Des Weiteren existiert eine Empfehlung, nach der Mobilfunksendeanlagen nicht in direkter Nähe von Kindergärten und Schulen aufzustellen sind.

Dieses Gesetz befindet sich derzeit in der Novellierungsphase. Wie Jürgen Walter, Landtagsabgeordneter vom Bündnis 90/Die Grünen, mitteilte, bereite seine Partei momentan einen entsprechenden

Antrag vor, nach dem künftig auch Masten unter zehn Metern genehmigungspflichtig sein sollen.

Den besorgten Bürgern dauerte das offenbar zu lange. Denn bis entsprechende Gesetze vorliegen, geht der Aufbau der Sendemasten weiter – die Bürger befürchten, damit einer potentiellen Gesundheitsgefährdung ausgesetzt zu sein. Als „Versuchskaninchen“ missbraucht und in ihren Bedenken nicht ernstgenommen fühlen sich viele Bürger – das kam an diesem Abend deutlich zur Sprache.

Insbesondere Rudolf Teichmann und Rainer Knittel, die als Vertreter von T-Mobil für einen Teil der Remsecker Sendemasten verantwortlich sind, mussten sich zum Teil harscher Kritik aussetzen. So wurde ihnen von Seiten der Bürger vor allem mangelnder Weitblick vorgeworfen: Schließlich sei es – wie zum Beispiel beim Thema Rauchen – nicht das erste Mal, dass mögliche Gefahren erst im Nachhinein erkannt werden.

Unklar blieb, ob kleine Masten mit geringerer Strahlung weniger schädlich als große Sendemasten mit entsprechend stärkerer Strahlung sind. Diese Frage beschäftigte vor allem Bürgermeister Karl-Heinz Schlumberger.

Weitere Podiumsteilnehmer waren Karl Burgmaier vom Ortsverband Remseck, Bündnis 90/Die Grünen, der diesen Informationsabend veranstaltet hat, Jürgen Groschupp von der Bürgerinitiative Großbottlingen, die einen Sendemasten im Ortsinnern der Gemeinde verhindern konnte schließlich Dr. Georg Kersting Umweltmediziner beim Gesundheitsamt des Kreises Ludwigsburg.

Mehr Information und mehr Rücksichtnahme auf ihre Bedenken verlangten die Besucher. Und Mit dem Aufstellen der Sendemasten erst fortzufahren, wenn gesicherte Forschungsergebnisse vorliegen. Auch soll nach strahlungsärmeren Alternativen gesucht werden, um so das Risiko zu minimieren. Nach Meinung der Bürger sind hier alle Politiker gefragt: von den Gemeinden bis hin zur EU.

Die Mobilfunkanlage soll weg

16.11.01

Grüne beantragen Aufgabe des Standorts Gymnasium

REMSECK

(red) – **Monika Voggesberger, Gemeinderätin der Grünen, fordert die Beendigung des Betriebs der Mobilfunksendeanlage auf dem Lise-Meitner-Gymnasium in Aldingen.**

Sie stellte bei der Gemeinde einen entsprechenden Antrag. „Solange gesundheitliche Gefahren durch Mobilfunk nicht ausgeschlossen werden können, sollten auf Schulen keine Mobilfunksendeanlagen betrieben werden“, argumentiert Monika Voggesberger. Sie begründet ihren Antrag auch damit, dass das baden-württembergische Umweltministerium empfehle, Kindergärten und Schulen aus dem Hauptstrahl der Sendeanlagen herauszuhalten.

Die Deutsche Telekom betreibt die Sendeanlage auf dem Remsecker Gymnasium seit 1992. Nächstes Jahr läuft der Vertrag mit der Gemeinde über den Sendebetrieb zwar aus, doch hat die Tele-

kom eine Option, den Vertrag um weitere zweimal fünf Jahre zu verlängern.

Die Remsecker Grünen waren sich bei einem Ortsverbandstreffen einig, dass Bürgermeister Karl-Heinz Schlumberger bei den von ihm angekündigten Gesprächen mit den Mobilfunkbetreibern, die Anlagen in Remseck unterhalten, auch die Sendeanlage auf dem Lise-Meitner-Gymnasium zum Thema machen soll. Die Grünen fordern von der Gemeinde, dass sie künftig keine Verträge mit Mobilfunkbetreibern abschließen solle, die Mobilfunkanlagen an Orten vorsehen, an denen sich vor allem Kinder aufhalten.

Sicherlich sei es schwierig, aus bestehenden Verträgen herauszukommen. Die Grünen setzen dabei aber große Hoffnung auf Bürgermeister Schlumberger, der sich auf einer Informations- und Diskussionsveranstaltung im Sommer als sachkundiger Kenner der Materie gezeigt habe, so die Pressemitteilung der Remsecker Grünen.

Mobilfunk-Anlage weiter in der Kritik

Voggesberger: Gemeinde soll nicht nur reagieren

REMSECK

(red) – Eine aktivere Rolle bei der Standortsuche für Mobilfunk-Sendeanlagen fordert Grünen-Gemeinderätin Monika Voggesberger von der Gemeindeverwaltung. Bei einem Treffen des Grünen-Ortsverbandes diskutierten die Teilnehmer über die geplante Anlage in der Neckarremser Steige.

Die Angrenzer der auf einer Scheune unweit von Grundschule und Kindergarten geplanten Anlage stößt bei Anwohnern auf Ablehnung (die LKZ berichtete). Bereits über 500 Bürger hätten sich mit ihrer Unterschrift gegen die Anlage ausgesprochen, heißt es in einer Pressemitteilung des Grünen-Ortsverbandes.

Evelina Kada und Doris Limberger von der Bürgerinitiative berichteten auf dem Treffen des grünen Ortsverbandes über ihre Aktivitäten. So seien neben der Unterschriftensammlung alle Gemeinderatsmitglieder angeschrieben worden mit der Bitte, sich gegen die geplante Anlage auszusprechen.

50 bis 60 Anlagen befürchtet

Von den Gegnern werden vor allem gesundheitliche Risiken der Mobilfunksendeanlage angeführt. „Solange solche gesundheitlichen Gefahren nicht ausgeschlossen werden können, sollten sie auch in Wohngebieten

und neben Schulen und Kindergarten nicht aufgestellt werden“, argumentierte Doris Limberger.

Die Bürgerinitiative befürchtet, dass in Remseck in nächster Zeit weitere 50 bis 60 Anlagen errichtet werden sollen, sagte Evelina Kada. Grünen-Gemeinderätin Monika Voggesberger forderte, die Gemeinde solle „nicht immer nur reagieren, sondern bereits im Vorfeld aktiv werden und mit den Mobilfunkbetreibern und den Bürgern über geplante Standorte für Sendeanlagen sprechen“. Sie könne sich vorstellen, im Bereich der geplanten Anlage eine baurechtliche Veränderungssperre zu erlassen, die eine solche Anlage neben Schule und Kindergarten ausschließt, heißt es in der Pressemitteilung weiter.

„Wo ein Wille ist...“

Zwar sei man sich der Schwierigkeit einer baurechtlichen Ablehnung des Antrags des Mobilfunkbetreibers bewusst, doch „wo ein Wille ist und vor allem ein breit getragener Bürgerwille, ist auch ein Weg“, sagte Karl Burgmaier vom Ortsvorstand der Remsecker Grünen. Die Bürgerinitiative sieht einen solchen Weg an einem Standort außerhalb von Neckarremms.

Jetzt ist der Technische Ausschuss des Gemeinderats am Zug. Er muss über sein Einverständnis zu der Anlage entscheiden. Über die Baugenehmigung entscheidet das Landratsamt.

Baurecht bei Mobilfunksendeanlagen Stumpfe Waffe oder Gestaltungsmittel?

Mittwoch, 5. Februar, 19 Uhr
Rathaus

Mit:

Bürgermeister Karl-Heinz Schlumberger
Rechtsanwalt Prof. Dr. Klaus Kniep
Roland Böhm, Leiter Baurechtsamt Esslingen
Marcus Staschenuk, Vodafone Niederlassung Stuttgart
Jürgen Kada, Bürgerinitiative Neckarrems

Moderation: Karl Burgmaier (Bd. 90/Die Grünen)



Bürger sammeln 450 Unterschriften gegen neue Mobilfunk-Sendeanlage

REMSECK

(ad) – In der Neckarremser Steige ist der Bau einer Vodafone-Mobilfunk-Sendeanlage geplant. Dagegen wehren sich die Anwohner. Sie haben innerhalb kurzer Zeit 450 Unterschriften gesammelt. Jürgen Kada

(rechts), Sprecher der Bürgerinitiative, hat sie gestern Bürgermeister Schlumberger übergeben. Die Initiative bittet den Bürgermeister um Prüfung, wie der Bau dieser Anlage verhindert werden könne. „Wir sind nicht gegen Handys“, sagt Jürgen Kada, „aber Antennen soll-

ten nur dort aufgestellt werden, wo sie die Gesundheit der Menschen nicht beeinträchtigen.“ Der geplante Standort liegt unweit von Schule und Kindergarten. Die Anwohner kündigten gleichzeitig verschärften Protest, auch mit Flugblättern, an. Bild: Alfred Drossel

Gemeinde wird aktiv bei Mobilfunksendeanlagen

Mobilfunkbetreiber legen Suchkreise offen – Gemeinde prüft Standorte – Rund 100 Teilnehmer bei Infoabend

REMSECK

(jepa) – Die Mobilfunkbetreiber und die Gemeinde wollen künftig bei der Suche geeigneter Standorte für Sendeanlagen zusammenarbeiten. Auf einer Veranstaltung der Grünen informierten sich rund 100 Teilnehmer im Rathaus über das Baurecht bei Mobilfunkanlagen.

Bürgermeister Karl-Heinz Schlumberger überraschte die Teilnehmer mit der Nachricht, dass die Mobilfunkbetreiber der Gemeinde zukünftig sogenannte Suchkreise mitteilen, in denen die Unternehmen ihre Sendeanlagen aufstellen wollen. Die Gemeinde werde dann versuchen, so Schlumberger, Bereiche innerhalb dieser Suchkreise festzulegen, in denen sie sich Standorte für die Anlagen vorstellen könne.

„Forderung zeigt Wirkung“

Monika Voggesberger, Gemeinderätin von Bündnis90/Die Grünen, hatte Mitte Januar Gemeindeverwaltung und Fraktionen im Gemeinderat aufgefordert, bei der Gestaltung der Mobilfunkantennenlandschaft aktiv zu werden. Die Gemeinde müsse agieren und könne nicht nur bei jedem Bauantrag für eine Sendeanlage reagieren, lautete ihre Forde-



Reges Interesse herrschte bei der Infoveranstaltung zum Baurecht bei Mobilfunksendeanlagen.

Bild: Privat

rung. Diese Forderung zeige jetzt Wirkung, heißt es in einer Pressemitteilung der Grünen. Die neue Strategie der Gemeinde sei offensichtlich Ergebnis eines Gesprächs zwischen Gemeinde und Mobilfunkbetreibern, das vergangene Woche geführt worden ist.

Bürgermeister Schlumberger bestätigte gegenüber der LKZ die Vereinbarung, gab aber zu bedenken, dass es trotzdem schwierig werden könne, überall von allen Bürgern akzeptierte Standorte zu finden. Auch Roland Böhm, Leiter des Baurechtsamts der

Stadt Esslingen, warnte vor allzu großen Erwartungen der Bürger an Mitgestaltungsmöglichkeiten. „Den Netzaufbau kann nur der Betreiber vornehmen“, sagte Böhm. Laut Pressemitteilung der Grünen hielt er eine Beteiligung der Bürger an der Auswahl der

Standorte ebenso wie Bürgermeister Schlumberger nicht für sinnvoll. Die Transparenz der Entscheidungen werde jedoch in Esslingen groß geschrieben: „Wir veröffentlichen alle Standorte in der Lokalzeitung“, berichtete Böhm.

Mehr als 550 Unterschriften

Jürgen Kada, Angrenzer an das Grundstück der geplanten Sendeanlage „Auf der Steige“ in Neckarremms und Sprecher der Bürgerinitiative gegen die Anlage, berichtete, dass inzwischen mehr als 550 Bürgerinnen und Bürger gegen die geplante Sendeanlage unterschrieben hätten. Kada zeigte sich davon überzeugt, dass der breite Widerstand der Neckarremser Bürger nicht ohne Wirkung auf den Gemeinderat bleiben werde.

Die Befürchtung eines Teilnehmers, dass angesichts des in Remseck verbreiteten Ortsteilendens nur Neckarremser die Veranstaltung besuchten, bestätigte sich nach Mitteilung der Grünen nicht. Nach Aufforderung durch Versammlungsleiter Karl Burgmaier, alle „Nicht-Neckarremser“ sollten sich zu erkennen geben, erhoben sich zahlreiche Hände im Saal. Kada bestätigte das Interesse aus allen Remsecker Ortsteilen an dem Thema.

Grüne mahnen Konzeption für Neue Mitte an

Zentrales Jugend- und Bürgerhaus könnte die Keimzelle sein – Informationsveranstaltungen im neuen Jahr geplant

REMSECK

(red) – Die Remsecker Grünen wollen sich im neuen Jahr intensiv mit dem Thema Neue Mitte und der Verkehrsproblematik in der Gemeinde befassen.

Remseck möchte eine Neue Mitte um die U 14-Endhaltestelle. Diskutiert wird über das Thema schon seit Jahren. Die offene Bürgerbeteiligung im Jahr 1999 und der Gemeindeentwicklungsplan brachten konkrete Vorstellungen. Die vor kurzem im Rathaus präsentierten Entwürfe für eine Neue Mitte durch Studenten der Hochschule für Technik in Stuttgart zeigten weitere Ideen und visualisierten die Neue Mitte mit Plänen und Modellen, so die Grünen in einer Pressemitteilung.

„An einer schlüssigen Gesamtkonzeption fehlt es bisher allerdings“, meint Remsecks Grünen-Gemeinderätin Monika Voggesberger. Spätestens bei der Aufstellung des neuen Flächennutzungsplanes müsse aber zumindest geklärt sein, wo die Neue Mitte genau hin soll. Schließlich müssten dafür Flächen ausgewiesen werden.

Für Monika Voggesberger ist ebenso wie für Jürgen Straß, den stellvertretenden Ortsverbandsvorsitzenden der Grünen, eine Verlagerung des bisherigen Verkehrs aus dem Planungsgebiet eine ent-



Steht einer echten Stadtmitte im Weg: die stark belastete Neckarbrücke.

Bild: Archiv (Richard Zeller)

scheidende Voraussetzung für eine attraktive Neue Mitte. „Eine Neue Mitte mit vielen Autos kann nicht attraktiv sein“, ist sich Straß sicher. Während jedoch Verwaltung und die Mehrheit des Gemeinderats

mit einem Nord-Ost-Ring dieses Verkehrsproblem lösen wollen, glaubt Straß nicht an diese Variante. „Je weiter der Nord-Ost-Ring von Remseck wegkommt, um so weniger Entlastung wird er an der

Neckarbrücke zwischen Neckargröningen und Neckarrems bringen“. „Was soll der Nord-Ost-Ring, wenn er auch noch zusätzlichen Verkehr nach Remseck zieht, weil der überörtliche Verkehr dann

statt über das Leonberger Dreieck über Remseck fährt?“, fragt Straß.

Die Grünen wollen keinen zusätzlichen Verkehr nach Remseck ziehen, gleichzeitig aber den Verkehr aus dem Planungsgebiet der Neuen Mitte verlagern. Sie haben sich dabei von Verkehrsplaner Hans Billinger aus Stuttgart beraten lassen, der eine neue Neckarbrücke westlich der bisherigen Brücke, zwischen der Neuen Mitte und Aldingen, vorsieht. Billinger ist in Remseck kein Unbekannter, von ihm stammt die Idee für den Hochberger Tunnel. „Unsere Meinungsbildung zur Verkehrsentslastung und zur Neuen Mitte ist noch nicht abgeschlossen“, meinen die beiden Grünen.

Beide können sich auch ein neues Zentrum mit viel Grün vorstellen mit einigen zentralen Einrichtungen, etwa einem Jugendhaus. Jugendliche hätten noch keinen Führerschein und könnten mit den Stadtbussen problemlos aus allen Ortsteilen ins Jugendhaus kommen. „Warum soll die neue Remsecker Identität nicht über ein zentrales Jugend- und Bürgerhaus ihren Anfang nehmen?“, fragt Jürgen Straß.

Die Remsecker Grünen sind im Gespräch mit dem Büro Billinger und planen Anfang 2002 eine Veranstaltung zur Verkehrsentslastung auf der bisherigen Neckarbrücke und zur Neuen Mitte.

19.2.03 L102



Berühmtes Nadelöhr in Remseck: Die Neckarbrücke.

Bild: Archiv (Zeller)

Grüne wollen neue Brücke

Informationsabend rund um die Verkehrsprobleme der Gemeinde

REMSECK

(red) – Nach der Anmeldung der Straßenprojekte für den Bundesverkehrswegeplan durch das Land (die LKZ berichtete), hat das Thema Nord-Ost-Ring neue Nahrung erhalten. Die Remsecker Grünen organisieren zu diesem Thema eine Veranstaltung.

Dabei wollen die Kommunalpolitiker auch eigene Ideen zu einer Verkehrsentslastung der Remsecker Ortsmitte vorstellen. Der Infoabend beginnt am Donnerstag, 20. Februar, um 20 Uhr im Gasthaus Lamm in Neckargröningen.

Die Entwicklungsplanung der Gemeinde Remseck sieht eine städtebauliche Mitte um den Bereich der U-14-Endhal-

testelle vor. „Solange aus diesem Bereich jedoch der Kfz-Verkehr nicht verlagert wird, kann dort keine attraktive Neue Mitte entstehen“, meint Monika Voggesberger, Gemeinderätin der Grünen. Daher schlagen die Remsecker Grünen eine neue Neckarbrücke westlich der bisherigen Brücke zwischen Neckargröningen und Neckarrems vor.

Die neue zweispurige Brücke soll zwischen Lidl und der Gärtnerei Wenk gebaut werden. „Durch die Verlagerung des Kfz-Verkehrs gewinnen wir den notwendigen Raum für eine Neue Mitte“, meint Jürgen Straß, Vorsitzender des Ortsverbands der Remsecker Grünen. Den Vorschlag einer neuen Brücke haben die Grünen vom Stuttgarter Verkehrsplaner Hans Billinger übernommen.

Auf der bisherigen Brücke soll nach den Vorstellungen der Grünen künftig die Stadtbahnlinie Ludwigsburg–Remseck–Waiblingen fahren. Die Stadtbahn soll auf der bisherigen Landesstraße nach Hegnach weitergeführt werden. Der bisherige Verkehr Richtung Hegnach/Waiblingen soll nach der neuen Neckarbrücke über die Straße Richtung Oeffingen nach Hegnach fahren.

Auf der Veranstaltung am Donnerstag berichten der Landtagsabgeordnete und verkehrspolitische Sprecher der Grünen, Boris Palmer, und der Grünen-Regionalrat Alexander Ludwig über die aktuellen behördlichen Planungen zur Stadtbahnlinie und zum Nord-Ost-Ring und stellen ihre Alternativen vor. Auch Hans Billinger ist anwesend.

Stadtbahn über Neckarbrücke

Grüne fordern eine neue Verkehrskonzeption

REMSECK

LKZ
31.3.2003

(red) – Für die Remsecker Grünen ist der Nord-Ost-Ring vorerst erledigt. Sie fordern jetzt andere Prioritäten in der Remsecker Verkehrsplanung und städtebaulichen Planung.

Wichtig ist ihnen die Stadtbahn von Ludwigsburg nach Waiblingen, die sie über die bestehende Brücke zwischen Neckarrens und Neckargröningen leiten wollen, heißt es in einer Pressemit-

teilung. „Wenn die Stadtbahn über die bestehende Brücke fährt, brauchen wir für den Automobilverkehr eine neue Brücke“, sagt Jürgen Straß, der Vorsitzende der Remsecker Grünen. Diese neue Neckarbrücke soll zwischen Lidl und der Gärtnerei Wenk gebaut und in das bestehende Straßennetz eingebunden werden.

Im Februar hatten die Grünen diese Idee des Stuttgarter Verkehrsplaners Hans Billinger der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Grünen fordern eine Gesamtkonzeption für die Remsecker Verkehrspolitik und die neue Mitte. „Mit der Verlagerung des Verkehrs auf die neue Brücke und der Stadtbahn auf der bisherigen Brücke können wir im Bereich um die U 14-Endhaltestelle und das Rathaus eine neue attraktive Mitte für Remseck schaffen“, meint Straß. Die neue Mitte soll auf der nördlichen Seite des Neckars Geschäfte haben und im südlichen Teil parkähnliche Grünanlagen zur Naherholung.

Eine neue Mitte für Remseck

Grüne stellen Alternativ-Plan zu Nord-Ost-Ring vor

REMSECK

24.2.03
LKZ

(red) – Die bestehende Brücke zwischen Neckargröningen und Neckarrens wollen sie für die Stadtbahnlinie von Ludwigsburg nach Waiblingen nutzen. Durch die Verlagerung des Autoverkehrs auf eine neue Brücke soll im Bereich um die U-14-Endhaltestelle eine neue Mitte entstehen.

Die Grünen stellten jetzt rund 60 Bürgern im Gasthof Lamm in Neckargröningen ihre Pläne zur neuen Neckarbrücke zwischen Lidl und der Gärtnerei Wenk vor.

Der Stuttgarter Verkehrsplaner Hans Billinger kann sich diese mit Geschäften auf der nördlichen Seite des Neckars und parkähnlichen Grünanlagen zur Naherholung im südlichen Teil vorstellen. Die Grünen gehen davon aus, dass der Nord-Ost-Ring nicht gebaut wird. Für Boris Palmer, Landtagsabgeordneter der Grünen, ist der Nord-Ost-Ring ein „ökologisch hochbedenkliches Projekt“ und daher abzuleh-

nen. Palmer zeigte sich überzeugt, dass die Trasse vom Bund nicht als „vordringlicher Bedarf“ in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen wird. Die Entscheidung darüber fällt voraussichtlich Mitte des Jahres.

Die Grünen folgern daraus, dass deshalb nach anderen Lösungen für die Remsecker Verkehrsprobleme gesucht werden muss und sehen gute Chancen zur Verwirklichung ihrer Ideen, wenn „ernsthafte Lösungen für unsere Verkehrsprobleme in überschaubarem Zeitraum gesucht werden“, meint Monika Voggesberger. Die neue Brücke soll zu 70 Prozent aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) bezuschusst werden.

Die Chancen auf Bewilligung dieser Mittel seien gut. So berichtete Palmer, dass seine Anfrage bei der Landesregierung ergeben habe, dass noch kein Antrag auf Förderung mit GVFG-Mitteln abgelehnt worden sei. Die Realisierung des Projekts könne man sich laut Planer Hans Billinger auch in mehreren Stufen vorstellen.

Information und Diskussion

Die Remsecker Grünen laden alle Bürgerinnen und Bürger ein zum Informations- und Diskussionsabend über Verkehrsentslastung auf der Neckarbrücke zwischen Neckarrems und Neckargröningen ohne Nord-Ost-Ring. Unter dem Motto „Neue Ideen sind gefragt“ wollen wir unsere Ideen vorstellen und die Diskussion zur Lösung der Remsecker Verkehrsprobleme befruchten.

Wir brauchen keinen Nord-Ost-Ring!

20. Februar , 20.00 Uhr

Gaststätte Schöne Aussicht

Neckarrems

mit

Boris Palmer, Landtagsabgeordneter

Alexander Ludwig, Regionalrat

Hans Billinger, Verkehrsplaner

- Neue Neckarbrücke im Zuge der L 1197, zwei-spurig
- Alte Neckarbrücke Geh- und Radweg, ÖPNV-Verkehr
- Option für Stadtbahn LB - Remseck - WN
- Stadtentwicklung Neckargröningen-West/Neue Mitte urban und grün
- geringere Streckenlänge, geringerer Flächenverbrauch
- niedrigere Kosten

Maßstab 1 : 10.000



- ausreichende Verkehrswirksamkeit, durch ampelfreie Verkehrsführung
- deutliche Verringerung der Lärmbelastung in Neckarrems, durch Entlastung Remstalstraße
- jeweils 450 m Abstand der Brücke zur Wohnbebauung von Aldingen und Neckargröningen
- "topographischer" Lärmschutz im nördl. Teil der Strecke
- Lärmschutz im Mittelteil durch Führung im Tunnel
- baulicher Lärmschutz auf der Brücke und im südl. Abschnitt

Oktober 2006

Aktualisierung des Entwurfs Febr. 2003

Hans Billinger, Verkehrsplaner

Jürgen Straß, Landschaftsplaner

Bündnis 90 / Die Grünen Remseck



Neue Prioritäten in Remsecker Verkehrspolitik setzen!

Der Nord-Ost-Ring ist im Entwurf des Bundesverkehrswegeplans vom Bundesverkehrsministerium als "weiterer Bedarf" eingestuft. Das baden-württembergische Verkehrsministerium hatte ihn als "vordringlichen Bedarf" angemeldet. Insbesondere die Aldinger und Pattonviller dürfen sich freuen, dass ihnen die Abgase und der Lärm von bis zu 80.000 zusätzlichen Autos und Lkws pro Tag erspart bleiben.

Nord-Ost-Ring löst unsere Verkehrsprobleme nicht

Der Nord-Ost-Ring wäre aber auch keine Lösung für die Probleme auf der bestehenden Neckarbrücke zwischen Neckargröningen und Neckarrems. Jetzt überqueren täglich über 30.000 Autos und Lkws die Brücke. Laut Gutachten sollen trotz 4-spurigem Nord-Ost-Ring nur 8000 Kfz/Tag weniger die Brücke queren. Da wir wissen, dass

- das Verkehrsaufkommen jedes Jahr zunimmt und
- der Verkehr dort hinzieht, wo sich die Fahrer ein paar Minuten Zeitersparnis versprechen

wären wieder schnell die 30.000 Kfz pro Tag erreicht. Im Ergebnis hätten wir dann mit dem Nord-Ost-Ring zusätzlichen regionalen Verkehr nach Remseck gezogen, der bisher außerhalb von Remseck fließt. Daher unsere Meinung, dass ein Nord-Ost-Ring unsere Verkehrsprobleme nicht löst (siehe dazu unsere Beiträge in früheren Amtsblättern oder unsere Internetseiten).

Wenn der Entwurf des Bundesverkehrswegeplans so verabschiedet wird, ist es **aus mit dem Nord-Ost-Ring**. Der grüne Landtagsabgeordnete **Boris Palmer** hatte bereits am 20. Februar bei unserer Veranstaltung "Wir brauchen keinen Nord-Ost-Ring!" im Neckargröninger Gasthof Lamm vermutet, dass der Nord-Ost-Ring wegen seiner negativen ökologischen Wirkung von der Bundesregierung nicht als "vordringlicher Bedarf" eingestuft werde.

Wir brauchen jetzt neue Vorschläge zur Lösung unseres Verkehrsproblems auf der Neckarbrücke zwischen Neckargröningen und Neckarrems. Wir sehen das Aus für den Nord-Ost-Ring dabei als **Chance für eine neue Verkehrspolitik in Remseck**.

Neue Neckarbrücke

Unser Vorschlag ist eine neue **Neckarbrücke zwischen Lidl und Gärtnerei Wenk**. Durch Verzicht auf Ampeln und die Nutzung von Kreisverkehren für Zu- und Abfahrten versprechen wir uns dort eine flüssigere Überquerung des Neckars als auf der bestehenden Neckarbrücke.

Stadtbahn Ludwigsburg - Remseck - Waiblingen

Auf der bestehenden Neckarbrücke wollen wir die neue Stadtbahnlinie von Ludwigsburg nach Waiblingen fahren lassen und auf der bestehenden Straße nach Hegnach weiterführen. **Pat-**

tonville ist an diese Stadtbahnlinie **anzubinden**. Im Bereich der jetzigen U 14-Endhaltestelle treffen sich die U 14 und die neue Stadtbahnlinie und ermöglichen direkte Umsteigemöglichkeiten.

Neue Mitte wird möglich

Durch die Verlagerung des Kfz-Verkehrs aus dem Bereich der U 14-Endhaltestelle wird Raum frei für eine Neue Mitte. Von dieser Neuen Mitte wird in Remseck zwar viel gesprochen, eine Konzeption oder gar konkrete Pläne dafür gibt es aber bisher noch nicht. Durch die Verlagerung des Kfz-Verkehrs und die Schaffung eines attraktiven Schienenverkehrs mit Anbindung nach Stuttgart, Ludwigsburg und Waiblingen im Bereich um die U 14-Endhaltestelle werden die **Voraussetzungen für eine attraktive neue Mitte geschaffen**. Für uns könnte eine Neue Mitte auf der nördlichen Seite des Neckars Geschäfte haben und im südlichen Teil Grünanlagen zur Naherholung. Das wäre dann eine Art **"Grüne Neue Mitte"**.

Neue Prioritäten

Die neuen Prioritäten sind für uns daher:

- **Neue Neckarbrücke zwischen Lidl und Gärtnerei Wenk**
- **Stadtbahnlinie Ludwigsburg-Remseck-Waiblingen**
- **Konzeption für Neue Mitte**

Seit der Verband Region Stuttgart die Stadtbahnlinie Ludwigsburg-Waiblingen befürwortet, bestehen reelle Chancen für deren Verwirklichung. Und wer diese Stadtbahnlinie will, braucht eine neue Neckarbrücke.

Sowohl die neue Neckarbrücke als auch die Stadtbahn können mit Mitteln aus dem **Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG)** finanziert werden. Boris Palmer hatte im Gasthof Lamm berichtet, dass seine Anfrage bei der Landesregierung ergeben habe, dass bisher jeder Antrag auf Finanzierung nach dem GVFG bewilligt worden sei. Bund und Land übernehmen bei Straßenbauvorhaben (Neckarbrücke und Einbindung in das bestehende Straßennetz) nach dem GVFG 70 % der Kosten, bei der Stadtbahn bis zu 85 %.

Haushaltsslage und Flächennutzungsplan

Trotz der schwierigen Haushaltsslage in Remseck sollten wir uns Gedanken über diese Investitionen in die Zukunft machen. Bald steht die Fortschreibung des Flächennutzungsplans an. Da wäre es **gut, wenn die Diskussion** um die Linienführung für die neue Neckarbrücke, die neue Stadtbahnlinie und die Neue Mitte **vorankäme**.

Pläne im Internet

Unsere Pläne zu neuer Neckarbrücke, neuer Stadtbahnlinie und Neuer Mitte wurden vom Stuttgarter Verkehrsplaner Hans Billinger entwickelt. Diese Pläne können Sie farbig auf unseren Internetseiten einsehen.

Das nächste

Treffen des Ortsverbandes der Grünen

findet am

Montag, 31.3., 20 Uhr

in der Gaststätte Schießtal statt.

Themen:

- Mobilfunksendeanlagen in Remseck
- Nord-Ost-Ring und unsere Pläne
- Platzgestaltung zwischen Albstraße und Hohenheimer Straße
- Verkehrsberuhigung Neckarstraße und Hohenheimer Straße

Alle Bürgerinnen und Bürger sind wie immer herzlich eingeladen!

Karl Burgmaier

E-Mail: **Die-Gruenen-fuer-Remseck@gmx.de**

www.gruene.de/ludwigsburg/remseck

Kandidatinnen und Kandidaten für Gemeinderat und Kreistag nominiert

Auf der Mitgliederversammlung am 2. März in der Gaststätte Schießtal haben die Remsecker Grünen unter Leitung des Landtagsabgeordneten Jürgen Walter die Kandidatinnen und Kandidaten für die Gemeinderatswahl am 13. Juni gewählt. Die Reihenfolge der KandidatInnen auf dem Wahlvorschlag für den Gemeinderat lautet:

1. Dr. Karl Burgmaier, Neckarrems
2. Jasmine Finckh, Pattonville
3. Jürgen Kada, Neckarrems
4. Frank (Cherry) Gehring, Aldingen
5. Renate Kopitkow, Aldingen
6. Rudolf Schaum, Aldingen
7. Rainer Klotz, Neckargröningen
8. Eberhard Schäfer-Keller, Hochdorf
9. Evelina Kada, Neckarrems
10. Marianne Ruder, Hochberg
11. Gülseven Güzel, Aldingen
12. Evelin Bleibler, Pattonville
13. Martin Frischauf, Aldingen
14. Swantje Sperling, Neckargröningen
15. Thomas Riek, Aldingen
16. Rolf Leyhr, Hochberg
17. Susanne Lichtenberg, Neckarrems
18. Jürgen Straß, Hochdorf
19. Marina Hartmann-Grätsch, Pattonville
20. Jürgen Wosserek, Neckarrems
21. Martina Schelhorn, Neckargröningen
22. Karl Ivancic, Aldingen
23. Lilli Ostertag, Neckarrems
24. Dr. Olaf Brandt, Pattonville
25. Andreas Prahtel, Neckarrems
26. Rolf Schäfer, Neckargröningen

Als Ersatzkandidaten wurden Thomas Finckh aus Pattonville und Thomas Hüttner aus Neckargröningen gewählt.

Die 11 Frauen und 15 Männer unseres Wahlvorschlags sind zwischen 20 und 59 Jahre alt. Alle Ortsteile sind vertreten. Unsere KandidatInnen kommen aus verschiedenen Berufsgruppen, insbesondere freut es mich, dass 5 Selbstständige auf unserer Liste kandidieren. Viele unserer KandidatInnen sind seit Jahren ehrenamtlich in Vereinen aktiv. Besonders erfreulich finde ich, dass wir dieses Mal die maximal mögliche Zahl von 26 KandidatInnen vorschlagen können. 1999 hatten wir nur 10 KandidatInnen auf unserem Wahlvorschlag, von denen ich damals als einzige in den Gemeinderat gewählt wurde. Ich hoffe, dass es uns mit diesem 26-köpfigen, starken Team gelingen wird, noch mehr WählerInnen von unserer Arbeit zu überzeugen, so dass wir im nächsten Gemeinderat zahlreicher vertreten sein werden als bisher.

Auch wenn es für mich als einzige grüne Gemeinderätin in Remseck nicht immer einfach war, habe ich mein Mandat gerne wahrgenommen. Die Arbeit hat mir überwiegend Spaß gemacht. Dennoch möchte ich in der nächsten Wahlperiode aus familiären und beruflichen Gründen pausieren und trete als Kandidatin für die Gemeinderatswahl im Juni nicht an. Ich wünsche unseren Kandidatinnen und Kandidaten viel Erfolg, ein

PARTEIEN

gutes Ergebnis und würde mich über sehr viele Wählerstimmen für unseren Wahlvorschlag freuen. Ebenfalls am 2. März wurden die 6 KandidatInnen im Wahlbezirk Remseck- Affalterbach für den Kreistag gewählt. Dabei ergab sich folgende Reihenfolge:

1. Renate Kopitkow, Aldingen
 2. Jürgen Kada, Neckarrems
 3. Swantje Sperling, Neckargröningen
 4. Thomas Finckh, Pattonville
 5. Martin Frischauf, Aldingen
 6. Jürgen Straß, Hochdorf
- die-gruenen-fuer-remseck@gmx.de
Monika Voggesberger



Unsere Kandidatinnen und Kandidaten auf den Plätzen 1 bis 9 (l.n.r.): Jasmine Finckh, Renate Kopitkow, Rainer Klotz, Jürgen Kada, Karl Burgmaier, Evelina Kada, Eberhard Schäfer-Keller, Cherry Gehring und Rudi Schaum.

22.1.2004

WAS SONST NOCH INTERESSIERT

Unser Wahlprogramm entsteht durch breite Diskussion

Letzte Woche diskutierten wir in der Gaststätte Schießtal unseren Entwurf des Wahlprogramms für unsere Gemeinderatswahl. Die engagierte Diskussion brachte wertvolle Anregungen, die in einen überarbeiteten Entwurf einfließen werden. Dieser wird am **2. März** erneut beraten; ebenfalls am 2. März wollen wir auch unsere **Kandidatennominierung** für die Gemeinderatswahl vornehmen.

Schwerpunkt Kinder und Jugendliche

Einen Schwerpunkt wollen wir im Bereich **Kinder und Jugendliche** setzen. Ziel ist eine **bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf**: das ist besonders für junge Familien und Alleinerziehende wichtig. Dazu sollen die Betreuungsangebote in Kindergärten und Schulen ausgebaut werden bis hin zu mehr Ganztagsbetreuungsangeboten. Bund und Land haben ihre Fördergelder für Angebote im Ganztagesbetreuungsbereich bereits ausgedehnt oder werden es in nächster Zeit tun. Für Remseck gilt es, diese verbesserten Fördermöglichkeiten zu nutzen. Im Bereich Kinder und Jugendliche dürfen wir nicht sparen, im Gegenteil hier müssen wir mehr tun!

Der Jugend Räume schaffen

Unserer Meinung nach sollte die **offene Jugendarbeit** in Remseck ausgeweitet werden. Dabei geht es u.a. auch um die Frage, ob Räume für die Jugend in einem zentralen Jugendhaus oder eher dezentral in den Stadtteilen angeboten werden sollen. Die Fragen zur Jugendarbeit wollen wir mit dem Jugendreferat der Stadt vertiefen. **Jasmine Finckh** wird diesbezüglich mit dem Jugendreferat Kontakt aufnehmen.

Bei den in der Vereinsjugendarbeit Engagierten stieß das neu aufgelegte **Sonderprogramm "Der Jugend Räume schaffen"** auf großes Interesse. Im Rahmen der gemeinnützigen Zukunftsoffensive hat das Land vor kurzem **5,11 Mio. €** für Erwerb, Neu-, Aus- oder Umbau, Sanierung sowie die Einrichtung von Jugendräumen bereitgestellt. Anträge können **öffentliche oder gemeinnützige Träger der offenen oder verbandlichen Jugendarbeit** beim Ministerium für Kultus, Jugend und Sport in Stuttgart stellen. Nähere Informationen gibt es unter **www.jugendnetz.de**. Neben der Gemeinnützigkeit des Vorhabens ist eine weitere Fördervoraussetzung, dass sich die **Jugendlichen selbst aktiv** am Projekt beteiligen.

Ökologische und soziale Stadtentwicklung

Weitere zentrale Anliegen von uns sind:

- * Kein 4-spuriger Nord- Ost-Ring, dafür neue Neckarbrücke zwischen Lidl und Gärtnerei Wenk und Stadtbahn Ludwigsburg- Waiblingen über die bestehende Neckarbrücke
- * Neue Mitte als Grüne Mitte zur Naherholung und zentralen Einrichtungen
- * Hochberger Tunnel
- * mehr Bürgerbeteiligung
- * Mobilfunksendeanlagen bevorzugt im Außenbereich
- * Bereitstellung kommunaler Dachflächen zur Photovoltaikanlagen
- * sicheres Remseck

Karl Burgmaier

die-gruenen-fuer-remseck@gmx.de



Blick in die Diskussionsrunde in der Gaststätte Schießtal

Schwerpunktthema Jugend

Grüne diskutieren den Entwurf ihres Kommunalwahl-Programms

17.1.04

REMSECK

(red) – Der Ortsverband Remseck der Grünen hat den Entwurf des Wahlprogramms zur Gemeinderatswahl im Juni diskutiert.



Kommunalwahl 2004

„Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, ist vor allem für junge Mütter schwierig, insbesondere dann, wenn keine Oma und kein Opa zur Verfügung steht“, so Karl Burgmaier vom Ortsvorstand. Bessere Angebote zur Ganztagesbetreuung könnten jungen Familien helfen, Beruf und Familie besser miteinander zu vereinbaren. Dazu wollen die Grünen nach eigenen Angaben die größer gewordenen Fördermöglichkeiten von Land und Bund nutzen.

Angesichts der angespannten Finanzlage der Stadt, über die Gemeinderätin Monika Voggesberger berichtet hatte, müssten in der Kommunalpolitik Prioritäten gesetzt werden und da stehe für die Grünen der Bereich Kinder und Jugendliche ganz oben.

Nach den Vorstellungen der Grünen soll die Stadt Remseck ihr Profil als attraktiver und familienfreundlicher Wohnstandort mit intakter Landschaft und Natur schärfen. Im Bereich der Wirtschaft setzen die Grünen auf die Sicherung bestehender Arbeitsplätze im Handwerk und die Ansiedlung neuer innovativer Dienstleistungsbetriebe.

Am 2. März wollen die Grünen ihre Kandidaten für die Gemeinderatswahl nominieren. Bei dieser Versammlung soll der überarbeitete Entwurf des Wahlprogramms verabschiedet werden.

Einer Pressemitteilung des Ortsverbands zufolge, setzen die Grünen neben ihren bekannten Positionen wie Ablehnung des vierspurigen Nord-Ost-Rings, Grüne Mitte um die Stadtbahn-Endhaltestelle, Bürgerbeteiligung, Mobilfunksendeanlagen möglichst im Außenbereich, einen Schwerpunkt im Bereich Kinder und Jugendliche.

Sie wollen sich für eine Ausdehnung der Ganztagsbetreuungsangebote in Kindergärten und Schulen einsetzen sowie für ein Kinder- und Jugendhaus in Remseck.

Grüne: Lokale Lösung statt Nord-Ost-Ring

Trassengegner erläutern mögliche Auswirkungen einer vierspurigen Straße

REMSECK

21.2.04

(red) - Mehr Lärm in Aldingen und mehr Verkehr befürchtet die Arbeitsgemeinschaft (Arge) Nord-Ost für den Fall, dass ein Nord-Ost-Ring gebaut wird. Kürzlich informierte Joseph Michl von der Arge über mögliche Auswirkungen dieses Projekts.

Nach der vom Regierungspräsidium favorisierten Streckenvariante C1 eines vierspurigen Nord-Ost-Rings würde die Straße von Kornwestheim her kommend am Sonnenhof vorbei führen und über eine 490 Meter lange Brücke beim Baumarkt Hornbach den Neckar queren. Die Trasse soll in nordöstlicher Richtung weitergeführt werden und nördlich der Sportanlagen des TV Öffingen die Landesstraße von Neckarrens nach Öffingen kreuzen.

Wie Michl bei einer Veranstaltung in der Aldinger Gaststätte „Paradiso“ erklärte, weisen die amtlichen Karten für die Wohngebiete im Süden und in der Mitte von Aldingen eine deutliche Lärmzunahme durch den Nord-

Ost-Ring aus. Bei einem vierspurigen Ausbau, wie ihn das Land Baden-Württemberg favorisiert, hätte die Strecke autobahnähnlichen Charakter, sagte Michl. „Autobahnen ziehen Transitverkehr an. Dort fahren die Lastwagen dann Tag und Nacht.“

Neue Neckarbrücke

Auf kleineren Straßen, die dem lokalen und regionalen Verkehr dienen, sei es nachts relativ ruhig. Deshalb empfahl er den Zuhörern die von den Remsecker Grünen und dem Verkehrsplaner Professor Kölz vorgeschlagene neue Neckarbrücke als Lösungsansatz.

Karl Burgmaier vom Ortsvorstand der Grünen geht davon aus, dass der neue Bundesverkehrswegeplan im Frühsommer im Bundestag verabschiedet und der Nord-Ost-Ring darin in der letzten Kategorie als „weiterer Bedarf mit hohem ökologischem Risiko“ eingestuft wird. „Der Nord-Ost-Ring wäre damit für die nächsten zehn bis 15 Jahre vom Tisch“, so Burgmaier.

Wer eine Lösung des Verkehrsproblems auf der Neckarbrücke

wolle, müsse daher nach kleineren und lokalen Lösungen suchen. Die Grünen erwarten deshalb, dass ihr Vorschlag einer neuen Neckarbrücke zwischen Lidl und Gärtnerei Wenk sowie eine Stadtbahn Ludwigsburg-Waiblingen über die bisherige Neckarbrücke auf der Straße nach Hegnach von der Stadt aufgegriffen werde.

Grünen-Stadträtin Monika Voggesberger regte als Folge der Untersuchung von Professor Kölz an, „die technische und finanzielle Machbarkeit sowohl der neuen Neckarbrücke als auch der Stadtbahnlinie Ludwigsburg-Waiblingen detailliert zu prüfen“.

Nur kurzes Chaos erwartet

Von der baldigen halbseitigen Sperrung der Neckarbrücke erwartet Michl nur in den ersten Tagen Staus und Chaos. Ein Teil des Verkehrs werde verlagert, ein anderer Teil aber schlichtweg ganz entfallen. Der Freizeitverkehr, dessen Anteil wächst, reagiere sehr sensibel auf Angebotsveränderungen und werde daher bei einem verschlechterten Straßenangebot deutlich abnehmen.

Taktische Überlegung der Grünen geht voll auf

Alternative gewinnen zwei Sitze im Gemeinderat hinzu, SPD und CDU geben einen ab – Stabile Ergebnisse für FWV und FDP

19.6.04

REMSECK

CDU und SPD geben jeweils einen Sitz ab, dafür stellen die Grünen jetzt drei Stadträte – das ist das zentrale Ergebnis der Gemeinderatswahl in Remseck.

Von 5,9 auf 13,9 Prozent – die satten acht Prozent mehr, die die Grünen am vergangenen Sonntag geholt haben, bescheren den Alternativen nun drei Sitze statt bislang einem Mandat. Spitzenkandidat Dr. Karl Burgmaier sieht mit diesem Ergebnis die eigenen Erwartungen übertroffen – mit zwölf Prozent hatte er kalkuliert. Neben Burgmaier ziehen Frank Gehring und Jasmine Finckh neu in den Gemeinderat ein. Jasmine Finckh ist die erste Vertreterin aus Pattonville im Gemeinderat. Und im „jüngsten“ Teilort haben die Grünen auch ihr bestes Ergebnis eingefahren: Mit 32,7 Prozent haben sie alle anderen Parteien und Gruppierungen überflügelt. „Wir wussten von der

letzten Kommunalwahl, dass wir in Pattonville stark sind, deshalb war es auch unser Ziel, einen Kandidaten aus diesem Ortsteil weit vorn auf der Liste zu positionieren“, sagt Burgmaier.

Erstmals komplette Liste

Eine (wahl-)taktische Überlegung, die aufgegangen ist. Außerdem sind die Grünen in Remseck zum ersten Mal mit einer „vollen“ Liste von 26 Bewerbern angetreten. Das werten sowohl Burgmaier als auch die übrigen Gemeinderatsfraktionen als einen weiteren Baustein des Wahlerfolgs der Grünen.

Auch Erika Raupp, Fraktionsvorsitzende der SPD. Die Sozialdemokraten mussten einen Sitz abgeben, verfügen jetzt noch über fünf Stadträte. Und Raupp bekennt klar: „Es war ein Manko, dass wir keinen Kandidaten aus Pattonville auf der Liste hatten.“ Den Mandatsverlust, den die 20,4 Prozent bedeuten, empfindet die seit 28 Jahren aktive Kommunalpolitikerin als enttäuschend – zu-

mal es mit Rudi Schrödel ein amtierender Stadtrat, der „eine große Stütze der Fraktion war“, nicht mehr in das Gremium geschafft hat. Als festgestanden sei, dass die Grünen mit einer kompletten Liste antreten, „war uns klar, dass es schwierig wird, die sechs Sitze zu halten“. Auch für die Fraktionsvorsitzende überraschend ist das Abschneiden von Neuling Heinz Layher. Der Richter schaffte von Listenplatz 10 aus den Sprung in den Gemeinderat. Die größten Stimmenverluste musste die SPD in den Ortsteilen Neckarrens, Neckargröningen und Pattonville hinnehmen.

„Zu wenig bekannte Frauen“

Ihr Ergebnis fast bis auf die Stelle hinterm Komma gehalten haben die Freien Wähler: 19,6 Prozent bringen erneut fünf Sitze. Fraktionsvorsitzender Gerhard Waldbauer hätte sich ein Mandat mehr gewünscht. Die Tatsache, dass mit Dietmar Leins und Monika Kiemle zwei von fünf amtierenden Stadträten nicht mehr an-

getreten sind, „dass wir zu wenig bekannte Frauen und ein Kandidatenproblem in Hochdorf hatten“, sieht Waldbauer als zentrale Gründe dafür, warum sein Wunsch nicht in Erfüllung gegangen ist.

Liberaler Hochburg

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der FDP. Mit 14,7 Prozent liegen die Liberalen gerade mal 0,1 Prozent hinter ihrem Ergebnis von 1999 und stellen erneut vier Stadträte – dieselben wie in der zu Ende gehenden Amtsperiode. Ein Resultat, mit dem Kai Buschmann zufrieden ist: „Um ein Mandat mehr zu erhalten, hätten wir 17 bis 18 Prozent gebraucht, es war klar, dass so ein Ergebnis schwierig werden würde.“ Ihre „Hochburg“ hat die FDP in Hochdorf. Mit 22,7 Prozent lagen die Liberalen hier hinter der CDU und noch vor der SPD.

Mit einem Ergebnis von 31,5 Prozent hat die CDU noch neun statt bislang zehn Sitze im künftigen Remsecker Gemeinderat – sie

bleibt aber stärkste Fraktion. Allerdings hat das Wählervotum den Listenvorschlag der Christdemokraten durcheinander gewirbelt. Prominentestes „Opfer“: Die CDU-Ortsverbands-Vorsitzende Eleonore Burger. Sie war auf Platz vier der Liste gesetzt, schaffte aber nur das elftbeste Stimmenergebnis bei der CDU – und gehört dem Gemeinderat nicht mehr an. Ebenso wie Dr. Hans Groß, der sich zwar von Platz 19 auf Platz zwölf verbesserte, aber auch kein Mandat erhielt.

Seinen Titel als „ewiger Stimmenkönig“ muss Franz Schläger abgeben. Zwar schaffte er von Platz 12 aus das zweitbeste Ergebnis der Christdemokraten, doch Fraktionsvorsitzender Dr. Hubert Effenberger sammelte 142 Stimmen mehr als der Hochberger. In der Gesamtbilanz schob sich auch Erika Raupp noch mit sieben Stimmen vor Schläger. Mit Dr. Frank Knödler und Helge Wurst hat die CDU zudem zwei Neulinge in ihren Reihen.

Sabine Frick

Die erste Gemeinderatssitzung

Alle drei "Grünen" Stadträte sind neu im Gemeinderat. Entsprechend gespannt gingen wir auch in die erste Gemeinderatssitzung. Cherry Gehring, der erst vor 3 Wochen 80.000 Menschen "Auf Schalke" mit Pur zusammen begeisterte, fand seinen ersten Auftritt im Gemeinderat nervenaufreibender. Karl Burgmaier und ich freuen uns ebenfalls auf die Tätigkeit im Gemeinderat. Einig sind wir drei uns in unserer Absicht, **konstruktiv und sachlich** im Gemeinderat zu arbeiten, um so gemeinsam ein lebenswertes grünes Remseck voranzubringen. Dabei wollen wir nicht querulatorisch opponieren, aber eine **eigenständige grüne Position** beziehen. Ich hoffe, Sie werden uns an diesem Anspruch messen können.

In der ersten Gemeinderatssitzung ging es um die **Verteilung der Sitze in den Ausschüssen**.

Es gab zahlreiche Gespräche vor der Gemeinderatssitzung. Hierbei wurde deutlich: es wird mit harten parteipolitischen Bandagen gefochten.

3 Grüne gibt es, nur zwei von uns haben einen Sitz in einem der wichtigen beschließenden Hauptausschüsse: AUT und VA. Die CDU konnte aufgrund der Verteilung nach de Hondt 10 Sitze erwerben, obwohl sie nur 9 Stadträte stellt.

Unser erster Antrag hatte zum Ziel, **Jasmine Finckh in die Zweckverbandsversammlung** zu entsenden. Mit welchem Argument?

Zur Verwaltung von Pattonville wurde der Zweckverband Pattonville/Sonnenberg gegründet. Pattonville ist **die einzige Gemeinde in ganz Deutschland**, die durch einen Zweckverband verwaltet wird. **Drei Kommunen** (Remseck, Ludwigsburg und Kornwestheim) fassen in ihren Gemeinderäten Beschlüsse über Pattonville. Zum Beispiel auch Ludwigsburg - obwohl Ludwigsburg keine Bürger in Pattonville hat.

In Pattonville wohnen zur Zeit 4000 Menschen. Durch die Aufsplitterung der Wähler in Kornwestheimer und Remsecker Bürger ist es jedoch schwer, einen Gemeinderatssitz zu erhalten. Die für die **Bürger wesentlichen Entscheidungen** werden in den **Zweckverbandsversammlungen** gefasst. Nur hier findet der **Informationsaustausch** statt.

Nur hier sind die Mandatsträger der 3 Kommunen an einem Tisch, die einzige Möglichkeit also, gemeinsam die markungsbedingt oft unterschiedlichen Interessen für Pattonville abzuwägen und zum Wohle des Wohnorts abzuwägen.

Dies wollten die insgesamt **16 Kandidaten aus Pattonville** bei der diesjährigen Kommunalwahl ändern. Das **gemeinsame Ziel aller** war es, durch einen Sitz in einem Gemeinderatsgremium mehr hörbaren **Einfluss auf die Entscheidungen** zu nehmen, die für ihren Wohnort getroffen werden. Jasmine Finckh erhielt als **einzige Pattonvillerin** einen Gemeinderatssitz.

Auf Kornwestheimer Seite verfehlte Ralph Rohlfleisch (ebenfalls von Bündnis 90 die Grünen) dieses Ziel nur knapp: Gleichzeitig erzielten die Grünen mit 29 % (32,7 % auf Remsecker Seite) der Pattonviller Stimmen ein sensationell gutes Ergebnis.

Um diesem **Wählerwillen gerecht zu werden** und die erste Pattonviller Stadträtin ihren Wählerauftrag erfüllen zu lassen, stellten die Grünen den Antrag, **Jasmine Finckh in die Zweckverbandsversammlung zu wählen**.

Ein großer Teil des Gemeinderats konnte diesem Anliegen folgen. Immerhin votierten 10 Stadträte mit Ja, 4 enthielten sich, 13 stimmten dagegen.

Vielen Dank allen, die über die parteipolitische Grenze hinaus hier für unseren Antrag votierten und wie Karl Burgmaier so schön sagte, "zwar nicht 'de Hondt' (dem Verhältniswahlverfahren), aber ihrem **gesunden Menschenverstand folgten**."

Wie sieht unsere Aufgabenverteilung künftig aus?

Fraktionsvorsitzender: Karl Burgmaier

1. Stellvertreterin: Jasmine Finckh

2. Stellvertreter: Cherry Gehring

Ältestenrat: Karl Burgmaier

AUT (Ausschuss für Umwelt und Technik): Karl Burgmaier

VA (Verwaltungsausschuss): Jasmine Finckh

Betriebsausschuss: Cherry Gehring

Ausschuss für Jugend und Soziales: Cherry Gehring

Wohnungsausschuss: Jasmine Finckh

Ausschuss für Städtepartnerschaft: Jürgen Kada

Wie erreichen Sie uns?

Als Fraktion haben wir jetzt auch ein Fraktionszimmer im 1. OG des Aldinger Schlosses. Wir treffen uns dort immer montags vor den Gemeinderatssitzungen, z.B. am kommenden Montag, 27.9. ab 18.30 Uhr erreichen Sie uns dort persönlich.

Ansonsten per E-Mail: Die-Gruenen-fuer-Remseck@gmx.de oder unsere Homepage: www.gruene.de/remseck

27.11.04

Grüne hätten gern mehr Geld für die Kinderbetreuung

Finanzen und Flächennutzungsplan zentrale Themen

REMSECK

(red) – Der Haushaltsplan 2005 und der Flächennutzungsplan sind für die Grünen-Gemeinderatsfraktion in nächster Zeit die beiden großen Themen der Remsecker Kommunalpolitik, berichtete Karl Burgmaier, Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat, bei der Grünen-Ortsverbandsversammlung.

Sauer stößt den Grünen auf, dass die Stadt Remseck die neue Messe auf den Fildern mitfinanzieren muss. Die Stadt Remseck bezahlt über Umlagen für die Messe Stuttgart in den Jahren 2004 bis 2007 insgesamt 368 000 Euro, so Burgmaier. Einen Nutzen von dieser Messe für Remseck sieht er nicht.

Während die Remsecker Zahlungen für die Messe bereits feststehen und im Haushaltsplan aufgeführt sind, ist der Remsecker Beitrag für Stuttgart 21 noch nicht festgelegt. Sollte das umstrittene Großprojekt verwirklicht werden und sich der Verband Region Stuttgart wie vorgesehen daran beteiligen, „dürften auf Remseck noch weit höhere Zahlungen als für die Messe zukommen“, befürchtet Burgmaier.

Die Remsecker Gelder für die Messe oder Stuttgart 21 würden die Grünen lieber in den Ausbau der Kinderbetreuung oder den Ausbau von Ganztagesangeboten der Remsecker Kindergärten und Schulen stecken. Sie sehen sich da durch die jüngste Pisa-Studie bestätigt, wo Deutschland bei den schulischen Leistungen erneut schlecht abgeschnitten hat und als eine Ursache der geringe Anteil an Ganztagesangeboten für Schüler genannt wurde.

Für Hauptschule und Gymnasium hat der Remsecker Gemeinderat bereits Beschlüsse für Investitionen in die Ganztagesbetreuung gefasst und damit nach Meinung der Grünen einen richtigen Anfang gemacht. Hier er-

wartet die Stadt umfangreiche Fördermittel des Bundes. Doch selbst ein relativ geringer Eigenanteil der Stadt an der Finanzierung dieser Investitionen sei für die Stadt Remseck ein schwerer Brocken und eine große Herausforderung. „Wenn die Stadt kein Geld zur Kofinanzierung hat, dann nützen uns die umfangreichsten Förderprogramme von Bund und Land für Ganztagesbetreuung und Ganztageschule nichts“, so Stadträtin Jasmine Finckh mit Blick auf die begrenzten finanziellen Möglichkeiten der Stadt. Mittelfristig hoffen die Grünen, dass endlich eine Gemeindefinanzreform zustande kommt, die den Kommunen wieder mehr Gestaltungskraft ermöglicht.

Von der Fortschreibung des Flächennutzungsplans erwarten die Grünen eine Konkretisierung der Ideen zur neuen Mitte um die U-14-Endhaltestelle. Dort wollen die Grünen eine Grüne Mitte zur Naherholung. Neckar und Rems sollen für die Menschen erlebbar werden. Voraussetzung sei jedoch die Verlagerung des Verkehrs aus diesem Bereich. Notwendig sei dafür eine neue Neckarbrücke südwestlich der bisherigen. „Ohne eine neue Neckarbrücke ist für uns eine attraktive neue Mitte nicht vorstellbar“, meint Karl Burgmaier. Er frage sich daher, ob die CDU überhaupt eine neue Mitte wolle, wenn sie eine neue Neckarbrücke ablehne.

Die Aufwertung des Neckars für die Naherholung haben sich in jüngster Vergangenheit verschiedene Initiativen zum Ziel gesetzt. Die Grünen begrüßen dies und wollen, dass im Flächennutzungsplan dazu auch konkrete Aussagen gemacht werden: zum Beispiel, wo Überschwemmungswiesen ausgewiesen werden oder Aufenthaltsbereiche für die Erholung der Bürger in Form von Liegewiesen und Aufenthaltsmöglichkeiten am Wasser.

„Kontingent ausgeschöpft“

Grüne diskutieren über Ganztagesbetreuung

REMSECK

(red) – Die Grünen-Fraktion im Gemeinderat traf sich zu einem Gespräch mit Sabine Rauscher und Susanne Hörmann vom Elternbeirat des Kindergartens Albstraße sowie Bettina Frank vom Gesamtelternbeirat aller Remsecker Kindergärten.

Thema des Treffens: die Ganztagesbetreuung. Der Kindergarten in der Albstraße bietet bisher in den alten Remsecker Ortsteilen das einzige Ganztagesangebot für Kindergartenkinder. Zusätzlich können maximal 13 Grundschüler im Kindergarten aufgenommen werden. Dieses Kontingent ist aktuell voll ausgeschöpft, berichtete Elternbeiratsvorsitzende Sabine Rauscher.

„Im nächsten Schuljahr brauchen wir dringend mehr Ganztagesplätze für Grundschüler“, so Rauscher. Ansonsten fielen Kinder, die bisher in der Ganztagesbetreuung des Kindergartens sind und im September in die Schule kommen, aus der Ganztagesbetreuung heraus. Die Ganztagesbetreuung für Grundschüler wollen die Eltern möglichst schulortnah, zumal im Kindergarten Albstraße die Betreuung von deutlich mehr Schulkindern schon aus Platzgründen kaum bewältigbar wäre. Sabine Rauscher lobte ausdrücklich die engagierte Arbeit mit den Kindern im Kindergarten Albstraße, „wo die Erzieherinnen einen schwierigen Spagat

zwischen den Altersgruppen der Drei- bis Neunjährigen leisten müssen“.

Stadträtin Jasmine Finckh ist sicher, „dass in Remseck ein zunehmender Bedarf an qualifizierter Ganztagesbetreuung von Kindern in allen Altersgruppen und Schularten besteht“. Angebote zur Ganztagesbetreuung seien auch ein wichtiger Standortfaktor und ein Maßstab für Familienfreundlichkeit. „Junge Familien, die umziehen, erkundigen sich ganz genau, ob ein möglicher Wohnort solche Angebote bietet und was sie kosten“, so Finckh.

Sofern die von der Stadt beantragten Mittel aus dem IZBB-Programm der Bundesregierung fließen, wird die Stadt an Hauptschule und Gymnasium die Ganztagesbetreuung anbieten. Die Komplementärmittel der Stadt sind im Haushalt eingestellt. Für Ganztagesbetreuung im Grundschulbereich sind im kürzlich verabschiedeten Haushaltsplan keine Mittel vorgesehen. Sabine Rauscher berichtete, dass eine Befragung im Kindergarten Albstraße ergab, dass allein dort 22 Eltern ein Ganztagesbetreuungsangebot für Grundschüler annehmen wollten.

Weitere Themen des Gesprächs waren: Die Kosten eines Ganztagesangebots, die Frage der Öffnungszeiten und wie viel Schließtage im Jahr anzustreben seien. Auch über einkommensabhängige Gebühren und die Bandbreite zwischen Minimal- und Maximalgebühr wurde diskutiert.



Im Gespräch (von links): Bettina Frank, Susanne Hörmann, Sabine Rauscher und die Stadträte Jasmine Finckh und Cherry Gehring.

Bild: Privat

Ortsverband der Grünen wählt neue Führungsspitze

Thomas Riek und Monika Voggesberger Vorsitzende – Fehlplanung beim Umbau der Aldinger Mühle befürchtet

REMSECK

(red) – Thomas Riek und Monika Voggesberger heißen die neuen Ortsvorsitzenden der Remsecker Grünen. Auf ihrer Mitgliederversammlung wählten die Grünen Riek zum ersten und Voggesberger zu ihrer zweiten Vorsitzenden. Karl Burgmaier als Kassierer komplettiert den Ortsvorstand.

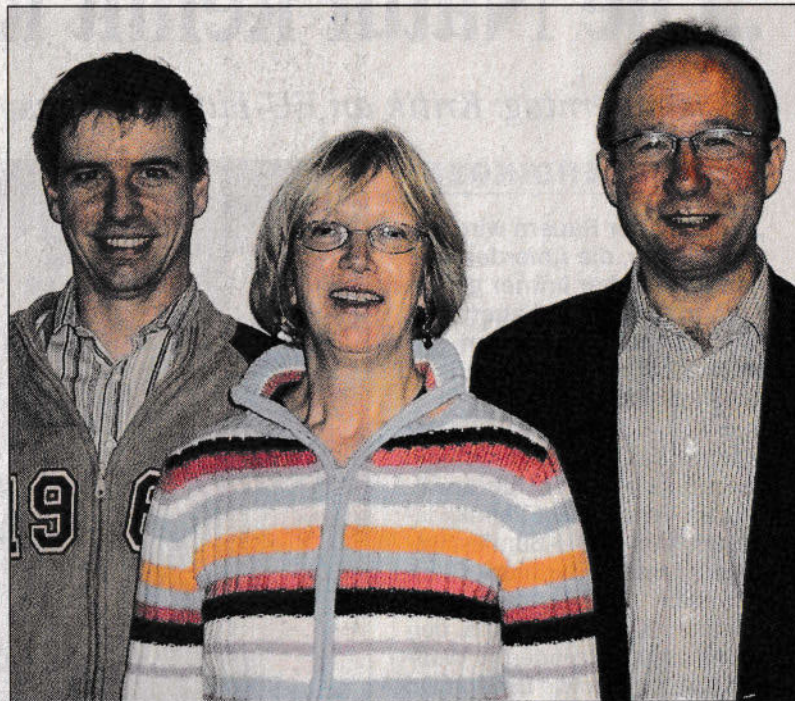
Die bisherigen Ortsvorsitzenden Renate Kopitkow und Jürgen Straß hatten ihr Amt aus zeitlichen Gründen zur Verfügung gestellt.

Der 38-jährige Riek, von Beruf Wirtschaftsingenieur, ist verheiratet und hat ein Kind. Er arbeitet bei der Wüstenrot Bank. Monika Voggesberger, Diplom-Biologin, verheiratet und Mutter von zwei Kindern, war von 1999 bis 2004 im Gemeinderat der Stadt Remseck. „Wir wollen wachsen, neue Mitglieder werben und unseren Erfolgskurs der letzten Jahre fortsetzen. Durch Veranstaltungen wollen wir bei den Bürgern präsenter werden“, so Riek.

Der Grünen-Ortsverband Rem-

seck wurde 1998 gegründet, bei den Wahlen im Juni vergangenen Jahres erzielten die Grünen ihr bisher bestes Ergebnis. 16 Prozent waren es bei der Europawahl und 14 Prozent bei der Gemeinderatswahl. Mit drei Räten besitzen die Grünen seither erstmals Fraktionsstatus im Gemeinderat.

Flächennutzungsplan, Haushaltsplan und Aldinger Mühle waren die weiteren Themen der offenen Mitgliederversammlung. Die Grünen kritisieren die „Verhinderungspolitik“ von CDU und Freien Wählern im Zusammenhang mit der Neuen Mitte. Bekanntlich wollen beide Fraktionen erst den Nord-Ost-Ring und dann eine zweite Neckarbrücke, die Voraussetzung für eine qualitätsvolle Neue Mitte wäre. „Der Nord-Ost-Ring ist im neuen Bundesverkehrswegeplan als Projekt mit hohem ökologischem Risiko eingestuft. Er ist auf absehbare Zeit vom Tisch“, ist sich Monika Voggesberger sicher. „Wer mit der Lösung der Remsecker Verkehrsprobleme warten will, bis der Nord-Ost-Ring gebaut ist, anerkennt die Realität nicht und legt damit andere Verkehrs- und



Der neue Vorstand der Remsecker Grünen: Die Vorsitzenden Thomas Riek und Monika Voggesberger sowie Kassierer Karl Burgmaier. Bild: Privat

städtebauliche Entwicklungen in Remseck lahm“, so Voggesberger.

Stadtrat Karl Burgmaier berichtete von den Haushaltsberatungen im Gemeinderat. Das große

Zauberwort angesichts der prekären Finanzlage sei die Strukturdebatte, die alle Fraktionen fordern würden. „Das Wort klingt gut, was damit jeder meint, ist mir

bisher noch nicht so klar. Ich vermute aber, dass nicht alle das Gleiche mit der Strukturreform verbinden“, so Burgmaier. Für die Grünen wichtige Eckpunkte in der Strukturdebatte seien soziale Gerechtigkeit, Ganztagesbetreuung von Kindern zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und energiesparende Investitionen in öffentlichen Gebäuden.

Fehlinvestitionen wie bei der Aldinger Kelter wollen die Grünen einer Pressemitteilung zu ihrer Mitgliederversammlung zufolge bei der Aldinger Mühle vermeiden. Die Kelter sei mit hohen öffentlichen Investitionen renoviert worden, durch die umgebende Wohnbebauung könne sie jedoch kaum genutzt werden. „Ein klassischer Planungsfehler“, so Burgmaier. „Durch eine heranrückende Wohnbebauung und den neuen Kinderspielplatz sind auch die Nutzungsmöglichkeiten der Mühle als Gemeinschaftseinrichtung eingeschränkt“, so Burgmaier weiter. Im Haushaltsplan wurde die Umnutzung der Mühle wegen fehlender Mittel in die Zukunft verschoben.



Remseck, den 04.02.2007

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen und Freie Wähler

Remsecker Familienpass

Wir beantragen, in Remseck einen Familienpass einzuführen. Dieser Familienpass steht allen Wohngeldberechtigten zu, die Kinder unter 18 Jahren haben, und die für die nachfolgend genannten Leistungen keinen Anspruch auf Sozial- und Jugendhilfe haben. Damit erhalten die Erziehungsberechtigten für die Nutzung der nachfolgend genannten Remsecker Einrichtungen folgende Vergünstigungen:

- Ermäßigung in Höhe von 50 % bei den Gebühren für Kindergarten und Kleinkinderbetreuung
- Ermäßigung in Höhe von 20 % bei den Gebühren für Hort und Kernzeitenbetreuung
- Ermäßigung in Höhe von 20 % bei den Gebühren der Jugendmusikschule
- Ermäßigung in Höhe von 30 % bei den Kosten der Angebote im Bereich der Stadtranderholung

Die Einführung des Familienpasses ist ein Beitrag für ein kinder- und familienfreundliches Remseck.

Begründung

Bezieher von Wohngeld gehören zur einkommensschwachen Schicht unserer Gesellschaft. Mit der Einführung eines Familienpasses wollen wir diese Familien unterstützen.

Seit der Einführung des Arbeitslosengeldes II (ALG II) im Rahmen von Hartz IV (Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe) am 1. Januar 2005 erhalten ALG II- sowie Sozialhilfeempfänger kein Wohngeld mehr. Diese Personengruppe kann im Rahmen der Jugendhilfe vom Landratsamt Ermäßigungen bei den Betreuungsgebühren bis zur vollständigen Übernahme der Gebühren erhalten. Wohngeldberechtigte jedoch erhalten keine Vergünstigungen vom Landratsamt.

In Remseck gibt es Anfang 2007 79 Haushalte mit mindestens 2 Personen, die Wohngeld beziehen. Unter der Annahme, dass nicht in allen dieser Haushalte Kinder unter 18 Jahren leben, ist die Zielgruppe des Familienpasses überschaubar. Daher dürften die gewährten Vergünstigungen den Stadthaushalt nur wenig belasten, andererseits die Zielgruppe stark entlasten.

Mit unserem Antrag ist ein Einstieg in die Erhebung einkommensabhängiger Gebühren in Remseck möglich, ohne Risiken für den Haushalt zu eröffnen und ohne nennenswerten Verwaltungsaufwand zu erzeugen. Die Einnahmeausfälle werden durch allgemeine Steuermittel gedeckt, weshalb andere Familien dadurch nicht zusätzlich belastet werden.

gez. Dr. Karl Burgmaier

gez. Gerhard Waldbauer

Grüne wollen Familienpass für Einkommensschwache

28.5.05

Vorbilder sind Bietigheim-Bissingen und Asperg

REMSECK

(red) – Nach dem Vorbild der Städte Asperg und Bietigheim-Bissingen wollen die Grünen auch in Remseck einen städtischen Familienpass für Eltern mit geringen Einkommen etablieren.

Inhaber des Familienpasses sollen weniger Gebühren für Kindergärten und Jugendmusikschule bezahlen. Außerdem sollen Ermäßigungen für städtische Theater- und Konzertveranstaltungen gewährt werden. Laut Karl Burgmaier, Fraktionssprecher der Grünen im Gemeinderat, denken die Grünen an Ermäßigungen im Bereich von 30 bis 50 Prozent; in Asperg und Bietigheim-Bissingen betragen die Vergünstigungen 50 Prozent.

Immer ärmer

In einer Zeit, „wo die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden“, solle Eltern und Kindern mit geringem Einkommen „durch den städtischen Familienpass mehr Luft“ verschafft werden, so Burgmaier. Bisher werden in Remseck die Gebühren für Kindergärten und Jugendmusikschule unabhängig vom Einkommen erhoben. Laut Burgmaier habe die Verwaltung bisher einkommensabhängige Gebühren wegen des hohen Verwaltungsaufwands abgelehnt. Auf der Suche nach einer Lösung

mit niedrigem Aufwand seien die Grünen schließlich in Asperg und Bietigheim-Bissingen fündig geworden.

Geringer Verwaltungsaufwand

In beiden Städten erhalten Familien, deren Einkommen unter der jeweils gültigen Grenze nach dem Wohngeldgesetz liegt oder dieses um maximal zehn Prozent übersteigt, einen städtischen Familienpass. Der Verwaltungsaufwand sei gering, weil in den meisten Fällen die Antragsteller den Wohngeldbescheid vorlegen, so dass für die Ausstellung des Familienpasses keine zusätzlichen Erhebungen notwendig sind.

Soziale Gerechtigkeit

Der Gebührenausschlag durch die Ermäßigung für Einkommensschwache soll durch eine Erhöhung der Gebühren bei den Eltern ausgeglichen werden, die über den Einkommensgrenzen nach dem Wohngeldgesetz liegen. Die Grünen-Fraktion sieht die Einführung des Familienpasses somit als einen kleinen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit. „Asperg und Bietigheim haben mit dem Familienpass gute Erfahrungen gemacht“, so Burgmaier. Seine Fraktion regt daher an, auch in Remseck ein solches Angebot zu prüfen, und „hofft auf Offenheit und Unterstützung bei Verwaltung und den anderen Fraktionen des Gemeinderats“.

Bündnis 90 / Die Grünen Remseck



Familienpass kommt

Schon lange wurde in Remseck über einkommensabhängige Gebühren diskutiert, auch schon bevor die jetzige Grüne Fraktion 2004 gewählt wurde, jetzt ist der Einstieg gelungen. In einem gemeinsamen Antrag mit den Freien Wählern und bei der Abstimmung im Gemeinderat mit den Stimmen von SPD und Oberbürgermeister Schlumberger haben wir es nun geschafft:

Ab 1. September 2007 wird es einen "Familienpass Remseck" geben.

Was beinhaltet er?

Für Wohngeldberechtigte mit Kindern unter 18 Jahren werden folgende Ermäßigungen eingeführt:

- Die Gebühr für Kindergarten und Kleinkindbetreuung wird um 50 % ermäßigt,
- die Jugendmusikschulgebühr wird um 20 % ermäßigt,
- die Hort- und Kernzeitbetriebsgebühr wird um 20 % ermäßigt,
- Stadtranderholungen werden um 30 % ermäßigt

Der jetzige "Familienpass" erfüllt damit zwei immer wieder geäußerte Forderungen:

- Er trifft die Richtigen, nämlich Familien mit geringem Einkommen und
- er ist mit sehr wenig Verwaltungsaufwand verbunden.

Die finanzielle Entlastung trifft mit den Wohngeldberechtigten Menschen, denen es finanziell oft nicht besser geht, als den ALG II-Empfängern. Bekommen diese die Kindergartengebühren vom Landratsamt aber bis zu 100 % ermäßigt, so mussten die Wohngeldberechtigten die Kosten zu 100 % bezahlen. Dies wird jetzt geändert!

Die zweite Forderung kam von der Verwaltung: sie fürchtete sich vor dem verwaltungstechnischen Aufwand, der nötig sein würde, um die finanzielle Situation der Familien zu überprüfen. Dieser Aufwand ist jetzt denkbar gering. Da bereits für die Wohngeldanträge die finanzielle Situation der Familien festgestellt wird, ist eine weitere Überprüfung für den Familienpass nicht nötig. Dies ist auch wichtig für die Antragsteller: Ihr Wohngeldberechtigungsschein ist ihre Eintrittskarte für den Familienpass.

Die CDU hat uns in ihrer Ablehnung des Familienpasses vorgehalten, die finanzielle Entlastung treffe nicht genügend Familien. Hier können wir sagen: Wir sind gerne bereit, unseren Familienpass weiter zu entwickeln! Aber: wie groß wäre das Geschrei gewesen, wenn wir eine Menge mehr Entlastungen für eine Menge mehr Familien vorgeschlagen hätten? Hätte es dann nicht sofort geheißen: Das ist nicht finanzierbar! Die Argumentation der CDU erscheint uns auch nicht ehrlich: So brachte sie als weiteres Argument gegen den Familienpass die Haushaltskonsolidierung, die durch den Familienpass beeinträchtigt sei. Wenn also schon die von der Verwaltung geschätzten 15.000 € für den Familienpass zu viel sein sollen, warum dann die Kritik, zu wenig Familien würden von der Entlastung profitieren? Die FDP hat uns vorgeworfen, die Kindergartengebühren für die Besserverdienenden nicht in gleichem Maße zu erhöhen. Aber: dies verstehen wir nicht unter kinderfreundlichem Remseck! Wenn die Gesellschaft immer mehr beklagt, es gebe zu wenig Kinder, dann sollte sie für Familien mit Kindern mehr tun als bisher und nicht nur klagen, dass wir für die Renten zu wenig Kinder haben.

Ein Vergleich zeigt zudem, dass unsere Gebühren nicht niedrig sind, im Gegenteil, an vielen Orten liegen die Kiga-Gebühren niedriger als in Remseck! Um so wichtiger ist es daher, finanziell schlechter gestellte Familien zu entlasten!

Fazit: Wir sind mit diesem Einstieg einen Schritt in die richtige Richtung gegangen, und ein Schritt in die richtige Richtung zu gehen, ist immer besser, als ein Treten auf der Stelle!

Jasmine Finckh

Für Anregungen, Lob, Kritik: Jasmine Finckh, Tel. 07141 871250

E-Mail: Die-Gruenen-fuer-Remseck@gmx.de

Homepage: www.gruene.de/remseck

29. May 2007

251810



Zu den ermäßigten Leistungen gehört auch der Besuch der Jugendmusikschule.

Bild: dpa

Knappes Ja zu Familienpass

Remseck wird nach Entscheidung des Gemeinderats Ärmere unterstützen

REMSECK

Nach teils hitziger Diskussion hat der Gemeinderat mit 13:12 Stimmen denkbar knapp entschieden, einen Familienpass für Wohngeldberechtigte mit Kindern unter 18 Jahren einzuführen. Streit gab es insbesondere um die Kriterien, nach denen die Ermäßigung bewilligt wird.

VON JANNA WERNER

Trotz der Diskussion am Dienstagabend im Gemeinderat, die einer entscheidungslosen Beratung im Verwaltungsausschuss folgte (wir berichteten), herrschte Einigkeit über einen Punkt in Sachen Ermäßigung für ärmere Familien: den Bedarf. Freie Wähler und Grüne hatten beantragt, allen Wohngeldberechtigten mit Kindern unter 18 Jahren, die für bestimmte Leistungen keinen Anspruch auf Sozial- oder Jugendhilfe haben, Gebühren zu ermäßigen. Für Kindergarten- und Kleinkindbetreuung gibt es künftig 50 Prozent Ermäßigung, bei der Stadtranderholung 30 und bei den Gebühren für Hort und Kernzeitenbetreuung sowie Jugendmusikschule 20 Prozent. Auch Hartz IV-Betroffene,

die durch die Arge Zuschüsse erhalten, profitieren bei Jugendmusikschule, Stadtranderholung und Kernzeitenbetreuung.

Alle Fraktionen betonten einmütig, ein Familienpass sei eine gute Sache. Doch danach bildeten sich Fronten: Am Ende stimmten die 13 Fraktionsmitglieder von SPD, Freien Wählern und Grünen für den Familienpass, die zwölf von CDU und FDP dagegen.

Die CDU übte sich dabei in einem Spagat. Einerseits sei der Familienpass, der sich am Wohngeld orientiere, „im Sinne einer gerechten Lösung unzureichend“, weil die Basis nicht bereit genug sei, sagte Dr. Hubert Effenberger für die CDU-Fraktion. Gleichzeitig betonte er aber den „Grundsatz der Haushaltskonsolidierung“. Freiwillige Leistungen dürften deswegen nicht bewilligt werden.

Auch die FDP wandte sich gegen den Vorschlag, aber aus anderen Gründen. Denn bereits seit Jahren stellt die Fraktion den Antrag auf einen einkommensabhängigen Familienpass. Davon werde sie nicht abweichen, sagte deren Vorsitzender Gustav Bohnert. „Den Ansatz halten wir schlichtweg für grottenfalsch.“ Das Kriterium Wohngeld sei zufällig,

die Grenze schaffe nur 50 bis 60 Familien einen Vorteil. „Wir müssen neutral arbeiten“, begründete er das Nein der FDP. Die einen müssten mehr, die anderen dafür weniger kriegen.

SPD-Rat Rudi Schrödel ging bei Bohnerts Plädoyer für subventionierte Bildungseinrichtungen gar „das Messer in der Tasche auf“. Er wiederholte sein Argument, der Familienpass sei zumindest „der Einstieg in den gebührenfreien Kindergarten“.

Es sei „schwierig, ‚gerecht‘ zu definieren“, riet OB Karl-Heinz Schlumberger von philosophischen Diskursen ab. Der Familienpass sei jedoch „eine Chance, etwas zu tun“, sagte er. Remseck bewege sich im Vergleich zu anderen Kommunen an der Spitze der Gebühren, der Einnahmeausfall sei mit 15 000 Euro pro Jahr „durchaus überschaubar“.

Schlumbergers Plädoyer brachte FDP-Rätin Marianne Günther so in Rage, dass sie ihn nach der Abstimmung direkt informierte, dass ihr es nicht gefalle, wie er sich für den Antrag eingesetzt habe. „Ich bin erstaunt, dass das so locker geht.“ Ihr Ausbruch wiederum reizte Dr. Karl Burgmaier (Grüne) zur Entgegnung: „So locker ging das nicht, mit 13:12.“

Staatsanzeiger Zeitung 14/10/2006



Die Gegner der neuen Neckarbrücke haben gestern lautstark und mit selbst gemalten Transparenten protestiert.

Foto factum

Bürger gehen gegen Brücke auf die Straße

Bei einer Demonstration in Remseck-Aldingen machen die 250 Teilnehmer ihrem Ärger Luft

REMSECK/Neckar. Die Einspruchsfrist zur geplanten Neckarbrücke südlich von Remseck-Aldingen endet am kommenden Mittwoch. Gestern haben in Aldingen 250 Bürger mit einer Demonstration für möglichst viele Einsprüche geworben.

Von Markus Klohr

Für eine knappe Stunde haben die Brückengegner gestern auf der Landesstraße 1100 südlich von Aldingen genau das angerichtet, was sie von der neuen Neckarbrücke erwarten: ein Verkehrschaos. Die Demonstration der Initiative „Bürger für Remseck“ verlief die ersten 500 Meter auf der Aldinger Westtangente. Deshalb wurde die Auffahrt der Landesstraße vorübergehend gesperrt, bis die Brückengegner in die Berliner Straße einbogen. An der Kreuzung beim Stadtbahnbetriebsbahnhof kamen die Autos deshalb zwischenzeitlich nur im Schrittempo voran.

Einen Aufmarsch wie diesen hat die große Kreisstadt Remseck noch nicht erlebt. Dem entsprechend lange war der Verhandlungsmarathon zwischen den Organisatoren, allen voran Luigina Fallico und Marc Metzger aus Aldingen, und der Stadtverwaltung gewe-

sen. Laut der Ordnungsamtsleiterin Ulrike Bolz hatte man im Rathaus daran gedacht, die Demonstranten zur Kasse zu bitten. Immerhin sei der Stadt durch die Straßensperre und Ausschleierung ein finanzieller Aufwand entstanden. Nach einer Rückfrage beim großen Nachbarn Stuttgart habe man sich aber entschieden, dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit Vorrang zu gewähren. Zumal die Route der Demonstration in einem Zusammenhang mit deren Inhalt stehe.

Viele Teilnehmer nutzten die Gelegenheit, um ihrem Ärger Luft zu machen. Die Grünen-Stadträtin Jasmine Finckh kritisierte, dass die Stadt im Amtsblatt hinter einem Artikel der Grünen, unter deren Logo, eine unkommentierte Gegendarstellung zur Kontroverse über die Brückenhöhe gestellt hat (wir berichteten). „Das ist presserechtlich sehr bedenklich“, sagte Finckh. Luigina Fallico brachte ihren Ärger über einen offenen Brief des Remsecker Oberbürgermeisters Karl-Heinz Schlumberger zum Ausdruck. Darin forderte er die Initiative auf, den OB nicht „als Feindbild und Machtmenschen zu definieren“. „Ich weiß gar nicht, wie er darauf kommt“, sagte Fallico.

Auch teilnehmende Politiker von SPD und Grünen ließen ihrem Unmut bei der Abschlusskundgebung freien Lauf. „Diese Brücke stiftet Unfrieden zwischen den Kommunen und zwischen den Ortsteilen“, sagte der Grünen-Landtagsabgeordnete Jürgen Walter. Sein SPD-Kollege Claus Schmiedel kritisierte, dass das Regierungspräsidium mit seinen Brückenplänen „ein regionales Verkehrsproblem zum Vehikel für eine Ersatzautobahn“ mache. Er verwies auf die Initiative Pro Nordoststring, die hoffe, dass die Brücke gebaut wird, „weil dann der Verkehr so stark zunimmt, dass alle nach dem Nordoststring schreien“. Luigina Fallico sprach von einem „Wertverlust eines Großteils der Aldinger Immobilien“, wenn die Brücke komme. „Dreck, Lärm und Gestank, Tag und Nacht“, befürchtet ihr Mitstreiter Marc Metzger.

Das letzte Wort bei der Kundgebung hatte Joseph Michl, der Vorsitzende der Bürgerinitiative Arge Nordost, der extra mit dem Fahrrad angereist war. Die Umgebung zwischen Remseck und Fellbach sei ein „einmalig schönes Umfeld im Stuttgarter Ballungsraum“, das durch das Verkehrsprojekt gefährdet werde. „Nehmen Sie Ihr Bürgerrecht wahr und erheben Sie Einspruch“, forderte er die Zuhörer auf. Die Arge Nordost habe bereits mehr als 1500 Protestschreiben gesammelt. Sie sollen pünktlich am letzten Tag der Einspruchsfrist am kommenden Mittwoch übergeben werden.



„Bürger für Remseck“

– wir mischen uns ein –

www.buerger-fuer-remseck.de

Die bessere Lösung für Remseck! Unsere Alternative zur Andriof-Brücke

Verkehrsplaner Dipl.-Ing. Hans Billinger
Jürgen Walter, MdL B90/Die Grünen

Remseck am Neckar modifizierte Variante BR2

- Neue Neckarbrücke im Zuge der L1197, zwei-spurig
- Alte Neckarbrücke Geh- und Radweg, ÖPNV-Verkehr
- Option für Stadtbahn LB-Remseck-VVN
- Stadtentwicklung Neckargröningen-West/
Verkehrsfreie „Neue Mitte“
- geringere Streckenlänge, geringerer Streckenverbrauch,
niedrigere Kosten



- ausreichende Verkehrswirksamkeit, durch ampel-
freie Verkehrsführung in Form von Kreisverkehren
- deutliche Verringerung der Lärmbelastung in Neckar-
rems und Neckargröningen
- jeweils 450 m Abstand der Brücke zur Wohnbe-
bauung von Aldingen und Neckargröningen
- „topographischer“ Lärmschutz im nördl. Teil der Strecke
- Lärmschutz im Mittelteil durch Führung im Tunnel
- baulicher Lärmschutz auf der Brücke im süd. Abschnitt

Oktober 2006
Aktualisierung des Entwurfs Febr. 2003
Hans Billinger, Verkehrsplaner
Jürgen Straß, Landschaftsplaner

**Donnerstag,
26.10. um 20.00 Uhr**

Gaststätte Paradiso,
Aldingen, Neckarkanalstr. 41

**Liebe Verkehrsbelastete,
liebe Interessierte,**

bringt die Andriof-Brücke eine
Verkehrsentlastung für Remseck?

Können die Bewohner in Neckar-
gröningen und Neckarrems wirklich
aufatmen, wenn die Andriof-Brücke
gebaut wird?

Oder bleibt die Belastung gleich und
nur neue und andere Wohngebiete in
Aldingen werden zusätzlich belastet?

Bekommen mit der Andriof-Brücke alle
Remsecker mehr Schwerlastverkehr
vor die Tür?

Verkehrsplaner Hans Billinger hat eine interessante Verkehrslösung für Remseck entwickelt. Sie sieht vor, die jetzige Brücke für den Autoverkehr zu sperren und eine andere Brücke zu bauen, die von der Wohnbebauung 450 m entfernt ist.

Wir denken, diese Lösung ist besser für alle Remsecker. Kommen Sie und informieren Sie sich. Die Entscheidung pro oder contra Andriof-Brücke steht – auch im Gemeinderat – unmittelbar bevor.

Informieren Sie sich – diskutieren Sie mit uns!

Billinger verteidigt eigene Planung als leistungsfähig

Gegner wollen Alternative zur Andriof-Brücke

REMSECK

(bk) – Gegnern einer Straße wird oft entgegengehalten, sie müssten Alternativen bieten. In Remseck tun sie das. Das zeigte sich bei der Veranstaltung „Die bessere Lösung für Remseck – unsere Alternative zur Andriof-Brücke“ in der Gaststätte Paradiso.

Rund 80 Besucher wollten am Donnerstagabend von Verkehrsplaner Hans Billinger hören, wie ihr Verkehrsproblem gelöst werden kann, und füllten den Raum in der Gaststätte bis zum letzten Platz. Geladen hatten die Grünen-Ortsvereine von Kornwestheim und Remseck und die Initiative Bürger für Remseck.

Billinger schlägt eine Variante vor, die eine zusätzliche Brücke etwa 450 Meter westlich der bestehenden in Neckarrems vorsieht und so im Flächennutzungsplan enthalten ist. Die bestehende Querung würde für den motorisierten Verkehr vollständig gesperrt. Fußgänger und Radfahrer, eventuell die Stadtbahn oder Busse, könnten die Brücke nutzen. Autos und Laster würden auf die neue Brücke umgeleitet

„Kein neuer Verkehr“

„Durch neue Brückenköpfe wird diese Querung leistungsfähiger“, so Billinger, „und zwar durch die geringe Attraktivität, ohne neuen Verkehr von auswärts anzuziehen.“ Durch die größere Entfernung zu Neckarrems und Neckargröningen werde zudem die Lärmbelastung dieser Wohngebiete reduziert. Ein auf die Brücke folgender, 380 Meter langer Straßentunnel könnte zudem der Stadtentwicklung mit der „Neuen Mitte“ viele Möglichkeiten eröffnen.

Ohne den Tunnel wäre die Billinger-Variante die billigste diskutierte Baumaßnahme: Sie wür-

de nur mit zehn Millionen Euro zu Buche schlagen. Sollte auch der Tunnel verwirklicht werden, seien die Kosten mit jenen der Andriof-Brücke (19,4 Millionen) vergleichbar, schätzt Billinger.

Die Planungen des Regierungspräsidiums müssen verhindert werden, waren sich die Bürger in der auf die Präsentation Billingers folgenden Diskussion einig. Ansonsten aber herrschte vor allem Uneinigkeit: Wird hier nicht nur nach dem Sankt-Florians-Prinzip die Lärmbelastung der einen zuungunsten anderer gelöst, fragte Gerd Kuhnle, der selbst in der besonders betroffenen Remstalstraße lebt. Die Bewohner des Schlossbergs müssten mit einer gewaltigen Verkehrszunahme rechnen. Auch Aldingen-Ost werde zu den Verlierern zählen, gab ein Diskutant zu bedenken.

Nicht für Stuttgart

Karin Reinhardt von der Initiative Bürger für Remseck gab zu bedenken, dass „es nicht genau die jetzt vorgestellte Variante“ sein müsste, aber eben eine, die tatsächlich für Remseck selbst eine Erleichterung schaffe, und nicht – wie die von ihr bekämpfte Andriof-Brücke – nur die Verkehrsprobleme Stuttgarts löse.

Remsecks Baubürgermeister Reinhard Melchior musste sich entsprechend Kritik anhören. Er verteidigte in seinem Debattenbeitrag den Beschluss für die Brücke als „beste Lösung“.

Der Neckargröninger Carsten Frantzen, selbst Straßenbauingenieur, bezweifelt, dass Billingers zweispurige Querung den Verkehr aufnehmen könne. Er plädierte für eine kleinere, ortsferne Variante mit Lärmschutz. Frantzen bemängelte aber auch, dass „mehr Varianten vom Regierungspräsidium hätten geprüft werden müssen“. Eine Aussage, die einhellig begrüßt wurde.

Bündnis 90 / Die Grünen Remseck

Lichterkette gegen Andriof-Brücke

from the west side to the east side, in Anlehnung an den Ohrwurm von Mike and the mechanics funktionierte unsere Lichterkette vergangenen Sonntag gegen Andriof-Brücke und Nord-Ost-Ring. Vom Westufer des Neckars, beginnend mit der ohrmüden Auffahrt zur Andriof-Brücke, über den Neckar zum Jstifer hinweg, und dann weiter bis zum Vereinsheim des TV Oeffingen, markierten über 1000 Demonstranten mit Fackeln die insgesamt 3 km lange Strecke zur Anbindung der geplanten Andriof-Brücke an die L 1100 (Aldingen - Mühlhausen) und L 1197 (Neckarrems - Oeffingen).

„Wir sagen es mit unserem Licht: wir wollen diese Brücke nicht“ war unser Motto. Veranstalter der Lichterkette waren die ARGE Nordost, die Bürgerinitiative „Bürger für Remseck“ (www.buerger-fuer-remseck.de), die Ortsverbände Remseck und Kornwestheim von Bündnis 90/Die Grünen, der NABU Fellbach sowie der TV Oeffingen. Die Organisation dieser Lichterkette und die Zusammenarbeit der Veranstalter hat prima geklappt und sehr viel Freude gemacht. Allen, die bei der Organisation mitgeholfen haben und vor allem auch allen Bürgern, die dieses leuchtende Zeichen gegen die Brückenpläne gesetzt haben, ein herzliches Dankeschön. Bleibt zu hoffen, dass unsere Demonstration die nötige Wirkung entfaltet und den ein oder anderen zum Nachdenken bringt. In zahlreichen Gesprächen der letzten Tage waren wir immer wieder überrascht, wie wenig viele Bürger über die Pläne Bescheid wissen.

Unsere Argumente gegen die Andriof-Brücke:

- Erhaltung eines wertvollen Naherholungsgebiets für die Menschen statt Zerschneidung
- Wir brauchen keine neuen Straßen, die noch mehr Verkehr nach Remseck bringen
- Verdopplung des Verkehrs auf der Westtangente Aldingen beeinträchtigt Lebensqualität in Aldingen und Pattonville
- Andriof-Brückentorso bringt neue Staus westlich von Aldingen

- Andriof-Brücke bringt in Nord-Süd-Richtung zu wenig Verkehrs-entlastung in Neckargröningen und Neckarrems

Wir empfehlen allen, die sich von der Andriof-Brücke eine große Entlastung in Neckargröningen und Neckarrems erhoffen, sich die offiziellen Zahlen des Verkehrsgutachtens anzuschauen. Die Pläne liegen im Planungsamt in Hochberg aus.

Unsere Alternativen:

- Billinger-Brücke in der ursprünglichen Form (nicht in den Monster-Varianten des Regierungspräsidiums) im Bereich Abzweigung L 1100/Neckarstraße (Bereich Lidl in Aldingen)
- Pfortnerampeln, die den Verkehr außerhalb der bewohnten Ortsteile stauen (Vorbild Pfortnerampel in Mühlhausen beim McDonald)
- Stadtbahn Ludwigsburg-Waiblingen



(Demo 1) Die Gemeinderatsfraktion der Grünen mit (noch nicht angezündeten) Fackeln: v.l.n.r.: Cherry Gehring, Jasmine Finckh, Karl Burgmaier

Karl Burgmaier
www.gruene.de/remseck
die-gruenen-fuer-remseck@gmx.de

„Billinger-Variante lässt Verkehr fließen“

Planer stellt sein Brücken-Konzept zur Neuen Mitte in Remseck vor

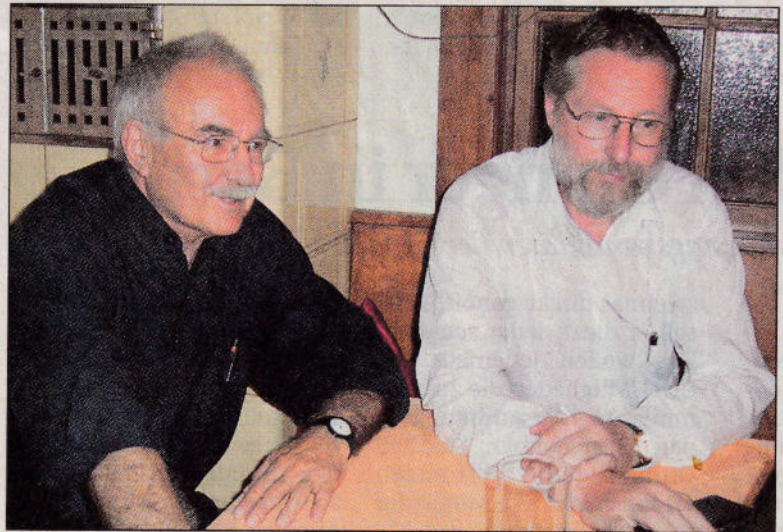
REMSECK

(red) – Als Alternative zur Neckarbrücke will Verkehrsplaner Hans Billinger sein Verkehrskonzept zur Neuen Mitte in Remseck verstanden wissen. Am Donnerstag stellte er auf Einladung der Grünen und der Bürgerinitiative Bürger für Remseck seine Pläne vor.

Am Dienstag, 15. Juli, findet in Fellbach die zweite Anhörung zur Neckarbrücke südlich von Aldingen statt. Kritiker sagen, die Brücke bringe der Remsecker Mitte nicht nur zu wenig Entlastung, sondern locke zusätzlichen Verkehr nach Aldingen und Pattonville.

Für Karl Burgmaier, Grünen-Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat, ist die Billinger-Variante die „verkehrliche Voraussetzung für die Neue Mitte“, wie die Grünen mitteilen. Insgesamt fünf Billinger-Varianten gebe es in den Planfeststellungsunterlagen des Regierungspräsidiums (RP), sagte Joseph Michl, Vorsitzender der Bürgerinitiative „Arge Nord-Ost“.

Wobei, so Billinger, „seine“ Varianten des RP hätten nur noch



Einer Meinung: Hans Billinger (links) und Joseph Michl.

Bild: privat

teilweise etwas mit seiner ursprünglichen Konzeption zu tun. Am ehesten komme die Variante des RP seinen Vorstellungen nahe, bei der die Neckarbrücke nur für den öffentlichen Nahverkehr zur Verfügung steht. Die prognostizierten Verkehrszahlen für diese Variante liegen sogar etwas unter den aktuellen Verkehrszahlen für die bestehende Brücke. „Mit Kreisverkehren statt Ampeln an den Brückenköpfen ist ein staufreier

Verkehr möglich“, sagte Billinger. Joseph Michl zeigte sich befremdet über die von der Stadt Remseck erstellte Computeranimation zur Billinger-Brücke. Das dort dargestellte Monsterbauwerk sei Etikettenschwindel und solle nur abschrecken. „Hier steht Billinger drauf, ist aber nicht drin“, sagte Karl Burgmaier über die Animation.

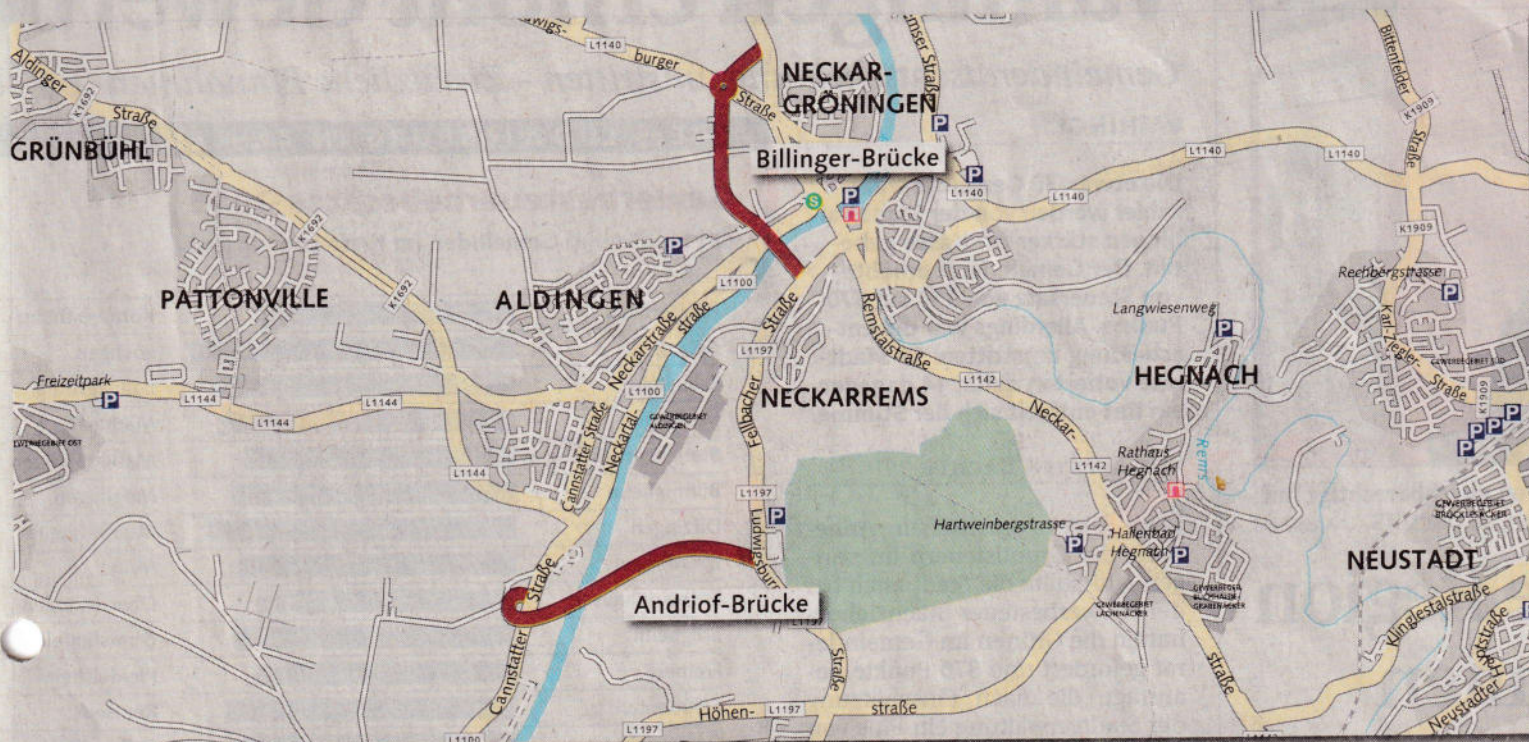
Die Grünen erhoffen sich von der derzeit diskutierten Stadtbahn Ludwigsburg-Remseck-Waiblingen eine zusätzliche Entlastung vom Autoverkehr. „Diese Entlastungen sind im Verkehrsgutachten des Regierungspräsidiums noch nicht berücksichtigt“, sagte Burgmaier. Michl ist überzeugt, dass „angesichts steigender Benzinpreise und als Folge des demografischen Wandels“ der Auto- und Lastwagenverkehr zurückgehen wird und die Verkehrsprognosen für 2020 überhöht seien. Es gelte daher, beim Straßenbau zurückhaltend zu sein und „Natur- und Landschaftserhaltung wieder stärker zu schätzen“.

Die Billinger-Variante

Hans Billinger möchte die bestehende Neckarbrücke zwischen Neckargröningen und Neckarremis für den Auto- und Lastwagenverkehr sperren und stattdessen die Stadtbahn von Ludwigsburg bis Waiblingen darüber fahren lassen. Für die Autos soll rund 400 Meter südwestlich davon eine neue Brücke gebaut werden. Der darüber

fließende Verkehr wird südlich des Neckars über die Fellbacher Straße Richtung Oeffingen geleitet, nördlich des Neckars quert der Verkehr die Meslay-du-Maine-Straße im Tunnel, fährt dann im Einschnitt über den Stämmegraben, um wieder im Tunnel zu verschwinden bis kurz vor der Landesstraße 1140 nach Oßweil. (red)

ZWEITE NECKARQUERUNG – DIE VARIANTEN



Karte: maps4news, Grafik: LKZ/Florian Edelmann

Kommt jetzt doch noch Billinger?

Das Kapitel zweite Neckarquerung ist geschlossen – Nun sind in Remseck Alternativen gefragt

REMSECK

Tag eins nach dem Aus für die geplante Andriof-Brücke und den Nordostring. Die Remsecker Politik bietet die ganze Palette der Emotionen – von Wut über Ernüchterung bis zu Jubel. Die Suche nach Alternativen hat bereits begonnen.

VON PHILIPP SCHNEIDER

„Wir sind enttäuscht, aber auch nicht überrascht“, sagt Steffen Kirsch, der stellvertretende Fraktionschef der Remsecker CDU. „Die Haltung der Grünen ist uns ja bekannt.“ Am Mittwoch war ein Brief des Verkehrsministers Winfried Hermann (Grüne) an den Remsecker OB Karl-Heinz Schlumberger bekanntgeworden, in dem der Minister das Kapitel zweite Neckarquerung und Nordostring geschlossen hatte (wir berichteten).

„Für mich ist das ein weiteres Beispiel dafür, dass den Grünen die Ideologie gegen Autos wichtiger ist als die Entlastung der Bürger vom Verkehr“, sagt der Landtagsabgeordnete Klaus Herrmann (CDU).

Auch die Freien Wähler und die FDP in Remseck kritisieren

TRASSE DES NORDOSTRINGS



Quelle: Landratsamt Ludwigsburg, Karte: maps4news, Grafik: LKZ/Dominik Koch

das Ende der geplanten Neckarbrücke bei Aldingen scharf. „Die Entscheidung ist eine Flucht vor den Problemen“, sagt der Liberale Kai Buschmann. Gerhard Waldbauer, Fraktionschef der Freien Wähler, spricht von „einem schwerwiegenden Fehler“.

Grüne und Rote in Remseck weisen die Kritik an der Ent-

scheidung des Ministers von sich. „Ich empfinde keine Trauer“, sagt der SPD-Fraktionschef Heinz Layher. Der Grüne Karl Burgmaier begrüßt das Aus der Andriof-Brücke (nach dem ehemaligen Regierungspräsidenten Andriof). „Wir hätten die Staus nicht wegbekommen, sondern mehr Verkehr angezogen.“

Derweil hat die Suche nach einer Lösung in Remseck begonnen. Burgmaier setzte sich gestern erneut für die sogenannte Billinger-Variante ein. „Auch wenn das in Remseck für rote Köpfe sorgen wird.“ Diese Brücke könnte nur wenige Hundert Meter von der derzeitigen Neckarquerung entstehen. Die Folge: Der derzeitige Bau bei Neckarremes wird für den Individualverkehr gesperrt und würde Platz für eine Stadtbahn zwischen Ludwigsburg und Waiblingen bieten.

Das bürgerliche Lager um den OB lehnt die Variante strikt ab. „Jetzt soll erst einmal der Minister sagen, was er will“, fordert Steffen Kirsch. „Aus städtebaulichen Gründen darf es aber keine Brücke in der Mitte von Remseck geben.“ Dort soll bekanntlich ein neues Zentrum entstehen. Zudem leidet Remseck besonders unter dem Durchgangsverkehr aus dem Rems-Murr-Kreis und Großraum Ludwigsburg.

Der Genosse Layher schlägt dagegen einen Tunnel vor, auch wenn das mit viel Aufwand verbunden ist und teuer wird. „Wir sollten jetzt auf null zurückgehen und ausloten, welche Möglichkeiten wir haben.“

„Wer die Neue Mitte will, braucht Billinger“

Grünen-Fraktionschef Karl Burgmaier will Alternative zur Andriof-Brücke wieder in den Fokus rücken

Anlage 30

REMSECK

LKZ
3018144

Nicht nur in Sachen Stuttgarter Bahnhof sieht die neue Landesregierung manches anders als ihr Vorgänger. Auch die Planungen für die zweite Neckarquerung in Remseck zwischen Aldingen und Oeffingen liegen auf Eis. Während die Stadtverwaltung auf eine Fortführung dringt, hoffen Gegner wie Grünen-Stadtrat Karl Burgmaier, dass das Kapitel Andriof-Brücke endlich geschlossen wird.

VON MICHAEL BANHOLZER

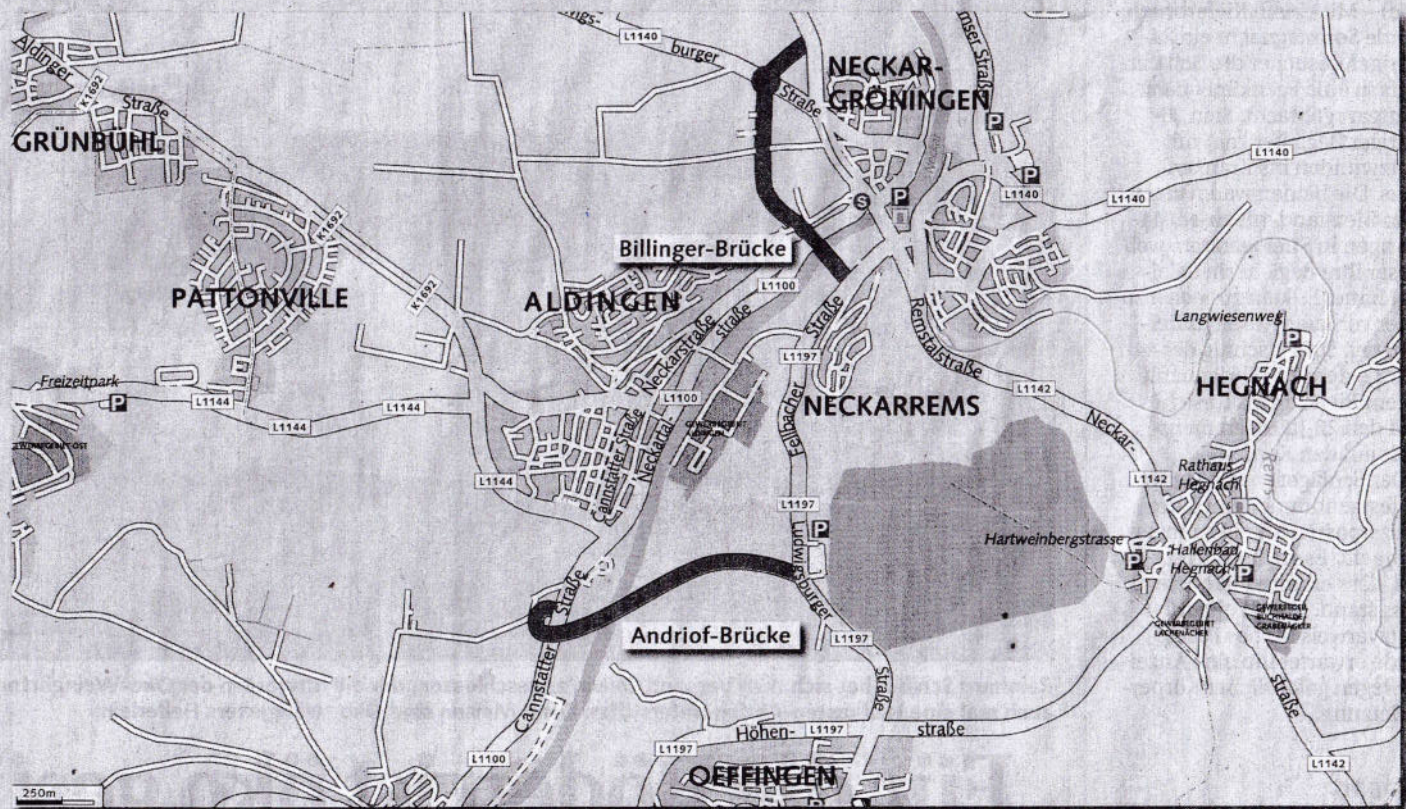
Erst in der vergangenen Woche hatte Oberbürgermeister Karl Heinz Schlumberger noch einmal eindringlich an die grün-rote Landesregierung appelliert, an den Planungen für die Andriof-Brücke festzuhalten (wir berichteten). Diese sei die einzige Möglichkeit, der Verkehrsproblematik in der Großen Kreisstadt dauerhaft Herr zu werden. Der Widerspruch lässt nicht lange auf sich warten.

Er hoffe, dass mit der neuen Landesregierung tatsächlich auch eine neue Politik Einzug halten werde, sagt der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Gemeinderat der Stadt, Karl Burgmaier. Und damit auch, dass wirklich nach einer Lösung gesucht werde, die eine Entlastung für Remseck bedeute. Die Andriof-Brücke bringe genau dies nämlich nicht.

Nordost-Ring unwahrscheinlich

Diese habe vielmehr „landespolitische“ Hintergründe, so die Einschätzung von Karl Burgmaier. Denn die nach dem früheren Regierungspräsidenten Udo Andriof benannte Trasse solle nicht nur den Neckar überbrücken, sondern auch die Lücke zwischen A81 und B27 einerseits und B14 und B29 andererseits.

DIE ZWEI NECKARQUERUNGEN IN DER DISKUSSION



Karte: maps4news, Grafik: LKZ/Dominik Koch

Dafür müsste aber die Brücke um den Nordost-Ring hin zur B27 bei Kornwestheim ergänzt werden – und das werde es wegen des Widerstandes in der Nachbarkommune nicht geben.

Ohne Nordost-Ring bleibe die Trasse aber ein „Torso“. Das gesteht auch Oberbürgermeister Karl Heinz Schlumberger: „Das ist zu wenig.“ Der Verkehr fließe nur, wenn die Trasse ohne Unterbrechungen bis zur B27 reiche. Eine Garantie, dass nach der Andriof-Brücke der Nordost-Ring folgt, gibt es aber nicht. Die Folge, so befürchten viele Bürger in Aldingen, wäre, dass sich Tausende Fahrzeuge, nachdem sie

die Brücke überquert haben, zur L1144 drängen. „Das ist doch unzumutbar“, empört sich Karl Burgmaier. Zugleich, das besagt das Verkehrsgutachten des Regierungspräsidiums im Planfeststellungsverfahren, fällt die Entlastung der alten Neckarbrücke bei Neckarremms eher bescheiden aus. Dort werden weiter mehr als 25 000 Fahrzeuge pro Tag erwartet. Im Zentrum kaum Entlastung, dafür an der Aldinger Ortsumfahrung deutlich mehr, lautet das Fazit Burgmaiers.

Gemeinsam mit der Grünen-Fraktion setze er sich deshalb weiter für die Trasse des Planers Hans Billinger ein. Davon kur-

sierten im Planfeststellungsverfahren inzwischen zwar mehrere Varianten, teils drei- oder gar vierspurig. Diesen erteilten sowohl Billinger wie auch er selbst eine Absage, betont der Stadtrat. Die von ihm favorisierte Trasse führt zweispurig genau auf halber Strecke zwischen Aldingen und Neckargröningen über den Fluss. Die alte Brücke bei Neckarremms soll für den motorisierten Individualverkehr gesperrt werden und böte fortan auch Platz für eine eventuelle Stadtbahn zwischen Ludwigsburg und Waiblingen.

Auf der Billinger-Brücke selbst sei weiter ein hohes Verkehrsauf-

kommen zu erwarten – aber deutlich weiter von der Wohnbebauung entfernt und vor allem nicht mehr als heute schon. Zu- und Abfahrt erfolgten über die Fellbacher Straße. Die Remstalstraße solle dagegen mit Lkw-Verbot oder Tempo 30 für den Durchgangsverkehr unattraktiv werden. Das entlang der Ortsgrenze von Neckargröningen gelegene Stück der Ludwigsburger Straße könnte nach Ansicht von Karl Burgmaier ebenfalls beruhigt werden und so als Teil der geplanten Neuen Mitte dienen. Sein Credo lautet daher: „Wer die Neue Mitte will, der braucht die Billinger-Brücke.“

Bündnis 90 / Die Grünen Remseck



Neue Neckarbrücke für die Neue Mitte!

Mit dem Siegerentwurf des Architekten Thomas Schüler haben wir die städtebaulichen **Grundstrukturen für die Neue Mitte gefunden**. Er sollte die Basis für die weiteren Planungen sein, in die auch Ideen aus anderen prämierten Entwürfen sowie aus den Planungswerkstätten der Bürgerbeteiligung einfließen können und sollten. In der letzten Gemeinderatssitzung wurden die wesentlichen Ergebnisse vorgestellt, jetzt muss ein Beschluss des Gemeinderats zur weiteren Vorgehensweise folgen, damit die Neue Mitte weiter konkretisiert und bald ein Gesicht bekommen kann. Wichtig ist uns die ständige **Bürgerbeteiligung** im Planungsprozess.

Neue Neckarbrücke

Die bestehende Neckarbrücke sowie die nördlich und südlich angeschlossenen Straßen sollen zurückgebaut werden. Der Hauptverkehr soll auf eine neue Brücke am westlichen Rand der Neuen Mitte verlagert werden. **Ohne diese neue Neckarbrücke macht die Neue Mitte keinen Sinn**. Für uns muss diese Brücke nicht unmittelbar an die Neue Mitte angrenzen, sondern könnte aus Lärmschutzgründen auch etwas weiter westlich davon verlaufen. Uns ist wichtig, diese Neue-Mitte-Brücke bald zu planen und für die Finanzierung zu sorgen. Da es sich bei den betroffenen Straßen um Landstraßen handelt, müssen wir das Land in die Pflicht nehmen.

Wir sind überzeugt, dass das **Land** Baden-Württemberg in Remseck allein schon aus finanziellen Gründen **nur eine Brücke finanzieren wird**. Wollen wir also tatsächlich die Neue Mitte voranbringen, müssen wir uns auf die **Neue-Mitte-Brücke** konzentrieren

und nicht parallel für die Andriof-Brücke kämpfen, die im Übrigen von unseren Nachbarstädten Fellbach, Kornwestheim und Stuttgart abgelehnt wird.

Verkehrsführung

Wir stellen uns die Verkehrsführung in Nord-Süd-Richtung so vor, dass der Verkehr südlich der Neue-Mitte-Brücke auf der L 1197 Richtung Oeffingen geleitet wird. Die **Remstalstraße** in Neckarremms soll im Rahmen des Rückbaus der bestehenden Neckarbrücke und der angebundenen Straßen verkehrsberuhigt und auf jeden Fall **für LKW gesperrt** werden.

Stadtbahn

Über die bestehende Neckarbrücke soll langfristig die Stadtbahn von Ludwigsburg nach Waiblingen fahren. Daher muss eine Trasse für dieses Schienenprojekt offen bleiben. Wir erwarten, dass die **Kosten-Nutzen-Analyse** für die Stadtbahn günstiger ausfällt, wenn dafür die bestehende Neckarbrücke genutzt wird und nicht wie bisher unterstellt, eine teure neue Brücke gebaut werden muss. Wir sind auch überzeugt, dass eine Stadtbahn Ludwigsburg-Waiblingen mit Verknüpfung zur U 14 mit einem **regionalen Bahn- und Busknoten in der Neuen Mitte** Attraktivität und Entwicklungspotential der Neuen Mitte maßgeblich erhöhen.

Nachbarstädte gewinnen

Für die Neue-Mitte-Brücke brauchen wir nicht nur das Land, sondern auch den Konsens mit unseren Nachbarstädten. Durch die verkehrsberuhigte Remstalstraße wird mehr Verkehr Richtung Fellbach fließen. Wir denken, dass wir die Stadt Fellbach für diese Lösung gewinnen können, wenn das **Projekt Andriof-Brücke aufgegeben** wird.

Die Stadt Waiblingen könnte gewonnen werden, weil von der verkehrsberuhigten Remstalstraße weniger Verkehr nach Hegnach kommt und durch die Verknüpfung des Verkehrskonzepts Neue-Mitte-Brücke mit einer Umgehungsstraße am westlichen Rand von Hegnach auch die Neckarstraße in Hegnach entlastet wird.

Priorität Verkehrskonzept

Das Thema Verkehr und neue Neckarbrücke muss für uns jetzt dringender als **nächster Schritt** bearbeitet werden. Wir müssen hier Klarheit schaffen, bevor in der Neuen Mitte gebaut wird.

Karl Burgmaier

die-gruenen-fuer-remseck@gmx.de

www.gruene-remseck.de

Bündnis 90 / Die Grünen Remseck



Gespräch mit Verkehrsminister Hermann angekündigt

Anfang März hat Verkehrsminister Winfried Hermann OB Schlumberger mitgeteilt, dass die **Andriof-Brücke** politisch gescheitert sei und daher nicht weiterverfolgt werde. Ebenso stellte er klar, dass der Bau des **Nord-Ost-Rings** aus rechtlichen, ökologischen und politischen Gründen nicht realistisch sei. Die Verkehrsprobleme in Remseck seien ihm bekannt und deshalb sei ihm die Reduzierung der Stauanfälligkeit ein großes Anliegen. Er habe deshalb seine Fachabteilung angewiesen mit dem Regierungspräsidium alternative Lösungen zu prüfen. Ihm gehe es um eine schnelle und realistisch finanzierbare Lösung im Konsens mit der Region.

Neckarbrücke und Neue Mitte

Wir, die wir jahrelang gegen Andriof-Brücke und Nord-Ost-Ring gekämpft haben, freuen uns über diesen **Erfolg**. Durch diese Klarstellung können wir uns jetzt auf die **Billinger-Brücke** oder **Neue Mitte-Brücke** konzentrieren. Wir sind schon seit langem der Überzeugung, dass das Land Baden-Württemberg in Remseck nicht zwei Neckarbrücken finanziert. Jetzt, wo Andriof-Brücke und Nord-Ost-Ring vom Tisch sind, kommt es darauf an, das Land für die Finanzierung der Brücke zu gewinnen, die wir für die Neue Mitte benötigen. Wer die Neue Mitte will und sie für die Menschen attraktiv gestalten will, braucht eine neue Neckarbrücke am westlichen Rand der Neuen Mitte: Entweder unmittelbar angrenzend an die Neue Mitte wie im Flächennutzungsplan dargestellt oder genau in der Mitte zwischen Aldingen und Neckargröningen wie es die Billinger-Variante vorsieht. Die Billinger-Variante wäre aus Lärmschutzgründen die bessere Variante, weil sie den größeren Abstand zur Wohnbebauung bringt.

OB Schlumberger hat Grüne und SPD in Remseck aufgefordert ihn bei der Realisierung der Neuen Mitte und einer neuen Neckarbrücke zu unterstützen. Wir Grünen machen das gerne, zumal wir seit Jahren für die Neue Mitte und die Billinger-Brücke sind. Wir sind jetzt gespannt, wie die anderen Fraktionen sich zur geänderten Situation und vor allem zur Neuen Mitte stellen. Stehen sie nach wie vor zur Neuen Mitte?

Jürgen Walter aktiv

Unser Landtagsabgeordneter und Staatssekretär **Jürgen Walter** hat letzte Woche in einem Brief an die Oberbürgermeister von Remseck, Waiblingen, Fellbach und Kornwestheim ein Gespräch mit Verkehrsminister Hermann über die Verkehrssituation in der Raumschaft angekündigt. Nach jahrelangem Stillstand sei es an der Zeit, gemeinsam nach einer Lösung des Verkehrsproblems in diesem Raum zu suchen. "Es ist doch selbstverständlich, dass Alternativen zum Nordoststring/Neckarquerung den betroffenen Kommunen nicht einfach übergestülpt werden." Genauso selbstverständlich sei es, dass diese sorgfältig ausgearbeitet werden.

Dem Vorwurf, Minister Hermann würde die Planungen für den Nordoststring nicht vorantreiben, gibt er Kontra: "Seit Jahrzehnten wird über die Lösung der Verkehrsprobleme zwischen A81 und B14 nur geredet, ohne zum Ziel zu kommen", so Walter. Dies sei der Tatsache geschuldet, dass bisher eben keine tragbaren Lösungsvorschläge gemacht wurden. Der Nordoststring sei an sich selbst gescheitert. "Der viel beklagte Stillstand wird durch das von Minister Hermann verkündigte Aus nicht verlängert, sondern aufgehoben. Ab sofort wird agiert, und zwar nicht gegeneinander, sondern miteinander". Dazu müssten die betroffenen Kommunen endlich in ein Boot. "Ich werde alles dafür tun, dass wir eine für alle Seiten akzeptable Lösung finden", so Walter abschließend.

Karl Burgmaier

die-gruenen-fuer-remseck@gmx.de

www.gruene-remseck.de

Bündnis 90 / Die Grünen Remseck



Grüne Gentechnik

Grüne, weiße, rote Gentechnik: wem diese Farbenlehre nicht geläufig ist, der war auf der **Podiumsdiskussion im Lamm zum Thema "Brauchen wir Gentechnik in Landwirtschaft und Nahrungsmitteln?"** genau richtig. Weil die "grüne" Gentechnik mit uns Grünen allerdings gar nichts zu tun hat, verwenden wir im Folgenden lieber den Begriff "Agrogentechnik". Bei ihr geht es um den Anbau gentechnisch veränderter Nutzpflanzen (Soja, Mais, Baumwolle, Raps, Kartoffel). Unter "weißer" Gentechnik versteht man die biotechnologische Erzeugung von Enzymen und Lebensmittelzusatzstoffen. Die Anwendung in Medizin und Pharmazie für diagnostische und therapeutische Zwecke ist dann die "rote" Gentechnik.

Brauchen wir Agrogentechnik?

Die aktuellen politischen Diskussionen sowie konkrete Fälle von Saatgutverunreinigung, die vergangenes Jahr in Remseck vorkamen, veranlassten **Karl Burgmaier**, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Gemeinderat und Mitglied des Ortsvorstands, dieses schwierige Thema bei einer Diskussion mit vier Podiumsteilnehmern aus verschiedenen Blickwinkeln zu beleuchten.

Landwirte im Dilemma

Jürgen Leutenecker von der Arbeitsgemeinschaft der landwirtschaftlichen Ortsvereine Remseck wies auf das Dilemma der Landwirte hin: "Die Erwartungen an uns Landwirte sind

SONSTIGES

hoch. Wir sollen garantieren, dass die erzeugten Nahrungsmittel gentechnikfrei sind, aber der Saatgutverkäufer gibt uns keine Garantie." Die Gentechnik habe viele Vor- aber genauso viele Nachteile. Einige der anwesenden Landwirte beklagten die geringe Bereitschaft der Verbraucher, angemessene Preise für gute Produkte zu zahlen. Der Vorsitzende des Kreisbauernverbands, Eberhard Zucker, wies darauf hin, dass 70 % der Verbraucher keine gentechnisch veränderten Pflanzen wollen. Daran müssen wir uns orientieren."

Agrogentechnik nicht nötig!

Die ethische Seite der Gentechnik betonte **Dr. Clemens Dirscherl**, Agrarbeauftragter der Evangelischen Kirche Deutschlands. Das Fazit seines lebhaft und überzeugend vorgetragenen Statements: "Eine Koexistenz des Anbaus von gentechnisch veränderten und normalen Pflanzen ist nicht möglich und zum heutigen Zeitpunkt nicht nötig. Wir wissen noch zu wenig, die Begleitrisiken sind zu unerforscht."

Akzeptieren wir Gentechnik?

So müsse die Frage eigentlich lauten, meinte **Prof. Dr. Klaus-Dieter Jany** von der Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel. "Wir können nicht mehr Ergebnisse vorweisen, da unsere Forschung durch permanente Zerstörung der Versuchsfelder behindert wird", verteidigt er die Wissenschaftler. Er weist auf mangelnde Differenzierung in der öffentlichen Diskussion hin. Man müsse jeweils nach Pflanzenart, verändertem Merkmal und Anbaugbiet bewerten. Er räumte ein, dass es eine Nullkontamination nicht gäbe und dass eine Koexistenz beider Anbauformen in Baden-Württemberg mit seiner kleinteiligen bäuerlichen Struktur bei einigen Ackerkulturen schwierig sei.

Ein Holzweg

"Mit der Agrogentechnik befinden wir uns ökologisch und ökonomisch auf dem Holzweg. Sie ist eine nicht rückholbare Technologie. Einmal ausgebracht, ermöglicht sie keine wirkliche Wahlfreiheit mehr", warnt **Jürgen Walter**, agrar- und verbraucherpoltischer Sprecher der grünen Landtagsfraktion. Er verteidigte das bestehende Gentechnikgesetz, das den gentechnikfreien Anbau schütze. Politisch brisant ist die Frage nach der Haftung. Nach derzeitigem Stand haftet der Verursacher. CDU, FDP und die Saatgutindustrie möchten einen Ausgleichsfonds einrichten, in den auch Steuergelder fließen sollen.

Der Verbraucher hat's in der Hand

Am Ende nehmen wir ZuhörerInnen mit, dass das vorhandene Wissen noch viel zu gering ist. Mehr Forschung bei der Umweltsicherheit und Langzeitstudien mit gentechnisch erzeugten Lebensmitteln sind nötig. Umfassende Sicherheitskriterien und Schwellenwerte wären notwendig. Wie in Österreich und Italien wäre es auch für Deutschland wünschenswert, dass einzelne Regionen sich rechtlich verbindlich zur gentechnikfreien Anbauzone erklären können. Wohin soll die Landwirtschaft in Baden-Württemberg gehen? Wir Verbraucher entscheiden mit!

Monika Voggesberger
die-gruenen-fuer-remseck@gmx.de
www.gruene.de/remseck



Das kompetent besetzte Remsecker Podium: Dr. Dirscherl, Jürgen Leutenecker, Dr. Burgmaier, Dr. Jany, Jürgen Walter (von links nach rechts).

amstag, 13. September 2008

REMSECK

Grüne: Keine Gentechnik in Landwirtschaft

(red) – Was in Möglingen möglich ist, soll auch in Remseck umgesetzt werden: Die Grünen-Fraktion stellt bei der Stadtverwaltung den Antrag, bei künftigen Pachtverträgen von städtischen landwirtschaftlichen Flächen einen Verzicht auf Gentechnik festzusetzen.

Die Gemeinde Möglingen hat in ihren Pachtverträgen das Verbot des Anbaus gentechnisch manipulierten Saatguts festgelegt. Wie die Remsecker Grünen-Fraktion mitteilt, möchten sie dem Möglinger Beispiel folgen. „Viele können etwas für eine gentechnikfreie Landwirtschaft tun, auch die Stadt Remseck“, sagt Burgmaier.

Bei der Stadtverwaltung haben sie beantragt, nicht nur Neupächter von städtischen landwirtschaftlichen Flächen vertraglich zum gentechnikfreien Anbau zu verpflichten, sondern dass dies auch bei Vertragsverlängerungen umgesetzt wird.

Die Stadt Remseck hat 40 Hektar Ackerland, 14 Hektar Wiesen und 36 Hektar Wald verpachtet.

„Keine Vorteile“

„Wir brauchen keine Gentechnik-Landwirtschaft“, sagt Karl Burgmaier, Fraktionsvorsitzender der Remsecker Grünen. Gentechnisch verändertes Saatgut brächte weder Bauern noch Verbrauchern Vorteile. Die Bauern würden nur abhängig werden von wenigen global tätigen Saatgutherstellern, die eine Monopolstellung anstreben würden.

„Wegen der konzernfreundlichen Gesetzgebung im Bereich der grünen Gentechnik“, so die Grünen in ihrem Antrag, könne eine Landwirtschaft ohne Gentechnik „nur in freiwillig abgeschlossenen privatrechtlichen Verträgen“ erreicht werden.

amstag, 13. Dezember 2008

REMSECK

Gentechnisch veränderte Pflanzen sind unerwünscht

(kau) – Werden künftig städtische landwirtschaftliche Flächen verpachtet beziehungsweise die Pachtverträge verlängert oder verändert, gibt es eine neue Klausel: die Verzichtserklärung auf den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen.

Verwaltung und Gemeinderat folgten damit einem Antrag der Grünen. Ähnliche Anträge an Verwaltungen gab es bereits in Möglingen und Waiblingen. Gerhard Waldbauer, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler, ärgerte sich bei der Sitzung am Donnerstagabend: „Solch ein parteiideologisches Thema hat im Gemeinderat nichts verloren.“ Die Diskussion sei auf anderer politischer Ebene zu führen. Deswegen werde er dagegenstimmen.

Dr. Karl Burgmaier, Fraktionsvorsitzender der Grünen, sieht das anders: „Die Stadt kann einiges gegen Gentechnik unternehmen.“ Die vertraglichen Vorgaben für die etwa 40 Hektar städtischen Ackerlands seien ein kleiner, aber wichtiger Schritt für eine gentechnikfreie Stadt.

Gespräche mit Landwirten

Baubürgermeister Reinhard Melchior hat mit Vertretern der fünf landwirtschaftlichen Ortsvereine geredet. „Sie haben gesagt, von ihnen werde keiner gentechnisch verändertes Saat- und Pflanzengut.“ Grundsätzlich hätten sie keine Einwände gegen den Antrag. Doch, so heißt es in der Sitzungsvorlage, „nach derzeitiger Sachlage wird niemand eine ausschließliche Garantie für einwandfreies und damit nicht gentechnisch verändertes Saatgut abgeben können“. Allerdings erfolge keine wesentliche Aufbringung.

Bündnis 90 / Die Grünen Remseck



Grünprojekt in Ladenburg zeigt Ideen für "Neue Mitte"

Die Stadt Ladenburg mit ca. 12.000 Einwohnern liegt wie Remseck am Neckar und im Verdichtungsraum. Heidelberg und Mannheim sind die größeren Städte in der Nähe. Mit dem Landesprogramm **Grünprojekt 2005** ("kleine Landesgartenschau") ist es der Stadt gelungen, den Neckar und seine unmittelbare Umgebung für die Menschen erlebbar zu machen, für die Naherholung zu nutzen und in das Stadtbild zu integrieren. So wurde z.B. mit der neuen Schiffsanlegestelle ein neuer Zugang zur Stadt geschaffen.

Ladenburg hat geschafft, was wir mit der Neuen oder Grünen Mitte noch vor uns haben, sofern sich der Gemeinderat mit dem Flächennutzungsplan für eine Neue Mitte entscheidet. Daher lohnt ein Blick nach Ladenburg, wie die Stadt diese Herausforderung angegangen ist. Es sind dort einige Ideen verwirklicht worden, die wir uns in ähnlicher Form auch für Remseck vorstellen können und daher im Flächennutzungsplan 2015 verankern wollen.

Landschaftsarchitekt Jürgen Straß, Mitglied unseres Ortsverbands, ist Projektleiter beim Ladenburger Grünprojekt 2005. Er wird uns am 7.8. fachkundig durch das Projekt führen. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind dazu herzlich eingeladen. Anmeldungen per E-Mail oder beim Verfasser.

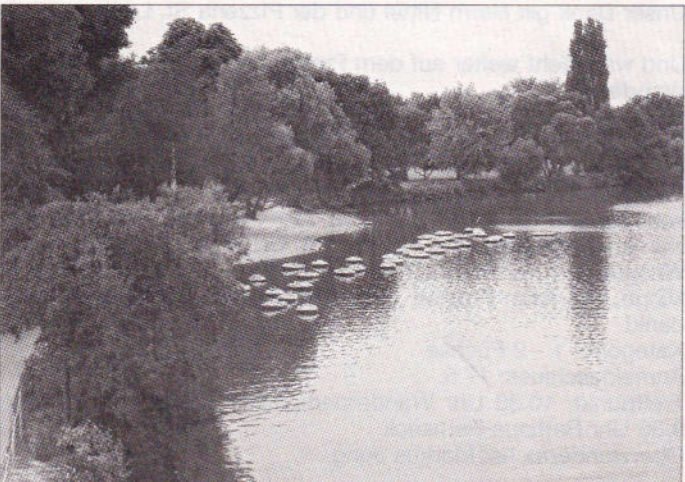
Karl Burgmaier

die-gruenen-fuer-remseck@gmx.de

www.gruene.de/remseck



Blick von der neu angelegten Schiffsanlegestelle:
Neckarufenerweg nah am Wasser und höher gelegene Liege- und Festwiese, auf der auch Open-Air-Konzerte stattfinden



Der neu angelegte Neckarstrand: Eine Attraktion, wenn's heiß ist.

Ideen für schöneres Neckarufer

Grünen-Fraktion lobt Ladenburger Projekt

REMSECK

(red) – Ladenburg und Remseck liegen beide am Neckar. Doch die Unterschiede in der Wahrnehmung und Nutzung des Flusses könnten kaum größer sein. Über die Neugestaltung des Flussufers in Ladenburg informierten sich Remsecker Stadträte während eines Besuchs.

Zumeist ein freier Blick auf den Fluss, Menschen, die im Neckar baden, Kinder, die Sandburgen bauen, Bistro und Festwiese direkt neben dem Fluß. Alles Maßnahmen, die Ladenburg im Rahmen des Grünprojekts 2005 durchführte. Eine Besuchergruppe aus Remseck, darunter Stadtrat Karl Burgmaier und die stellvertretende Vorsitzende der Grünen, Monika Voggesberger, wollte wissen, was in Ladenburg beim Grünprojekt realisiert wurde und was davon auch für Remseck interessant sein kann.

Jürgen Straß, Projektleiter in Ladenburg, führte die Gruppe. Die war sich einig, dass das Ziel des Projekts, die Stadt und ihre Menschen zum Neckar zu öffnen, eindrucksvoll gelungen und vieles auch auf Remseck übertragbar ist. Die Ladenburger nutzen und schätzen ihre neue gewonnenen

Naherholungsflächen am Neckar. Dem war aber nicht immer so. „Vor allem, als wir durch umfangreiche Fällarbeiten erst den Blick zu Wasser und Landschaft öffneten, gab es auch Widerstand aus der Bevölkerung“, berichtete Straß.

Nicht nur direkt am Neckar, sondern auch bei den Wasser zu führenden Bächen waren die Landschaftsarchitekten aktiv. Wo früher das Wasser in unscheinbaren Gräben floss, durchzieht heute ein mäandrierender Bach mit Furt für Fußgänger oder einem Wasserspielplatz für Kinder die Landschaft. „Wiesenbachlandschaften schaffen“, nennt Straß das. Für Jugendliche wurde eine Inline-Skateranlage gebaut, deren Grundfläche auch als Verkehrsübungsplatz für Schüler genutzt wird.

28 Hektar Freiflächen sind in den vergangenen drei Jahren in der 12000 Einwohner großen Stadt gepflegt, ergänzt, um- oder neugestaltet worden. Für die Umsetzung der umfangreichen Neugestaltung – neben dem eigentlichen Grünprojekt auch Maßnahmen des Hochwasserschutzes und der Stadterneuerung – investierte Ladenburg sechs Millionen Euro. Über die Hälfte der Kosten wurde von Landes- und EU-Fördermitteln übernommen.



Auf zu neuen Ufern: Ladenburger Neckarstrand als Vorbild.

Bild: privat

Neckarblick

Lokalausgabe
Remseck

Mitteilungsblatt für Aldingen, Neckarrems, Neckargröningen, Hochberg, Mühlhausen, Hofen, Neugereut, Steinhaldenfeld, Mönchfeld, Freiberg, Münster, Bad Cannstatt, Untertürkheim, Hochdorf und Pattonville,

Jahrgang 13, Nr. 9

Donnerstag, 2. März 2006

Auflage 10.300/gesamt ca. 70.000

„Vision vom Grünzug ist keine Illusion“

Stiftung „Grünzug Neckartal“ wirbt für bürgerschaftliches Engagement zur Renaturierung der Neckarufer

Remseck (uk). Betonierte Flussufer, meterhohe Dämme und verbaute Zugänge zum Wasser machen den Neckar auf weiten Strecken kaum erlebbar. Der Münchner Landschaftsarchitekt Hermann Grub, der seine Wurzeln in Ludwigsburg hat, wirbt mit seiner Stiftung „Grünzug Neckartal“ in den Anrainer-Kommunen für bürgerschaftliches Engagement.

Bei einem Diskussionsabend der Grünen-Fraktion in Remseck legte der Münchner Architekt Hermann Grub die Ziele der Stiftung dar, die bei Politik und Bevölkerung ein Bewusstsein für die Flusslandschaft wecken soll. Der gute Wille sei da. Allein das nötige Geld zur Umsetzung fehlt. Der Gründer der Stiftung „Grünzug Neckartal“ hat bei seinen Recherchen 60 Projekte zur Renaturierung und Aufwertung der Flusslandschaft gefunden, die in

den Schubladen der Anrainer-Kommunen am Neckar von Plochingen bis Besigheim schlummern. Hermann Grub hat mit seiner Stiftung aus den 60 Einzelprojekten ein Gesamtprojekt gestrickt, das den Boden bereiten und die Flusslandschaft ins Zentrum der planerischen Überlegungen rücken soll. „Wir haben eine Plattform für viele Akteure geschaffen“, sagt Grub, „der Wille ist da und die große Resonanz auf Bürgerseite macht mir Hoffnungen, dass es gelingen könnte.“ Die Stadt Remseck ist mit vier Projekten vertreten.

Im Gespräch mit dem Grünen-Landtagsabgeordneten Jürgen Walter nebst dem Stadtrat und Ortsvorsitzenden der Grünen, Karl Burgmaier, machte Grub klar, dass die Umsetzung der Vision von einem „Grünzug Neckartal“ nicht von den meist verschuldeten Kommunen allein zu schultern sei. Auch



Architekt Hermann Grub. Foto: uk

Walter betonte, dass die Aufwertung des Lebensraumes entlang der Bundeswasserstraße Neckar eine gewaltige Aufgabe sei, die die Unterstützung von Land, Kreis und privater Stiftungen brauche. Die Stiftung „Grünzug Neckartal“ gibt dazu allerdings nur den Anstoß. Die Finanzierung dafür muss in projektbezogenen Einzelstiftungen in

den Kommunen aus eigener Kraft mobilisiert werden, was in erster Linie vom Engagement einzelner Akteure abhängen wird. Remsecks Baubürgermeister Reinhard Melchior sieht vor allem eine Chance in den Ausgleichsflächen für das neue Baugebiet in Pattonville. Neun Hektar mit Still- und Laichgewässern in der Neckaraue auf Hochberger Markung sollen entstehen. Zwei weitere Projekte seien im Schießtal geplant, in Neckargröningen soll ein freier Zugang zum Neckar geschaffen werden.

Dass die Renaturierung nicht nur mit landwirtschaftlichen Interessen kollidiert, sondern auch viel Diskussionsbedarf besteht, ob die Flächen eher ökologischen Nutzen oder mehr Freizeitwert haben sollten, machte der Abend deutlich. Es gebe allerdings schon gute Beispiele für die Wiederherstellung ursprünglicher Flusslandschaften.

Bürger sollen bei Naturschutz mitreden

Neuer Beirat könnte nach dem Willen der Grünen-Gemeinderatsfraktion Rat und Stadtverwaltung beraten

REMSECK

(red) – Die Grünen wollen das Engagement der Remsecker Bürger im Landschafts- und Naturschutz nutzen. Sie fordern dazu die Einrichtung eines Gremiums, in dem sachkundige Bürger gehört werden.

In nächster Zeit stehen der Stadt Remseck größere Vorhaben und Planungen ins Haus, die den Bereich Landschafts- und Naturschutz betreffen. Dies sind das Life-Plus-Vorhaben am Neckar, das Fischlaichgewässer Hochberg, das Grünprojekt Remstal und nicht zuletzt die Neue Mitte.

Das Gremium soll neben Investitionsvorhaben, die den Landschafts- und Naturschutz betreffen, auch bei Pflegemaß-



Bei Projekten wie dem in den Ochsenwiesen geplanten Fischlaichgewässer wollen die Grünen die Bürger mehr einbeziehen. Bild: privat

nahmen gehört werden. Immer wieder ist es in den vergangenen Jahren zu Beanstandungen und Diskussionen, etwa beim Rück-

schnitt von Bäumen und Sträuchern gekommen.

Die Fraktion greift eine Anregung des Nabu Remseck auf und

stellt im Zuge der Beratungen zum Haushalt 2012 den Antrag, einen städtischen Beirat für Landschafts- und Naturschutz in beratender Funktion einzurichten. „Dieses Gremium sollte sowohl den unorganisierten, aber sachkundigen und interessierten Bürgern als auch den organisierten Mitgliedern der ortsansässigen Naturschutzverbände, landwirtschaftlichen Ortsvereinen, Obst- und Gartenbauvereinen zugänglich sein“, findet Grünen-Stadträtin Monika Voggesberger.

Die Grünen erhoffen sich von dem Beirat einen stärkeren Informationsfluss und eine breitere Diskussion in der Bevölkerung. Er könne außerdem zwischen Verwaltung, Gemeinderat und Bürgern vermitteln.

„Politik profitiert von Einmischung der Bürger“

Grünen-Fraktionschef Karl Burgmaier begrüßt Ausbau von Elementen direkter Demokratie auch auf kommunaler Ebene

REMSECK

Die Reform der Gemeindeordnung erweitert nach Meinung der Remsecker Grünen die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürger – zum Beispiel bei der Bauleitplanung. Der Vorsitzende der grünen Gemeinderatsfraktion, Karl Burgmaier, begrüßt den Ausbau von Elementen direkter Demokratie auch auf kommunaler Ebene. „Politik profitiert von der Einmischung der Bürgerinnen und Bürger. Mehr Möglichkeiten zur Entscheidung erhöhen den Anreiz, sich ins politische

Geschehen aktiv einzubringen. Das wird die Debatten in Remseck beleben“, so Burgmaier.

Möglich werde dies durch umfangreiche Änderungen der Gemeindeordnung, die die grün-rote Landesregierung aktuell angekündigt hat. Sie sollen noch vor der Sommerpause beraten und beschlossen werden. Danach sind Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auch zur Bauleitplanung zulässig. „Bürger können Grundsatzentscheidungen der Stadtentwicklung dann selbst treffen“, so Burgmaier. Bisher sei dieser Bereich von Bürgerent-

scheiden ausgeschlossen. „Aber gerade diese Themen – wie entwickeln wir unsere Gemeinde weiter, wo wollen wir neue Bauungspläne und was sollen sie im Grundsatz festsetzen, was wollen wir entwickeln, was wollen wir besonders schützen – treiben die Menschen um“, weiß der Grüne Sprecher.

Auch die Hürden für Bürgerbegehren, die einen Bürgerentscheid beantragen, sollen gesenkt werden. In naher Zukunft müssen dafür nur noch sieben statt bisher zehn Prozent der Stimmberechtigten unterschrei-

ben. Um ein Bürgerbegehren gegen Beschlüsse des Gemeinderats einzuleiten, wird die Frist des Unterschriftensammelns von sechs Wochen auf drei Monate verdoppelt. „Damit bestimmen die Bürger aktiv mit, welche Themen auf die politische Agenda kommen. Der Austausch zwischen Bevölkerung, Verwaltung und Gemeinderat wird intensiver werden“, so Burgmaier.

Auch die Hürden für Bürgerentscheide sollen gesenkt, das Quorum zur Verbindlichkeit von 25 auf 20 Prozent der Stimmberechtigten reduziert werden.

Wenn eine Frage der Bürgerschaft zur Entscheidung vorgelegt werde, müsse die Mehrheit, die den Entscheid für sich gewinnt, gleichzeitig 20 Prozent der Wahlberechtigten repräsentieren, erklärt Burgmaier. Dann sei er gültig. Diese und weitere Änderungen fußten auf einer Vereinbarung aller vier Landtagsfraktionen.

Auf dem Beteiligungsportal der Landesregierung können im Internet unter www.baden-wuerttemberg.de Kommentare zum Gesetzentwurf abgegeben werden. (red)

Grüne nicht einig mit der Stadtverwaltung

Gemeinderatsfraktion gegen geplante Bebauung des Gebiets Bubelesäcker - Kritik an Vorgehensweise

REMSECK

VON KRISTINA WINTER

Die Grünen lassen nicht locker: In der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik (AUT) stellten sie noch einmal klar, dass sie aus Naturschutzgründen dagegen sind, im Gebiet Bubelesäcker im Stadtteil Hochdorf ein Baugebiet mit rund 55 Wohneinheiten und Supermarkt auszuweisen.

Die Stadtverwaltung und die Mehrheit des Gemeinderates befürworten dies allerdings. Denn Wohnraum ist auch in Remseck knapp. Das Gebiet Bubelesäcker ist etwa 1,7 Hektar groß und liegt am westlichen Ortsausgang (Richtung Poppenweiler). Bisher wird es landwirtschaftlich genutzt, es gibt Gewerbe in direkter Nachbarschaft und der regionale Grünzug wird tangiert. Die Ortsmitte ist 500 Meter entfernt. Eigentlich sollte im Osten des Remsecker Stadtteils Hochdorf ein neues Baugebiet erschlossen werden. Doch das Projekt Greutlesäcker scheiterte, weil Grundstückseigentümer nicht verkaufen wollten. Die Stadt startete einen Suchlauf, um an anderer Stelle dringend benötigte Wohnbauflächen zu finden. Sechs Areale rund um Hochdorf wurden nä-



„Die Verwaltung betrachtet das Gutachten wohl nur als lästige Pflicht.“

Karl Burgmaier
Grünen-Fraktionschef



„Wir erachten es als sinnvoll, mit der Gebietsentwicklung fortzufahren.“

Birgit Priebe
Bürgermeisterin

her betrachtet. Dabei spielen geltendes Planungsrecht sowie eine städtebauliche und eine umweltfachliche Bewertung eine Rolle. Favorisiert wurde im Sommer 2020 das Gebiet Bubelesäcker.

Durchaus Probleme erwartet

Im November vergangenen Jahres beschloss der Gemeinderat, das Bebauungsplanverfahren einzuleiten, obwohl natur- und artenschutzrechtliche Probleme zu erwarten sind. Inzwischen wurde mit der entsprechenden Untersuchung begonnen. Dieses Gutachten soll als Entscheidungshilfe bei der Abwägung dienen, ob sich das

im Haushaltsplanentwurf Notarkosten für den Grunderwerb in den Bubelesäckern, die ursprünglich für 2024 vorgesehen waren, auf dieses Jahr vorgezogen wurden. „Ende vergangenen Jahres wurde zugesichert, dass das Artenschutzgutachten abgewartet wird“, reklamierte Burgmaier. Die Untersuchungen erstreckten sich über die komplette Vegetationsperiode, also bis Oktober. Er könne sich deshalb nicht vorstellen, dass das Gutachten und eine Beschlussvorlage für den Gemeinderat noch in diesem Jahr fertiggestellt würden. „Die Verwaltung will das Gutachten wohl nicht abwarten und betrachtet es nur als lästige

Areal für eine Bebauung eignet oder nicht.

Das Gebiet sei für gefährdete Tiere wie Rebhuhn und Wechselkröte als Trittstein und Korridor wichtig und sollte ein verbindender Baustein in einer Biotopverbundplanung sein, argumentieren die Grünen. Im AUT zeigte sich deren Sprecher, Karl Burgmaier, erstaunt, dass von der Verwaltung

Pflicht“, so der Grünersprecher verärgert.

Der Grunderwerb sei im kommenden Jahr geplant, sagte Armin Brenner, der innerhalb der Stadtverwaltung den Fachbereich Bauverwaltung und Stadtplanung leitet. Wenn entsprechende Erkenntnisse vorlägen, seien Notarverträge aber durchaus schon zum Ende dieses Jahres denkbar. Deswegen seien dafür 45.000 Euro im Etat eingeplant. Bürgermeisterin Birgit Priebe ergänzte, dass es bereits erste Erkenntnisse gebe. Diese mochte sie allerdings im öffentlichen Teil der Sitzung nicht preisgeben. „Wir wollen nicht mit einer Tendenz vorpreschen“, lautete die Erklärung.

Keine Kröten entdeckt

Auf Nachfrage unserer Zeitung am darauffolgenden Tag sagte Birgit Priebe, dass der Artenschutzgutachter bei einer ersten Begehung innerhalb des Gebietes keine Wechselkröten oder andere unter Schutz stehende Arten entdeckt habe, lediglich außerhalb in dessen Randbereich. „Deshalb erachten wir es als sinnvoll, mit der Gebietsentwicklung fortzufahren“, so Priebe. „Wäre der Gutachter zu anderen Erkenntnissen gelangt, hätten wir das Buch zugeschlagen.“

Bubelesäcker-Bebauung wird kritisch gesehen

REMSECK

Die Stadtverwaltung Remseck möchte im Gebiet Bubelesäcker in Hochdorf ein Wohngebiet ausweisen und einen Supermarkt ansiedeln. Die Gemeinderatsfraktion der Grünen hat sich gegen die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens ausgesprochen (wir berichteten). Bei einer vom Ortsverband der Grünen organisierten Führung in den Bubelesäckern zeigte Naturschutzwartin Carolin Zimmermann jetzt mögliche Konsequenzen der Bebauung auf.

Laut einer Mitteilung der Grünen zeigte sie eine Wechselkröte, die im Planungsgebiet ansässig ist und hier auch laicht. Diese gehört laut Zimmermann zu den seltenen und am stärksten vom Aussterben bedrohten Amphibienarten in Deutschland. Darum sei sie 2022 als Lurch des Jahres ausgezeichnet worden. Für Zimmermann ist es nicht nachvollziehbar, warum ausge-rechnet dieses in einem Regionalen Grünzug gelegene Gebiet bebaut werden soll. Auch der Rotmilan und Schwarzrmilan

seien in den Bubelesäckern vorhanden. „Vor allem für den Rotmilan haben wir in Deutschland eine große Verantwortung, da er überwiegend nur noch in Deutschland beheimatet ist“, sagte Zimmermann. Das überall zu beobachtende Artensterben sei eine traurige Tatsache und werde weitreichende Folgen für das gesamte Ökosystem haben.

Die Naturschutzwartin machte auch darauf aufmerksam, dass das Areal ein Durchzugsgebiet für viele Vogelarten sei – vom Lemberg aus Richtung Zipfelbach und Neckartal. Auch das vom Aussterben bedrohte Rebhuhn, das in der Gegend gesichtet wurde, könnte sich hier weiter vermehren.

Die Hochdorfer Gemeinderätin Jenny Kuch betonte, die geplante Bebauung dieses wichtigen Korridors zwischen Lemberg und Zipfelbach“ stehe im krassen Widerspruch zu den laufenden Biotopverbundplanungen der Stadt. „Neuer Wohnraum ist wichtig, aber nicht um jeden Preis, wenn dies auf Kosten der Natur geht“, so Kuch. (red)

Nur die Grünen stimmen für Baumschutzsatzung

REMSECK

VON KRISTINA WINTER

Enttäuschung bei den Grünen: Für ihren Antrag, eine Baumschutzsatzung in Remseck einzuführen, gab es am Dienstagabend keine Unterstützung im Ausschuss für Umwelt und Technik (AUT). Vielmehr stimmten alle anderen Gremiumsmitglieder für den Vorschlag der Stadtverwaltung, alles so zu belassen, wie es jetzt ist. Eine entsprechende Empfehlung ging an den Gemeinderat, der am kommenden Dienstag abschließend über den Antrag entscheiden wird.

Die Fraktion der Grünen hatte vergangenes Jahr beantragt, eine Baumschutzsatzung zu beschließen, die festlegt, dass im privaten Bereich Laubbäume ab einem Stammumfang von einem Meter (gemessen einen Meter vom Boden) in Remseck nicht mehr ohne Genehmigung gefällt werden dürfen. Im Gegenzug sollten Bürger bei der Erhaltung ortsbildprägender Bäume unterstützt werden durch Zuschüsse für die Pflege-

und Baumkontrollmaßnahmen. Gefordert wurden auch Richtlinien für mögliche Ausnahmen und Ausgleichsmaßnahmen.

Bürgermeisterin Birgit Priebe versicherte, dass die Verwaltung es sich nicht leicht gemacht und den Antrag intensiv geprüft habe. Das Ergebnis: Der Aufwand sei hoch und aufgrund der angespannten personellen Situation nicht leistbar. Die städtischen Bäume seien im Innenbereich vollständig im Baumkataster aufgeführt und würden bei Ausfall auch ersetzt. Im Privatbereich müssten schon jetzt Fällgenehmigungen bei der Stadt eingeholt werden. Artenschutzrechtliche Belange sowie Bäume, die das Baurecht vorschreibt, würden dann abgeprüft. Die Erhebung der Qualität der Bäume sowie die Kontrolle des Baumbestandes wäre mit zusätzlichem und nicht leistbarem Aufwand verbunden.

Grünen-Stadtrat Manfred Kuch warf der Verwaltung vor, die Personalnot nur vorzuschieben. Birgit Priebe appellierte an ihn, das Thema nicht unnötig zu emotionalisieren.

Am Rathaus sollen Efeu und Wein ranken

Die Gemeinderatsfraktion der Grünen will Teile der Südseite des Rathauses begrünen. Die in Sichtbeton ausgeführten Frontseiten der Eingangsrampe sollen auf der gesamten Länge zur Straße hin beispielsweise mit Efeu oder wildem Wein bepflanzt werden.

REMSECK

Ihre Idee hat die Fraktion in einem Antrag formuliert. Ihre Begründung: Mit der Begrünung verbesserten sich Mikroklima und Aufenthaltsqualität vor dem Rathaus. Es ergäben sich deutlich spürbare positive Effekte hinsichtlich Temperaturentwicklung und Schallemissionen. Gleichzeitig erhalte die bislang

völlig ungeschützte Fassade von vielen Hundert Quadratmetern betonierter Fläche einen grünen und atmenden Sockel.

Als Substrat dafür soll im Pflaster vor der Rampe ein durchgehendes, rund 60 Zentimeter breites Pflanzbeet ausgehoben und befüllt werden, damit den Pflanzen in dieser extremen Südlage ein ausreichendes Feuchtigkeitsreservoir zur Verfügung steht, teilen die Grünen mit. Außerdem könnte dieses Beet östlich des Buswartehäuschens in einem Halbrund erweitert werden mit hitzeresistenten Sträuchern oder einem Kleinbaum, so ihr Vorschlag.

„Im Sommer ist es in diesem Bereich sehr heiß, weil es keinerlei Verschattung gibt“, sagt Karl Burgmaier, der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Gemeinderat.



„Im Sommer ist es in diesem Bereich sehr heiß, weil es keine Verschattung gibt.“

Karl Burgmaier

Fraktionschef der Grünen

Fassaden am Rathaus oder auch anderswo vorstellen, so Karl Burgmaier. (red)

HINTERGRUND

Beton, Glas und dichter Verkehr

Die Südseite des Rathauses verfügt über eine 26 Meter lange und etwa vier Meter breite Rampe mit betoniertem Handlauf und eingelassenen Leuchten. Davor steht ein verglastes Bushäuschen. Zur Fellbacher Straße hin sind Gebäudefassade, Fußgänger-rampe und Gehweg direkt nach Süden orientiert und es gibt keinen Schatten. Hinzu kommt der dichte Verkehr in den Hauptverkehrszeiten auf der Süd- und Westseite des Rathauses, der Wärme und Lärm emittiert. Alles zusammen führt für die Grünen zu einer unbefriedigenden Aufenthaltsqualität. (red)

Grüne wählen neue Führungsspitze

Julian Gareis und Oliver Otterbach sind jetzt die Vorsitzenden des Ortsverbands

REMSECK

Bei ihrer Mitgliederversammlung wählten die Remsecker Grünen Julian Gareis zum ersten und Oliver Otterbach zum zweiten Vorsitzenden. Damit sei ein Generationenwechsel auf den Weg gebracht, teilen die Grünen mit. Der bisherige erste Vorsitzende Frank Feldmann ist nach Kornwestheim umgezogen. Karl Burgmaier wurde als Kassier wiedergewählt. Jasmine Finckh, Heike Horch und Monika Voggesberger vervollständigen den Ortsvorstand.

Das Vorstandsteam

Wie die Grünen weiter mitteilen, arbeitet der 36-jährige Julian Gareis als Selbstständiger in der Veranstaltungsbranche. Er wohnt in Hochberg, ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Neu in den Vorstand gewählt wurde auch Oliver Otterbach aus Pattonville. Er ist laut Pressemitteilung 38 Jahre alt, Fachkraft für Arbeitssicherheit, verheiratet und hat eine Tochter.

Den Vorstand komplettieren die ehemaligen Stadträtinnen Monika Voggesberger, Heike Horch und Jasmine Finckh. Monika Voggesberger ist Diplom-Biologin, der Naturschutz ist ihr ein wichtiges Anliegen. Heike Horch ist die Vorsitzende der Watomi Naturkids, ein Naturkindergarten mit Standorten in Hochdorf, Neckarrems, Aldingen und Neckargröningen. Jasmine Finckh arbeitet als Integrationsbeauftragte bei der Stadt Remseck. Karl Burgmaier ist Fraktionsvorsitzen-



Das Vorstandsteam: Karl Burgmaier, Monika Voggesberger, Oliver Otterbach, Julian Gareis, Jasmine Finckh und Heike Horch (v. l.).

Foto privat

der der Grünen im Remsecker Gemeinderat.

Julian Gareis nennt als Ziel, „grüne Themen wie den Klimaschutz noch präsenter in der Remsecker Stadtgesellschaft zu verankern“. Ein weiteres Ziel sei die Gewinnung von Kandidatinnen und Kandidaten für die Gemeinderatswahl im kommenden Jahr. Julian Gareis will damit sicherstellen, dass die Grünen, die derzeit mit fünf Mitgliedern im Gemeinderat vertreten sind, „wieder eine starke Fraktion bilden können“.

Im Herbst wird gefeiert

Im Herbst wollen die Remsecker Grünen ihr 25-jähriges Bestehen feiern. Zur Erinnerung: Der Ortsverband

war im Jahr 1998 in der Gaststätte Schloßhöfle in Aldingen gegründet worden. Der Vorstand will in der nächsten Mitgliederversammlung einen Vorschlag für die Jubiläumsveranstaltung vorlegen.

Dem Ortsvorstand sei die Verbindung zur Arbeit der Gemeinderatsfraktion wichtig, heißt es in der Pressemitteilung. „Diese Kommunikation muss in beide Richtungen funktionieren“, wird der neue Vorsitzende Julian Gareis darin zitiert. „Wir schätzen sowohl die Impulse für die Gemeinderatsarbeit aus dem Ortsverband heraus als auch das Feedback der Mitglieder des Ortsverbands zu unserer Arbeit im Gemeinderat“, versicherte Karl Burgmaier. (red)